

MAI 2023 / AUSGABE 06

JOURNALIST POST

BERICHTE,
INTERVIEWS &
ARTIKEL AUS

19
LÄNDERN

06

„WORTE
STATT WAFFEN“

10

HEXENJAGD AUF
JOURNALISTEN

50

GEN Z VERTEIDIGT
JOURNALISMUS

**Russland:
Kriegsleugnung
mitten im Krieg**



kein Aufwand
dauerhaft gebührenfrei



INTERNATIONAL
Journalists
INTERNATIONAL JOURNALISTS ASSOCIATION



HERAUSGEBER:
INTERNATIONAL
JOURNALISTS
ASSOCIATION e.V.

VERTRETEN DURCH:
MUSTAFA KILIÇ

EDITOR:
YÜKSEL DURGUT

REDAKTION:
ŞEMŞİ AÇIKGÖZ
CILENE VICTOR
LILIAN SANCHES
İSMAIL SAĞIROĞLU
GÜLİZAR BAKI
THORA MEISSNER
TÜRKMEN TERZI
AHMET DOĞAN
ERSİN ŞANLI
İRFAN GALIP DURLU

ART DIRECTOR:
ÖMER AKBULUT

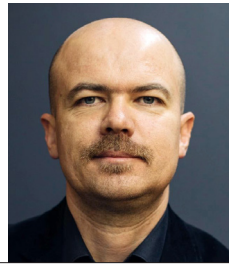
LAYOUT:
KEMAL KAHVECI

TITELFOTO:
THOMAS SAMSON / AFP

ÜBERSETZER*INNEN:
İSMAIL KUL
BERA ÇEVİK

ANSCHRIFT:
Poststraße 2-4, 60329
Frankfurt am Main
Deutschland
Tel: +49 069 84846306
GSM: +49 179 1385035
E-Mail: journalistpost@internationaljournalists.org
www.internationaljournalists.org

SPENDENKONTO:
IBAN: DE29 5065 2124
0004 1249 13
PayPal: paypal@internationaljournalists.org
Patreon: info@internationaljournalists.org



YÜKSEL DURGUT EDITOR

Der neue Albtraum der Diktatoren

Die Dominanz autokratischer Regime auf der ganzen Welt nimmt von Tag zu Tag zu. In einer Welt, in der die Meinungsfreiheit zunehmend durch Ein-Mann-Regime eingeschränkt wird, suchen Medienschaffende nach neuen Lösungen, damit die Gesellschaft auf zuverlässige Nachrichten zugreifen kann.

2022: EINSCHWIERIGES JAHR

2022 war ein weiteres schwieriges Jahr für Journalist*innen. Nach Angaben des Komitees zum Schutz von Journalist*innen wurden im vergangenen Jahr mindestens 67 Journalist*innen und Medienschaffende getötet. Das ist die höchste Zahl seit 2018. Der Ukrainekrieg und die Zunahme der Morde in Lateinamerika spielten dabei eine große Rolle.

Die Kriege im Jahr 2022 und der beispiellose Druck auf die Presse haben auch zu einer Massenabwanderung von Medienunternehmen ins Ausland geführt. Die Medien suchen nach Wegen zur Überwindung neuer Herausforderungen, wie die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, das Finden neuer Wege für den Zugriff auf Nachrichtenquellen oder die Entwicklung technischer Lösungen, um trotz Zensur mit ihren Nutzern in Verbindung zu bleiben.

Jüngste Entwicklungen auf internationaler Ebene haben auch die Schwierigkeiten von Journalist*innen im Exil stärker in den Fokus gerückt. Obwohl die aktuelle technologische Situation Journalist*innen größere Möglichkeiten denn je bietet, um ihre Zielgruppen zu erreichen, bleiben sie über soziale Medien ein klares Ziel.

Es gibt auch neue technologische Entwicklungen im Bereich des Journalismus in der Welt. Experten diskutieren die Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz (KI) auf die Nachrichtenbranche.

Seit der Einführung des auf KI basierenden Chatbots ChatGPT ist unter Journalist*innen eine Debatte über seine möglichen Auswirkungen auf die Nachrichtenbranche im Gange. „Wie viele Journalist*innen werden dadurch

ersetzt?“, frage ich mich. Sollten wir ChatGPT als Herausforderung oder als Chance betrachten, um einige der Probleme zu lösen, mit denen die Nachrichtenbranche konfrontiert ist?

Die Financial Times hat ihren Lesern bereits Murgia, den ersten KI-Redakteur, vorgestellt. Auf eine entsprechende Frage hin fasst Murgia seine Aufgabe so zusammen: „Ich interessiere mich besonders für die Auswirkungen der Technologie der künstlichen Intelligenz auf unser tägliches Leben, im Guten wie im Schlechten. Ich möchte großartige Geschichten erzählen, an die sich die Leute erinnern werden.“

Murgias Erklärung wirft die Frage auf: „Können Journalist*innen vollständig durch Systeme der künstlichen Intelligenz wie ChatGPT ersetzt werden?“ Diese Frage beantwortet Mathias Döpfner in einem Brief an seine Mitarbeiter. Döpfner ist CEO von Europas größtem Medienunternehmen Axel Springer mit seinen 15.000 Mitarbeitern, zu dem die Zeitungen „Bild“ und die „Welt“ gehören. Der Medienmanager betont, dass künstliche Intelligenz das Potenzial hat, unabhängigen Journalismus besser denn je zu machen oder zu ersetzen und kündigt Entlassungen an.

WIRD KÜNSTLICHE INTELLIGENZ ZUM ALPTRAUM VON DIKTATOREN?

In den vergangenen 20 Jahren sind weltweit 1668 Journalist*innen im Dienst ums Leben gekommen. Künstliche Intelligenz, die Journalist*innen ersetzt, die im Visier aufstrebender diktatorischer Regime stehen, wird in Zukunft ein großes Problem für Autokraten sein. KI, die Skandale, Bestechungsgelder und Lügen aufdeckt, wird zum Albtraum autokratischer Regime werden. Ich hoffe, dass die Diktatoren damit nicht noch mehr Blut von Journalist*innen an ihre Hände bekommen.

Journalismus bildet, informiert und inspiriert uns und führt uns in eine bessere Zukunft. Auch wenn sich die Art und Weise, wie Journalismus präsentiert wird, verändert – seine Wirkung wird konstant stark bleiben. ■



PROF. DR. FRANK ÜBERALL *

Gefahr für die Demokratie

Lautes Tippen auf einer mechanischen Schreibmaschine, aufwändige Recherche im Archivkeller mit verstaubten Unterlagen, ein fester Redaktionsschluss – so hat mein Berufsleben vor mehr als drei Jahrzehnten angefangen. Es gab noch keine Mobiltelefone, keine Computer und erst recht keine digitalen Kameras. Innerhalb einer Generation hat sich der Journalismus dramatisch verändert; und der Weg geht weiter: Zunehmend verlagern sich redaktionelle Angebote ins Netz, ganz gleich, ob man das persönlich gut findet oder nicht. Journalistinnen und Journalist*innen sowie Medienhäuser müssen sich darauf einstellen.

Das Grundkonzept darf dabei nicht unter die Räder geraten: Journalismus steht dafür, im Auftrag der Gesellschaft zu informieren und einzuordnen. Das wird umso schwieriger, weil die Menschen immer unterschiedlichere Medien nutzen. Viele Jüngere geben in Umfragen sogar an, dass sie ihre Nachrichten nahezu ausschließlich in sozialen Netzwerken konsumieren. Da wird dann häufig kaum noch differenziert zwischen zuverlässigen, redaktionell erstellten Angeboten und solchen, die faktisch Werbung oder Desinformation betreiben. Das ist gefährlich für die Demokratie und zeigt, wie wichtig die Vermittlung von Medienkompetenz ist und bleiben wird.

Die Medienhäuser, die sich allein oder vorzugsweise an althergebrachte Geschäftsmodelle klammern, werden nicht überleben. Der Niedergang des deutschen Zeitschriften-Verlagshauses Gruner + Jahr ist dafür ein Beispiel. Es kommt jetzt darauf an, Journalismus multimedial zu denken und zu organisieren. Dabei geht es nicht einfach um Digitalisierung. Es ist kein Allheilmittel, Inhalte einfach ins Internet zu stellen, selbst wenn das mit einer „Bezahlschranke“ verbunden ist. Das wird auf Dauer alleine kein Geschäftsmodell sein. Dafür braucht es mehr.

Journalismus muss inzwischen konvergent gelebt werden. Das heißt, im ersten Schritt sind die Inhalte qualitativ hochwertig zu recherchieren, in einem zweiten sind die „Ausspielwege“ zu wählen. Ein Video in sozialen Netzwerken funktioniert anders als ein Fernsehbeitrag, ein Podcast anders als die aktuelle Berichterstattung im Radio, eine schnelle Meldung im Netz anders als ein hintergründiger

Lesetext. Die Trennung der Gewerke verschwimmt jedoch zunehmend. Das wiederum bringt viele Medienhäuser dazu, Medienschaffenden pauschal aufzuerlegen, alle Kanäle zu „bespielen“.

Das ist ein problematisches Missverständnis, das meist alleine auf eisernem Sparwillen beruht. Wir brauchen aber weniger Rotstift und mehr Buntstift: Statt ständig an Personal und Produkt zu sparen, muss in zeitgemäße „Darreichungsformen“ investiert werden. Dazu gehört auch die Arbeitsteilung. Nicht jede und jeder ist in allen Darstellungsmöglichkeiten gleich gut. In der journalistischen Ausbildung muss ein Verständnis für Audio, Video und Text vermittelt werden. Dann aber muss man sich auf das konzentrieren, was man am besten kann, sich ständig fortbilden und die Kooperation mit anderen Expertinnen und Experten einüben.

Stephan Russ-Mohl und Sebastian Turner beschreiben es zutreffend als „Domänenkompetenz“, inhaltlich wie technisch die Kanäle kenntnisreich zu befüllen. Dass eine solche medienübergreifende Strategie funktionieren kann, hat beispielsweise der britische „Guardian“ gezeigt. Durch notwendigerweise kurze Postings bei Instagram und hinterlegte Verlinkungen werden auch junge Menschen dazu animiert, mehr wissen zu wollen – die Zahl bezahlter Digital-Abos wurde so deutlich erhöht.

Letztlich wird es auf die Glaubwürdigkeit nicht nur der Medienmarken ankommen, sondern auch der Journalistinnen und Journalist*innen. In weiten Kreisen galt und gilt es bisher als verpönt, dass sich Medienschaffende selbst in den Mittelpunkt stellen. Beiträge in der „Ich-Form“ zu präsentieren wird als übermäßige Personalisierung gesehen, als überzogene Selbstdarstellung. Im Sinne journalistischer „Influencer“ geht es aber künftig auch darum, zu Recherchen und Darstellungen als Person zu stehen, was ein gewisses Maß an Selbstauftritt in der Öffentlichkeit notwendig macht. ■

** Prof. Dr. Frank Überall ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalist*innen-Verbands (DJV). Er arbeitet auch als freier Journalist sowie lehrt und forscht an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln in den Bereichen Journalismus und Sozialwissenschaften.*



VOLHA KHVOIN *

Belarus im Sog von Totalitarismus und Unterdrückung

Die Probleme in Weißrussland unter totalitärer Herrschaft werden von Tag zu Tag größer. Es ist 2,5 Jahre her, dass die Massenproteste gegen die Fälschung der Wahlergebnisse 2020 niedergeschlagen wurden. Die Regierung reagiert auf die gescheiterte Revolution des Volkes auf rücksichtslose, geplante und systematische Weise. Infolgedessen sind Hunderttausende von Belarussen aus ihrem Land geflohen. Die Medien der Opposition wurden vertrieben. Die Zivilgesellschaft wurde zerschlagen. In diesem düsteren Bild gibt es jedoch auch viele hoffnungsvolle Zeichen für die Zukunft.

Im Jahr 2022 wurden nach Angaben des belarussischen Journalist*innenverbandes (BAJ) 43 Journalist*innen verhaftet und gegen 55 wurden Durchsuchungsbefehle erlassen. 20 Mal kamen Medienarbeiter*innen wegen administrativer Festnahme ins Gefängnis. Auch wurden sie von Strafverfolgungsbeamte verhört und ihre Angehörigen aufgesucht. Der Staat durchsuchte ihre Wohnungen inkl. der Wohnungen geflüchteter Journalist*innen. Selbst diejenigen, die das Land verlassen haben, werden also von den Geheimdiensten überwacht. Im Jahr 2020 wurden in Belarus mehr als 1.500 Übergriffe auf Journalist*innen (Festnahmen, Inhaftierungen, Geldstrafen, körperliche Gewalt usw.) registriert. Im Jahr 2021 gab es mehr als tausend Vorfälle. Mit anderen Worten: Eine beträchtliche Anzahl aktiver Journalist*innen hat das Land verlassen und verlässt es weiterhin. Der Grund dafür ist, dass es für unabhängige Medien aufgrund der hohen Strafen fast unmöglich geworden ist, Journalismus zu betreiben.

Einige der 32 inhaftierten Medienvertreter*innen haben ihre Strafe bereits abgesessen und sind freigelassen worden. Einige der bereits Inhaftierten werden zu zusätzlichen Strafen verurteilt. Katerina Andreyeva (Bahvalova), eine Reporterin des Fernsehsenders Belsat, und ihre Kollegin Darya Chultsova sendeten am 15. November 2020 live vom „Platz der Veränderung“ in Minsk, wo Menschen, die sich zum Gedenken an den ermordeten Roman Bondarenko versammelt hatten, mit Polizeigewalt auseinandergetrieben wurden. Andrejewa und Chultsova wurden deswegen verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Darya verließ Belarus sofort nach ihrer Entlassung. Katerina Andrejewa hingegen wurde wegen Staatsverrats zu weiteren acht Jahren Haft verurteilt. Die Einzelheiten der Anklage sind nicht bekannt, da das Verfahren geheim gehalten wurde. Dies ist nur ein Beispiel für den Zustand der Medien, des Journalismus und des Rechts in Belarus.

In Weißrussland gelten Medien, die sich praktisch außerhalb der staatlichen Kontrolle befinden, als extremistisch. Es ist strafbar, den Telegram-Kanal zu abonnieren, Fotos oder andere Nachrichten an die Redaktion zu schicken. Darya Losik, die Frau des politischen Gefangenen Igor Losik, wurde wegen eines Interviews, welches sie dem Fern-

sehsender Belsat gegeben hatte, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die kleine Tochter von Darya und Igor Losik wurde von Verwandten aufgenommen. Andernfalls hätte sie in ein Waisenhaus geschickt werden können. In ähnlicher Weise wurde Jegor Lebedok, ein Experte, der sich gegenüber privaten Medien zu Ereignissen im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine geäußert hatte, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Dies sind nur einige Beispiele.

Angst ist das Ziel der Regierungen. Zu diesem Zweck werden in Weißrussland jeden Tag viele Menschen inhaftiert. Sei es, weil sie in den sozialen Medien Beiträge gegen die Regierung geliked haben, weil sie sich gegen den Krieg geäußert haben oder aus irgendeinem anderen Grund... Es spielt keine Rolle mehr, was der Grund ist!

In diesem düsteren Bild gibt es jedoch auch positive Aspekte. Das Engagement der belarussischen Journalist*innen*innen für das Ideal des Berufsstandes, die internationale Solidarität und die Unterstützung im Inland. Die meisten Redaktionen haben Belarus in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 verlassen und setzen ihre Arbeit fort. Wir sind ihnen dankbar dafür. Dank ihnen erfahren wir, was im Lande geschieht. Diejenigen, die im Exil arbeiten, haben Zugang zu Informationsquellen im Land, auch wenn das gefährlich ist. Einige von ihnen haben ihre eigenen Korrespondenten im Lande. Aber niemand verrät die Identität dieser Leute. Seit einem Jahr befindet sich Russland in der Ukraine im Krieg. Alexander Lukaschenko hat Wladimir Putin gestattet, belarussisches Territorium und belarussische Infrastruktur für die Invasion zu nutzen. Der Krieg in der Ukraine und die Haltung der russischen und belarussischen Gesellschaft gegenüber diesen Ereignissen haben gezeigt, wie wichtig die Massenmedien für die Beeinflussung des Bewusstseins der Menschen sind.

Ich glaube, dass die freien Medien außerhalb der belarussischen Staatsmedien eine großartige Arbeit leisten, wenn es darum geht, den Informationsbedarf der Einwohner des Landes zu decken. 2020 hat das belarussische Volk gezeigt, dass es für Freiheit, Anti-Kriegshaltung und den Schutz seiner Rechte steht. Im Jahr 2021 und darüber hinaus hat die belarussische Gesellschaft den Krieg nicht unterstützt. Dies zeigen soziologische Studien, Umfragen, die Auswanderung aus Belarus und der parteipolitische Widerstand.

Ich wiederhole: 32 Medienschaffende sind immer noch in Haft. Sie sind Opfer des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Und freie Journalist*innen müssen sich weiterhin dafür einsetzen, dass diese Opfer nicht umsonst waren. ■

** Volha Khvoin, Journalistin. Sie war als Redakteurin und Projektleiterin beim Belarussischen Journalist*innenverband beschäftigt. Derzeit ist sie für Radio Polen tätig, Mitglied des Verwaltungsrats der BAJ.*

FRIEDENSNOBELPREISTRÄGERIN TAWAKKOL KARMAN:

ICH HABE KEINE ARMEE GEGEN DIKTATOREN, ABER ICH HABE MEINE WORTE

YÜKSEL DURGUT

Autokraten und Gewaltherrscher sind am wütendsten, wenn sie damit konfrontiert werden, wer sie tatsächlich sind, oder wenn ihre Verbrechen aufgedeckt werden. Solche Gelegenheiten verpasse ich nie. Auch wenn ich keine Armee habe, um diese mächtigen Plünderer zu bekämpfen, doch habe ich meine Worte, Verbindungen und einige Positionen. Daher sollte es die erste Priorität eines jeden Menschenrechtsverteidigers sein, Tyrannen und ihre harten Aktionen zu bekämpfen.

Die Welt lernte Tawakkol Karman als „Eisenfrau“, „Mutter der Revolution“ und „Frau des Arabischen Frühlings“ kennen. Als Journalistin, Menschenrechtsaktivistin und Politikerin wurde sie zu einer Figur des Arabischen Frühlings sowie der prodemokratischen Proteste im Jemen im Jahr 2011. Zusammen mit Ellen John Sirleaf und Leymah Gbowee erhielt sie 2011 den Friedensnobelpreis für ihre gewaltfreie Führung in ihrem Kampf gegen Autoritarismus, Korruption und Unterdrückung.

Sie war die erste Frau in der arabischen und die zweite in der ganzen islamischen Welt, die den Friedensnobelpreis erhielt. Vor ihr bekam die iranische Menschenrechtsaktivistin Shirin Ebadi diesen Preis (2003). Sie war 32 Jahre alt und in einem Zelt auf einem Platz, als sie die Nachricht über den Friedensnobelpreis erhielt.

Wir sprachen mit Tawakkol Karman über ihre Rolle beim Arabischen Frühling bis zu ihrem heutigen Kampf für die Menschenrechte.

Wie sind Sie Journalistin und Menschenrechtsaktivistin geworden? Was war ihre Inspiration dazu?

Der Widerwille gegenüber Ungerechtigkeit sowie meine Überzeugung, dass die Unterstützung unterdrückter Menschen unerlässlich ist, wenn wir in unserem Land einen sinnvollen Wandel sehen wollen, haben mich inspiriert. Ich denke, wenn die Ungerechtigkeit gegenüber anderen nicht endet, wird sie am Ende auch mich treffen.

Seit 2011 sind Sie zu einer der Symbolfiguren des Arabischen Frühlings und der

Demokratieproteste im Jemen geworden. Was hat sich in Ihrem Leben in den vergangenen 12 Jahren verändert?

Viel hat sich nicht geändert, daher werfen mir einige immer noch vor, in verschiedenen Fragen zu scharfzüngig zu sein. Das mag sein, aber ich kann Gewaltherrscher, die Menschenrechtsverletzungen ignorieren, dafür nicht loben – ungeachtet der Konsequenzen. Die einzige reale Veränderung ist mein Zugang auf Plattformen, wo ich mich frei ausdrücken kann.

Sie forderten die Menschen auf, „aufzuwachen“, „ihre Rechte zu verteidigen“ und sich gegen „Ungerechtigkeit und Korruption“ zu erheben. Hat jemand diese Stimme außerhalb des Jemen gehört, insbesondere in islamischen Ländern?

Ich glaube, dass Menschen aufeinander einwirken, und das würde in meinem Fall genauso effektiv sein. Ja, ich kann sagen, dass meine Stimme im In- und Ausland gehört wird, und wie bei jeder kompromisslosen Stimme sind die Meinungen mir gegenüber geteilt. Einige unterstützen meine Haltung gegen unterdrückerische Regierungen, andere dagegen glauben, dass ich Teil einer globalen Verschwörung bin, um Instabilität zu schaffen. Tatsächlich hängt die Einstellung einer Person davon ab, ob er oder sie Tyrannei und Ungerechtigkeit akzeptiert oder ablehnt. Meine Haltung wird von denen infrage gestellt, die repressive Regierungen als nationale Regime ansehen. Das regt mich nicht auf oder ändert etwas an meiner Haltung grundlegend. ►



► **Drohungen von Autoritäten oder Behörden haben Sie nicht zum Schweigen gebracht. Sie haben sich nicht einschüchtern lassen. In Ländern, in denen Ein-Mann-Regime herrschen, stehen vor allem Journalist*innen auf der Seite des Diktators. Welchen Rat würden Sie diesen Journalist*innen geben?**

Ein Journalist ist kein Clown oder falscher Zeuge. Journalist*innen sollten bedenken, dass ihre Arbeit wichtiger ist, als vor der Haustür von Regierungen zu stehen.

Ihre Arbeit hat Sie in Konflikt mit der jemenitischen Regierung und anderen mächtigen Organisationen gebracht. Haben Sie jemals um Ihre Sicherheit gefürchtet? Wenn ja, wie sind Sie mit dieser Angst umgegangen?

Ich würde lügen, wenn ich sagen würde, dass ich keine Angst hatte. Jeder hat Angst, aber ich versuche, nicht über zu reagieren. Ich denke, dass der Schutz der Rechte von einem Menschen eine edle Haltung und Ehre ist, die es wert ist, nötigenfalls den Preis dafür zu zahlen. Das Leben wäre wertlos, müsste man es ohne Rückgrat verbringen.

Sie haben den ‚Friedensnobelpreis‘ für Ihren gewaltlosen Einsatz für den Frieden und Ihren Kampf für die Rechte der Frau erhalten. Wie kann es einen gewaltfreien Kampf in einer Region geben, in der seit Jahren Kriege geführt werden?

Friedlicher Kampf ist unter der Herrschaft rechtlos handelnder Milizen und bewaffneter Organisationen schwieriger. Aber selbst in den schwierigsten Situationen ist es immer möglich, gewaltlos zu kämpfen, indem man die wahren Machthaber bloßstellt, der Öffentlichkeit die Wahrheit erklärt und falsche Behauptungen offenlegt, wie es bei der Bekämpfung von Verletzungen der Persönlichkeitsrechte der Fall ist. Außerdem muss jeder Versuch, einen sozialen Wandel herbeizuführen, den Kampf für die Rechte der Frau beinhalten, da dies dazu beitragen wird, bestehende Strukturen politischer und religiöser Tyrannei zu brechen.

Sie sagten: „Die Welt hat nichts getan, um die Gräueltaten gegen Jemeniten zu stoppen.“ Können wir dasselbe zum Beispiel für Afghanistan oder Syrien sagen?

Die gleiche Verlassenheit und Gleichgültigkeit, die mein Land erfahren hat, wurde auch in Syrien und Afghanistan erlebt. Wenn dies nicht der Fall ist, wie kann es gerechtfertigt sein, diese Menschen grausamen Herrschern auszuliefern, die ihr eigenes Volk unterdrücken? Ich halte das für kein angemessenes Verhalten. Ich denke, es ist wichtig, diesen Gräueltaten ein Ende zu setzen, und es ist falsch, Regierungen zu tolerieren, die Menschenrechte verletzen und herrschen, indem sie ihre Bürger einschüchtern.

Im Allgemeinen dominieren totalitäre Regime die Welt. Was ist Ihrer Meinung nach derzeit die größte Bedrohung für die Demokratie? Können wir für den Frieden unter den Menschen zur Demokratie zurückkehren?

Ich denke, Rassismus ist die größte Bedrohung für die Demokratie. Leider ist es besorgniserregend, dass einige

FOTO: AHMAD GHARABLI / AFP



westliche Politiker Demokratien wie die USA und Europa dazu drängen, eine Kopie des Nahen Ostens werden. Die Demokratie muss vor ihren Feinden geschützt werden. US-Präsident Biden hielt bei seiner Amtseinführung eine ähnliche Rede.

„DIE JUGEND VON HEUTE LEHNT EINSCHRÄNKUNGEN DURCH IDEOLOGIEN AB“

Sie haben Aussagen über die Macht der Jugend und die Wichtigkeit, junge Menschen in den Aktivismus einzubeziehen. Welche Rolle werden Ihrer Meinung nach junge Men-

sehen bei der Gestaltung der Zukunft des Jemen und des Nahen Ostens spielen?

In vielen Ländern stellen junge Menschen die Mehrheit der Bevölkerung. Sie sind talentiert, haben ein besseres Verständnis der Welt, sind nicht durch Ideologien eingeschränkt und haben die Kraft, viele Dinge zu verbessern. Ich denke, dass die jemenitische Jugend aufgrund ihrer Talente und ihres kulturellen Hintergrunds bedeutende Veränderungen bewirken kann. Es liegt in ihrem Interesse, eine Welt frei von Gewalt und Konflikten zu schaffen. Junge Menschen starten schnell Solidaritäts- und Unterstützungskampagnen, um ihre Bürgerrechtsanliegen anzusprechen, und viele von ihnen weisen rassistische Appelle offen zurück. Es ist auch ermutigend zu sehen, wie bereitwillig junge Menschen ihren Glauben und ihren Wunsch, ihr Wissen zu erweitern, zum Ausdruck bringen.

Sie wurden „Mutter der Revolution“ genannt, als Sie anfangen, jede Woche zu protestieren. Welchen Rat würden Sie jungen Menschen geben, die etwas in der Welt bewegen wollen, sich aber überfordert fühlen oder nicht sicher sind, wo sie anfangen sollen?

Ich rate jungen Menschen, keine Zugeständnisse ohne Gegenleistung zu machen. Sie sind sich ihrer Umwelt bewusster, und sie sollten wissen, dass sie die Konsequenzen ihrer Entscheidungen besser als andere begreifen können. Sie müssen ihren Optimismus bewahren und Zugeständnisse vermeiden, wenn sie erfolgreich sein wollen. Das Wichtigste, was sie tun sollten, ist, sich von der Unterstützung solcher Regime fernzuhalten.

Es ist wichtig, dass junge Menschen verstehen, dass Veränderung zum Besseren ein Prinzip ist, das nicht kompromittiert werden sollte, wenn sie sich unvorbereitet oder überfordert fühlen, wenn sie etwas bewegen wollen. Wenn die Voraussetzungen für legitimes politisches Handeln nicht förderlich sind, können wir uns zunächst wissenschaftlich, kulturell und wirtschaftlich weiterentwickeln. Wir können anfangen, an uns selbst zu arbeiten. Dies ist von entscheidender Bedeutung für uns, unser Volk und unsere gerechten Anliegen.

AUTORITÄRE REGIME SIND KEIN SCHICKSAL

„Diktatoren, die Angst haben, wissen, dass ihre Zeit begrenzt ist.“ Das waren ihre Worte. Millionen Menschen aber müssen ihr Land verlassen und im Exil leben.

Es besteht kein Zweifel, dass Diktatoren in Angst leben und mit ihren Soldaten, Gesetzen und Verbrechen eine Festung um sich herum errichten. Es ist wahr, dass autoritäre Regime Millionen von Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen. Aber das bedeutet nicht, die Ereignisse im Heimatland zu ignorieren und mit der Heimat alle Verbindungen abzubrechen. Vielmehr ist es eine Suche nach Sicherheit, ein Bedürfnis nach Unterstützung oder ein Wunsch nach Informationen. Sie sind jedoch alle in unerschütterlichem Glauben mit ihrem Volk verbunden. Mit ihren Einkünften tragen Einwanderer häufig zum Wachstum ihrer Länder und zu Widerstandsfähigkeit und Zusammenhalt ihrer Gesellschaften bei. In jedem Fall schaffen Diktaturen schwache Staaten und brechen schließlich zusammen. Ich möchte jedem, der nach meinem Verständnis ein klares nationales Verständnis hat, sagen, dass autoritäre Regime kein Schicksal sind. Einige sind vor Jahren zusammengebrochen, andere werden gehen, wenn die Zeit gekommen ist. ■

„ES GIBT ZWEI WICHTIGE EREIGNISSE IN MEINEM LEBEN, DIE ICH NICHT VERGESSEN WERDE“

Was war bisher der wichtigste Erfolg in Ihrer Karriere? Haben Sie eine Erinnerung, die Sie nie vergessen werden?

Zwei wichtige Ereignisse in meinem Leben werden mir für den Rest meines Lebens in Erinnerung bleiben. Der Erste ist der Beginn der friedlichen Revolution im Jemen. Es war ein Ereignis, bei dem ich hart gearbeitet habe, um ein erfolgreiches Ergebnis zu erzielen. Ich habe Proteste in vielen Städten geplant und persönlich angeführt, um für Rechte und Freiheiten einzutreten und sie zu schützen. An diesem Abend war ich einer der jungen Leute, die halfen, die Erklärung zu verfassen, die zu friedlichen Protesten aufrief. Am nächsten Tag gingen wir raus und fing an, den Sturz der Diktatur zu fordern. Wir blieben auf der Straße, bis das Regime gestürzt und eine Übergangsregierung gebildet wurde.

Die andere Erinnerung, die ich nicht vergessen kann, ist der Moment, als bekannt gegeben wurde, dass mir der Friedensnobelpreis verliehen wird. Ich sah dies als eine weltweite Anerkennung unseres gerechten Anliegens und der Größe unseres Kampfes für Freiheit und Demokratie.

UNTERSTÜTZUNG VON MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN UNERLÄSSLICH FÜR EINE FREIE PRESSE

Was motiviert Sie, am Projekt „Journalistinnen ohne Ketten“ mitzuarbeiten?

Ich plädiere dafür, dass die Presse völlig frei sein sollte und die einzigen Einschränkungen aus dem Gewissen der Journalist*innen kommen sollten. Meiner Meinung nach benötigt mein Land eine freie Presse, Organisationen, die die Rechte verteidigen, Kurse, die die Menschen auf die Arbeit in diesem Sektor vorbereiten, und viele Dinge wie den Schutz des Rechts der Bürger auf freie Meinungsäußerung. In einem Land wie dem Jemen, in dem es keine Rechtsstaatlichkeit zur Verteidigung von Rechten und Freiheiten gibt, sind Menschenrechtsorganisationen eine Notwendigkeit.

Als Jamal Khashoggi getötet wurde, haben Sie hart gekämpft, damit seine Mörder bestraft werden. Journalist*innen wurden in vielen Teilen der Welt getötet oder inhaftiert. Was möchten Sie als Journalist denen sagen, die es auf Journalist*innen abgesehen haben?

Wer Journalist*innen angreift, liefert Beweise gegen sich selbst. Was treibt eine Regierung oder eine mächtige Einzelperson dazu an, die Medien ins Visier zu nehmen? Sie haben Angst, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Wenn sie glauben, die Wahrheit unter Verschluss halten zu können, dann liegen sie falsch; das werden sie nicht schaffen.



FOTO: ADEM ALTAN / AFP

HEXENJAGD AUF JOURNALIST*INNEN IN DER TÜRKEI



BÜLENT CEYHAN

Seit einiger Zeit bin ich nicht mehr journalistisch tätig. Ich schreibe Berichte über Menschenrechtsverletzungen. Durch den Bericht, an dem ich zuletzt gearbeitet habe, hat sich mein Weg wieder mit meinem Beruf Journalismus gekreuzt. Der Bericht handelt von gezielten Angriffen auf Journalist*innen in der Türkei. Ein Thema, das auch mich persönlich betrifft. Seit sechs Jahren führe ich das Leben eines Flüchtlings - fern von meinem Land und meiner Familie, in einer öden Gegend in einem kalten, fremden Land, dessen Sprache und Kultur mir fremd waren.

Hunderte von Print- und Fernsehjournalisten leben ein ähnliches Leben im Exil. Sie halten sich mit verschiedenen Jobs über Wasser - weil sie ihren

Lebensunterhalt verdienen müssen, sie keine andere Möglichkeit haben oder befürchten, dass ihre Familienangehörigen in der Heimat Opfer von Schikanen werden könnten, wenn sie journalistisch in Erscheinung träten. In gewisser Weise passiert genau das, was die Verfolger bezweckt haben: Die Journalist*innen verstummen, sind nur noch stille Zeugen der Ereignisse. Einige dagegen kämpfen weiter und gehen ihrem Beruf des Journalismus nach. Doch das Erdogan-Regime und seine langen Arme lassen diese Journalist*innen auch im Exil nicht in Ruhe. Das Regime veranlasst tätliche Angriffe auf diese Journalist*innen - unabhängig davon, in welchem Land diese leben.

Ja, es ist so: Autokratische Regierungen zielen zuerst auf Journalist*innen ab, da sie Gesellschaften durch ihre eigene Propaganda beeinflussen wollen. Sie versuchen, die Medien zu kontrollieren, starten gegen die Journalist*innen Lynchkampagnen, versuchen, sie mit Drohungen, rechtswidrigen Prozessen, Verhaftungen und Angriffen zum Schweigen zu bringen.

Unter der AKP-Herrschaft seit 2002 ist die Türkei zu einem der berüchtigtsten Länder der Welt geworden, was Angriffe auf die Presse- und Meinungsfreiheit, Razzien gegen Journalist*innen und Verhaftungen angeht. Nach Recherchen von Reporter ohne Grenzen (RSF), P. E. N. International und dem

Komitee zum Schutz von Journalist*innen (CPI) ist die Türkei seit 2016 das Land, in dem weltweit die meisten Journalist*innen festgenommen und verurteilt wurden.

Zwischen 2002 und 2022 wurden mindestens 848 Journalist*innen festgenommen. Insbesondere nach dem umstrittenen Putschversuch vom 15. Juli 2016 setzte die Regierung von Recep Tayyip Erdoğan quasi die Verfassung der Türkei und die von ihr unterzeichneten internationalen Menschenrechtskonventionen außer Kraft und ließ innerhalb weniger Wochen hunderte Journalist*innen verhaften. Seit der Verhängung des Kriegsrechts und Erklärung des Ausnahmezustands (OHAL) im Jahr 2016 wurden insgesamt 179 Medien (53 Zeitungen, 34 Fernsehsender, 37 Radiosender, 20 Zeitschriften, 6 Nachrichtenagenturen und 29 Verlage) geschlossen. Der Vorwurf lautete entweder, sie stünden der „Gülen-Gemeinde“ nah, seien „PKK-Medien“ oder „Medien linker Organisationen“. Laut dem Pressebericht des Türkischen Journalist*innenverbandes (TGC) 2016 wurden in der Türkei im Jahr 2016 780 Journalist*innen die Presseausweise entzogen, 839 mussten sich allein aufgrund ihrer Artikel vor Gerichten verantworten. 189 Journalist*innen wurden verbal und körperlich angegriffen, und die Zahl der arbeitslosen Journalist*innen wuchs auf über 10.000.

Laut dem Komitee zum Schutz der Journalist*innen waren in der Türkei 2016 insgesamt 191 Journalist*innen inhaftiert. Damit führte die Türkei die Liste inhaftierter Journalist*innen an. An zweiter Stelle folgte China mit 38 und Ägypten mit 25 Journalist*innen hinter Gittern. 2022 belegte die Türkei laut Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen (RFS) den 149. Platz von 180 Ländern.

WIE WURDE DIE TÜRKIE ZUM GRÖSSTEN JOURNALISTS*INNENGEFÄNGNIS DER WELT?

Der Hauptgrund für den Rückgang der unabhängigen journalistischen Aktivitäten und der Meinungsfreiheit in der Türkei liegt darin, dass mit dem Erdogan-Regime demokratische Werte ad acta gelegt wurden und die Justiz ihre Unabhängigkeit vollständig verloren hat. Ein weiterer Grund, warum Erdoğan die Türkei zum größten Journalist*innengefängnis der Welt gemacht hat, sind die großen Korruptionsfälle, an denen er beteiligt war. Alle Journalist*innen, die diese Fälle ans Licht gebracht haben, leben entweder im Exil, sind inhaftiert oder werden Opfer von Einschüchterungsversuchen, indem sie Gewalttaten und Drohungen ausgesetzt sind. So wird versucht, die Journalist*innen zum Schweigen zu bringen.

Zudem wurden Medienbosse durch die Klagen der von Erdoğan kontrollierten Gerichte entmutigt und mussten sich aus der Medienbranche zurückziehen. Viele Medien wurden rechtswidrig geschlossen oder ihre Leitung wurde an regierungstreue Persönlichkeiten übergeben. So gelang es der Erdogan-Regierung, 90 Prozent der Medien in der Türkei zu kontrollieren, abweichende Stimmen zum Schweigen zu bringen und die Öffentlichkeit daran zu hindern, die Wahrheit zu erfahren. Nicht nur Journalist*innen, sondern auch Bürger mit anderen Ansichten, die die Regierung kritisieren, begannen, in Angst zu leben, willkürlich festgenommen, vor Gericht gestellt, verhaftet und verurteilt zu werden.

Auch die Beispiele von Intellektuellen, die nur wegen ihrer Artikel zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, hängt wie ein Damoklesschwert über den Köpfen von Journalist*innen. Die Missachtung der Presse- und Meinungsfreiheit, die Tatsache, dass die Justiz vollständig unter der Kontrolle der Regierung steht, hat bei den Journalist*innen zur Selbstzensur geführt.

Erdoğan's neues „Desinformationsgesetz“, das am 18. Okto-

ber 2022 verabschiedet wurde, macht die „Verbreitung falscher Informationen“ zu einem Verbrechen, das mit ein bis drei Jahren Gefängnis geahndet werden kann. Dieses Gesetz wird auch als Maßnahme gegen die von Erdoğan ins Visier genommene Journalist*innen gesehen.

ERDOĞAN'S JAGD AUF JOURNALISTS*INNEN

Erdoğan nutzt die gesamte staatliche Autorität, damit unliebsame Journalist*innen auf das Schärfste bestraft werden. Journalist*innen wirft er vor, „Agenten“, „als Journalist*innen getarnte Terroristen“ zu sein, lässt ihr Vermögen beschlagnahmen. Manche sehen als Ausweg das Exil. Die Namen von Journalist*innen werden auf Terrorlisten neben Mitgliedern bewaffneter Terrororganisationen gestellt und veröffentlicht. Im Kampf gegen die Journalist*innen versucht die türkische Regierung auch Interpol zu instrumentalisieren.

AUCH AUSLÄNDISCHE JOURNALISTS*INNEN GERATEN INS VISIER

Laut Studien von Presseorganisationen wurden im Jahr 2022 mindestens 65 Journalist*innen im Land Angriffen von Strafverfolgungsbeamten, Politikern und Privatpersonen ausgesetzt. Mindestens 174 Journalist*innen oder Medienunternehmen wurde der Prozess gemacht, mindestens 263 Journalist*innen vor Gericht gestellt. Einige Journalist*innen mussten wegen mehrerer Anklagen vor einem Richter erscheinen. Nicht weniger als 40 Journalist*innen wurden zu Haft- oder Geldstrafen verurteilt. Journalist*innen wurden insgesamt zu mindestens 92 Jahren, 11 Monaten und 15 Tagen Gefängnis und einer Geldstrafe von mindestens 317.000 türkische Lira verurteilt. 24 Journalist*innen wurden freigesprochen. Während eines Jahres wurden mindestens 33 Journalist*innen festgenommen, mindestens 72 in Gewahrsam genommen.

Auch ausländische Journalist*innen wurden Opfer von gezielten Angriffen und Lynchkampagnen und wurden bei ihrer Arbeit behindert. Einige wurden ausgewiesen, andere festgenommen. Erdoğan versuchte auch, einige Verhaftungen als Verhandlungsinstrument zu nutzen. Diskutiert wurde die Freilassung des türkisch-deutschen Journalist*innen Deniz Yücel als Ergebnis politischer Verhandlungen mit der Bundesregierung, den Erdoğan als „Spion“ und „Terrorist“ ins Visier genommen hatte.

ERDOĞAN'S LANGER ARM UND DIE VERFOLGUNG DER JOURNALISTS*INNEN IM AUSLAND

Die Journalist*innen im Exil werden durch Agenturreporter, Informanten oder Geheimdienstagenten aufgefing gemacht und verfolgt. Insbesondere die Zeitung Sabah, das Flaggschiff unter den regierungstreuen Medien, veröffentlicht die Adressen von und Fotos von Journalist*innen und macht diese so zur Zielscheibe. Das Blatt steht unter der Kontrolle der Familie Erdoğan und von Geschäftsleuten, die dank ihrer Nähe zu Erdoğan Ausschreibungen erhalten.

Fazit: Es ist zugleich ein Schlag gegen die demokratischen Rechte der Gesellschaft, wenn Journalist*innen Anfeindungen ausgesetzt werden, Opfer von Lynchkampagnen und Gewalttaten werden, um ihre Arbeit gebracht werden. Das Fehlen freier und unabhängiger Journalist*innen setzt eine Gesellschaft der Propaganda der Machthaber schutzlos aus. Am Ende werden die Menschen ständig getäuscht, von der objektiven Informationen abgekoppelt, unfähig, ihre Rechte zu verteidigen, und unterdrückt, weil sie nicht die Kraft finden, Widerstand zu leisten. ►

„Gefährlicher Job: Journalists*innen im Visier der Repression“



CAN DÜNDAR

Can Dündar wurde mit einem Schlag zu einem der größten Feinde von Erdoğan. Als Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet veröffentlichte Dündar Dokumente von Waffen, die auf LKWs im Auftrag des türkischen Geheimdienstes MIT an Organisationen in Nordsyrien geliefert werden sollten. Auf die Veröffentlichung hin tobte Erdoğan und sagte sinngemäß: „Ich werde nicht aufhören, sie zur Rechenschaft zu ziehen.“ Der Hohe Strafgerichtshof, dessen Delegation sich aus von der Regierung ausgesuchten Namen zusammensetzte, verurteilte Dündar wegen „Spionage“ und „Unterstützung einer bewaffneten Terrororganisation“ zu 27 Jahren und 6 Monaten Haft. Dündar jedoch verließ die Türkei während des Prozesses. Dündar lebt seitdem in Deutschland im Exil. Sein Name wurde auf die Terroristenliste des türkischen Innenministeriums gesetzt.

In seinem in der Zeitung Die Zeit veröffentlichten Artikel fasste Can Dündar seine Erfahrungen mit folgenden Worten zusammen: „Ich habe niemanden getötet, ich habe keine Stadt bombardiert, keine Bank ausgeraubt. Mein einziges ‚Verbrechen‘ war zu dokumentieren, dass Erdoğan über den Geheimdienst heimlich Waffen an die Dschihadisten in Syrien geschickt hat. Die Nachricht, die von vielen internationalen Medienorganisationen ausgezeichnet wurde, führte zunächst zu einer 27,5-jährigen Haftstrafe, dann zu einer Einzelhaft, einem erfolglosen bewaffneten Angriff auf meine Person, dann zur Beschlagnahme meines gesamten Vermögens und schließlich zur Verbannung. Doch offenbar reichte das Erdoğan nicht. Als der besagte Bericht in Cumhuriyet erschien, sagte er, dass ich dafür einen hohen Preis zahlen würde. Um dies wahrzumachen, setzt er meinen Namen auf eine Terroristenliste und verspricht denjenigen, die zur Ergreifung meiner Person beitragen, 500.000 Lira – umgerechnet 25.000 Euro.“

BÜLENT KENEŞ

Der Journalist Bülent Keneş war Chefredakteur der englischsprachigen Zeitung Today's Zaman. Er wurde am 10. Oktober 2015 festgenommen und ins Silivri-Gefängnis in Istanbul gebracht: Der Vorwurf lautete Beleidigung des Präsidenten Erdoğan, zunächst aufgrund seiner Posts auf Twitter. Keneş, der nach einiger Zeit aus der Haft entlassen wurde, gehörte zu den Journalist*innen, gegen die nach dem Putschversuch 2016 Haftbefehl erlassen wurde. Keneş flüchtete nach Schweden. Dort gründete er die Menschenrechtsorganisation namens SCF (Stockholm Center for Freedom). Dort dokumentiert und veröffentlicht er zusammen mit anderen Journalist*innen Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Keneş hörte nicht auf, harsche Kritik an der AKP-Regierung zu üben und bleibt weiterhin im Visier von Erdoğan. Zu den von Erdoğan gestellten Bedingungen, für die Schweden die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft einholen musste, gehörte die Auslieferung einiger Namen an die Türkei. Erdoğan beantwortete gemeinsam mit dem schwedischen Premierminister Ulf Kristersson auf der live übertragenen Pressekonferenz die Fragen von Journalist*innen, sprach den Namen Bülent Keneş aus und forderte seine Auslieferung, was die Medienwelt schockierte. Hätte er sein Ziel der Auslieferung des Journalist*innen erreicht, hätte er dies auch als Erfolg beim Wahlkampf für die Wahl im Mai wohl instrumentalisiert. Das schwedische Oberste Gericht lehnte den Antrag auf Auslieferung ab.



ABDULLAH BOZKURT

Auch der im schwedischen Exil lebende Journalist Abdullah Bozkurt ist zur Zielscheibe Erdoğan's geworden. Er berichtet über die englischsprachige Website Nordic Monitor über die Türkei und Erdoğan's Regime. Zudem taucht sein Name in den Texten über gesuchte Personen oder Terroristen auf, die von der offiziellen Nachrichtenagentur der Türkei Anadolu Ajansı regelmäßig veröffentlicht werden. Bozkurt wurde vor seinem Haus in Stockholm von drei Unbekannten angegriffen. Nach der Tat gab Bozkurt bekannt, dass Nordic Monitor auch in Zukunft die Weltöffentlichkeit über das Unrecht in der Türkei informieren werde. Bozkurt erklärte, dass er seit Jahren das Ziel von Erdoğan und seinem Regime sei und erklärte, dass Erdoğan's Assistent auf einem nationalen Sender offen erklärt habe, dass er ihn töten wolle.



AHMET DÖNMEZ

Der Journalist Ahmet Dönmez ist auch ein unabhängiger Journalist, der über Erdoğan, die Minister der AKP-Regierung und ihre Verbindungen zur Mafia berichtet. Dönmez wurde von zwei oder mehr Verdächtigen angegriffen, die ihm folgten, nachdem er seine sechsjährige Tochter von der Schule abgeholt hatte. Beim Angriff verlor Dönmez sein Bewusstsein und musste einige Zeit auf der Intensivstation behandelt. Er erlitt eine Gehirnblutung und befand sich zeitweise in Lebensgefahr. Ahmet Dönmez erklärte, dass ihn von Innenminister Süleyman Soylu geschützte Mafiagruppen mit dem Tod bedroht hätten und dass er vor diesem Angriff die schwedischen Behörden informiert habe.



CEVHERİ GÜVEN

Cevheri Güven war Chefredakteur des Nachrichtenmagazins Nokta. Aufgrund kritischer Titelgeschichten über Erdoğan wurde er zur Zielscheibe Erdoğan's. In einem seiner Titel bildete das Magazin Erdoğan bei einem Selfie vor dem Sarg eines getöteten Soldaten ab. Erdoğan tobte: „Diejenigen, die dieses Cover gemacht haben, sind unehrlich, verabscheuungswürdig. Sie werden den Preis zahlen“, so seine Drohung. Einige Ausgaben der Zeitschrift wurden beschlagnahmt und verboten. Kurze Zeit später wurden Cevheri Güven und der verantwortliche Redakteur Murat Çapan festgenommen. Als Güven nach zwei Monaten Haft entlassen wurde, verließ er die Türkei. Von Deutschland aus produziert er Youtube-Videos über die Politik in der Türkei. Çapan befindet sich seit sechs Jahren in der Türkei in Haft.

Güven sagte vor dem Türkei-Tribunal in Genf, das die Rechtsverletzungen in der Türkei untersucht, aus. Er berichtete, dass er von den Polizeibehörden gewarnt worden ist. In der Türkei sei ein Mordkommando für in Europa lebenden Journalist*innen zusammengestellt, auch sein Name befinde sich auf der Liste, die insgesamt 21 Personen umfasse. Er erklärte, dass er ständig von den von der türkischen Regierung kontrollierten Medien angegriffen werde: „Ich wurde ständig als Terrorist stigmatisiert. Ich bin mit vielen verschiedenen terroristischen Organisationen in Verbindung gebracht worden. Es wurden Schritte unternommen, um die Glaubwürdigkeit der von mir veröffentlichten Nachrichten zu untergraben. Natürlich spüren wir auch in Europa den Druck der langen Arme des Erdogan-Regimes.“ Fotos vor dem Wohnhaus in Hessen und persönliche Informationen von Güven wurden von der von Erdoğan kontrollierten Zeitung Sabah veröffentlicht und der Journalist so zur Zielscheibe gemacht.

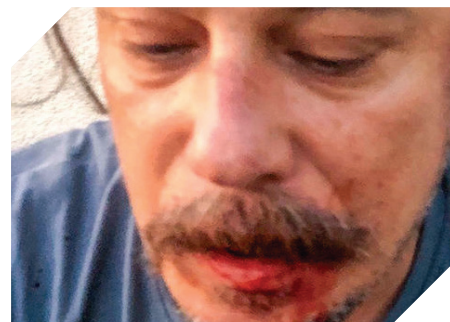


METİN CIHAN

Der Journalist Metin Cihan hatte den Fall der elfjährigen Rabia Naz Vatan gründlich recherchiert und deckte so Informationen auf. Das Mädchen starb, als sie von einem Fahrzeug angefahren wurde, das von einem AKP-Mitglied gefahren wurde. Der Vorfall wurde in den Gerichtsakten als Selbstmord verzeichnet, um ihn zu vertuschen. Cihan, der später aufgrund der Korruptionsnachrichten der Regierung zur Zielscheibe der AKP wurde, gab an, dass er aufgrund von Angriffen, Ermittlungen und Drohungen ins Ausland gehen musste. Cihan teilte in den sozialen Medien mit: „Ich habe das Gefühl, dass ich es mit der Mafia zu tun habe und nicht mit einem Staat. Der Staat ist eine Sache, aber vor der Mafia habe ich Angst.“

ERK ACARER

Der Journalist Erk Acarer ist ein in Deutschland im Exil lebender Journalist, der für seine Veröffentlichungen gegen die AKP-Regierung bekannt ist. Erk Acarer, der auch als Kolumnist für die Birgün-Zeitung arbeitet, wurde im Innenhof seiner Berliner Wohnung mit „Faust und Messer“ angegriffen.



** Ceyhan arbeitete als Journalist in der Türkei. Aufgrund der Verfolgung in der Türkei flüchtete er nach Schweden. Beim 21. Metin-Göktepe-Journalist*innenwettbewerb wurde er als würdig für die Auszeichnung „Written News of the Year“ erachtet. Daraufhin wurde die Jury unter Druck gesetzt, sodass sie ihre Entscheidung revidierte und die Auszeichnung zurückzog. Seitdem arbeitet er nicht mehr als Journalist, schreibt stattdessen für Menschenrechtsorganisationen Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.*



„Ungeheurer Polizeiangriff: Wie unsere Zeitung mundtot gemacht wurde“



GÜLİZAR BAKI

20. Juli 2016 um 17:30 Uhr.

Es war die letzte halbe Stunde, um die Seiten zum Drucken zu abzugeben.

Die Druckerei wollte die Zeitung um 18.00 Uhr haben.

Sie waren die letzten und einzigen, die noch bereit waren, unsere Zeitung zu drucken.

Andere Druckereien wollten nicht. Sie könnten dem Druck der Regierung nicht mehr standhalten, so ihr Argument.

Es sollte sich herausstellen, dass wir an der letzten Ausgabe unserer Zeitung arbeiteten.

Und diese halbe Stunde die letzten Momente meines Berufslebens; die letzten Minuten meiner eigenen Freiheit, der Pressefreiheit meines Landes waren.

Da wusste ich es noch nicht.

...

Ich wusste nicht, dass ich den Tee von Onkel Zafer nicht mehr austrinken können würde.

Es klopfte an der Außentür.

Genauer gesagt wurde gegen die Tür so hart getrommelt, als sollte sie aufgebrochen werden. Der junge Designer am Tisch gegenüber der Tür stand auf und blickte auf den Bildschirm, der den Korridor zeigte.

„Jemand hat die Kamera ausgeschaltet!“ schrie er.

Alle standen auf.

Die Tür konnte jeden Moment aufgebrochen werden.

Ich stand auf den Beinen, doch meine Blicke richteten sich auf den Monitor. Ich wollte die Schlussredaktion des von mir bearbeiteten Artikels noch beenden.

Auf einmal stürmten unzählige Männer herein.

Wie eine Flut kamen sie.

Dämpfe stiegen hoch aus meinem Glas Tee.

Auch war es sehr heiß an dem Tag.

...

Während die Männer hereinstürmten, schleuderten sie Schimpfwörter durch die Gegend. Die einzigen Wörter, die keine Schimpfwörter waren, lauteten: „Polizei, das ist eine Razzia!“

„Legt euch auf den Boden!“, schrien sie.

Ich war geschockt von dem Wortgebrauch.

Einem der Polizisten, der an mir vorbeiging, rief ich zu, auch wenn er es nicht hörte: „Das ist eine Zeitung, solche Wörter können sie hier nicht gebrauchen, Herr!“

Auch wenn wir keine Zeitung wären, hätten sie diese Wörter nicht gebrauchen können.

„Warum schreit ihr? Wir hören euch doch! Hört doch auf, so zu schimpfen, was für ein Unsinn!“, ging durch meinen Kopf.

Es war, als wäre ich in einer Filmszene.

Ein Zuschauer, der zum Ereignisort teleportiert wurde.

Unterdessen stürmten immer mehr Polizisten in die Redaktionsgebäude. Dann versammelten sich die Polizisten in der Mitte des Raumes.

Einer kam mit einem Zettel in der Hand herein.

Er sagt, dass die Tätigkeit der Redaktion per Gerichtsbeschluss gestoppt wurde und die Ausgabe von diesem Tag zurückgerufen werde.

Es ist 17:45!

Gerechtigkeit sollte fortan in der Türkei nur noch ein weiblicher Vorname sein.

Sie teilten uns mit, dass gegen zwei Personen ein Haftbefehl vorliege, die anderen würden nach der Durchsuchung freigelassen werden.

...

Ich stehe immer noch auf den Beinen.

Alle meine männlichen Kollegen lagen alle auf dem Boden, die Hände auf dem Kopf, um jeden von ihnen herum fünf bis sechs Polizisten.

Der Mann mit einem Blatt Papier, den andere „Mein Kommissar“ nannten, rief den Namen des Chefredakteurs, Levent Kenez, und meinen Namen auf. Sie legten uns Handschellen an.

...

Die Staatsanwaltschaft von Bakırköy hatte eine Untersuchung wegen der am 20. Juli 2016 veröffentlichten Schlagzeilen der Zeitung Meydan eingeleitet. Es muss wohl eine Eingebung gekommen sein. Denn innerhalb weniger Stunden kamen sie zu der Überzeugung, dass unser Artikel ein Terrordelikt darstelle und beantragten deshalb bei einem Gericht, die Exemplare zurückrufen und einsammeln zu lassen. Ein Strafgericht entsprach dem Antrag.

Unsere Schlagzeile, in der der Staatsanwalt und der Richter ein terroristisches Verbrechen sahen, handelte vom Putsch und lautete: „Ihr wusstet es, habt es aber nicht verhindert“.

Mit unserem Artikel hinterfragten wir, wie es zur Putschnacht kommen konnte und warum 249 Menschen sterben mussten. Die Quelle war die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu Ajansi (AA). Die AA brachte am 19. Juli einen Bericht in Umlauf mit dem Titel „Hier die Putschnacht - Stunde für Stunde“, den sie später wieder zurückzog. Nach diesem Bericht informierte der Chef des Geheimdienstes MIT am Tag des Putsches um 16 Uhr den Generalstab über den Putsch.

Die Richter waren der Meinung, diese Informationen könnten Lesern nicht zugemutet werden, er könnte Empörung hervorrufen und die Gesellschaft befände sich in einer heiklen Situation. Deshalb sollte die Veröffentlichung gestoppt werden!

...

Sie brachten uns zur Gesundheitsuntersuchung ins Krankenhaus.

Den Satz, „Verdächtige, die nach dem Gesundheitscheck zur Vatan-Polizeiwache gebracht wurden“, hatte ich in vielen Berichten verwendet. Jetzt war ich einer dieser Verdächtigen, für den dieser Satz zutraf.

Im Polizeiauto haben wir etwas erlebt, das ich wohl nie vergessen werde.

Auf dem Rücksitz lag ein Gewehr.

Ich kenne das Modell nicht, ich kenne mich mit Waffen nicht aus. Es war eine große Waffe mit einem langen Lauf.

Es stand neben uns.

Mein Kollege Levent Kenez und ich blickten uns an und konnten uns ein Schmunzeln nicht verkneifen.

Er rief den Polizisten vorne zu: „Ihr nehmt uns als Terroristen mit, dabei lässt ihr unbewacht ein automatisches Gewehr direkt neben uns.“ Der Polizist drehte kurz Kopf, blickte uns zu, als wollte er sagen, „Ihr habt recht“. Dann drehte er wieder den Kopf nach vorne prüfte weiter die Papierunterlagen.

...

Der Abendverkehr in Istanbul war schrecklich.

Mein Kollege beschwerte sich über den Verkehr.

Er hat es immer eilig.

„Warum hast du es so eilig, vielleicht sehen wir die Stadt, den Verkehr und den Himmel das letzte Mal. Je später wir ankommen, desto besser“, sage ich.

Wir lachen.

Die Polizisten sind nervöser als wir.

...

Wir befinden uns in einem Zimmer der Polizeiwache Vatan.

Viele Polizisten kommen und gehen, während unser Fall bearbeitet wird.

Ein väterlicher Typ, um die 50, sah gar nicht wie ein Polizist aus, vielmehr wie ein Café-Betreiber, grüßte alle und setzte sich auf einen der Stühle. Dann legte er die Hände hinter den Kopf, lehnte sich gegen die Stuhllehne und sagt: „Ich bin jetzt müde, unsere freien Tage sind gestrichen, mein Freund, ich werde um meinen Ruhestand bitten. Mal kommen die einen und lassen diese verhaften, mal die anderen und lassen jene verhaften...“

Er sieht mich an: „Und morgen kommt ihr und lässt uns verhaften.“

„Diese Szene ist berichtenswert“, denke ich.

Aber als ich mich daran erinnerte, dass ich der Adressat dies-



er Worte war, wurde ich wütend über das, was mir vorgeworfen wurde. „Was soll das heißen, ich bin nur ein Journalist“, wollte ich sagen.

Aber was konnte man schon Leuten mit Vorurteilen sagen!

Das ist das Hauptproblem in meinem Land.

Die Einmischung eines jeden in das Leben des anderen. Die Gedankenleserei. Der Glaube, die Schuld des anderen zu kennen.

Mit anderen Worten, jeder hat je nach Nationalität, Heimaort, Lebens- und Kleidungsstil, Geschlecht und sogar Beruf Altlasten zu tragen. Definitiv!

Du bist entweder reaktionär, bigott, böse, Dinosaurier oder einer von uns.

Deshalb hat es immer einen Unterdrücker und Unterdrückten gegeben.

...

Es gibt auch so etwas wie ein ideologisches Erbe.

Dieses Erbe kann man nicht ausschlagen.

Jede Generation erbt den Hass, der das Ergebnis der Entscheidungen der vorherigen ist, als ob er von Vater zum Sohn weitergegeben wird.

Zum Beispiel sind alle Rechten potenzielle Verbrecher, alle Linken und Kurden Terroristen. Die Liste ließe sich ohne Probleme um die Armenier, Atheisten oder sogar Rockmusiker usw. fortführen.

...

In der Wache nehmen sie uns alles ab, sogar die Schnürsenkel, als Vorsichtsmaßnahme gegen Selbstmordversuche. Alles wird registriert.

In meiner Tasche sind so viele Dinge, mein Kollege Levent sagt: „Warum sind diese zehn Millionen Sachen in deiner Tasche?“ Als ob ich nicht wieder nach Hause kommen werde, was ja auch der Fall sein werden sollte.

Dann verlangt die Polizistin mein Kopftuch. Wie! „Dein Kopftuch auch!“ Wieso das? Früher konnte ich mit meinem Kopftuch nicht an die Uni zeitweise. Aber jetzt auch in der Polizeiwache? Wie ich erfahren habe, nehmen sie allen Frauen das Kopftuch ab gegen die Suizidversuche.

Das ist ein Skandal!

Während die aktuellen Machthaber ihren Einsatz für das Kopftuch hervorheben, sich damit brüsten, dass in ihrer Regierungszeit in den Bildungseinrichtungen das Problem mit dem Kopftuch gelöst wäre, muss ich für mein Kopftuch kämpfen, indem ich sage: „Ihr könnt mich töten, aber mein Kopftuch lege ich nicht ab.“ ▶

Es kommt zu einer Krise.

Mein Kollege greift ein. In den Nachrichten tragen Frauen immer ein Kopftuch, wenn sie zur Gesundheitskontrolle oder zum Gericht gebracht werden. Vermutlich wird das Kopftuch ihnen am Ausgang zurückgegeben.

Die Polizistin hatte es bei ihrer Leibesvisitation gesehen: "Sie haben ein Kopftuch im Innern ihrer Kleidung, das können sie benutzen", sagt sie.

Was für ein Unsinn.

"Sage ich Ihnen, Sie haben Unterwäsche, Sie können sie benutzen?"

Ich denke, dass Zehntausende Kopftuchfrauen, Lehrerinnen, Ärztinnen, Universitätsprofessorinnen, Beamtinnen, Hausfrauen oder 70- bis 80-jährige Tanten, die wegen Ravioli-Zubereitung in Gewahrsam genommen wurden, alle dasselbe erlebt haben.

Mein Herz schrumpft.

Ich bin so voller Wut, dass ich mich zu der Gruppe draußen begeben und schreien möchte. Sie hält Wache für die Demokratie:

Das Land, die Gerechtigkeit, die Verständigung, die Menschenrechte sind weg! Die Kopftücher dieser Frauen wurden abgenommen. Und von der Regierung, die stolz darauf ist, das Tragen von Kopftuch freizustellen.

Schließlich erlauben sie mir, mit meinem Kopftuch in die Haftanstalt zu gehen.

Aber ich bleibe einfach auf meinem Stuhl sitzen. Es dauert Stunden, während die Polizei die Verfahren durchführt. Ich bleibe einfach.

Ich bin wie tot.

So wie eine Leiche, die man alles Weltlichen entledigt.

Genauso fühle ich mich.

...

Nachdem die Formalitäten erledigt sind, erlauben sie mir ein Telefongespräch zu führen.

Aber ich erinnere mich nur an die Handy-Nummer meines Vaters.

Vielleicht in der Annahme, der er der stärkste in meiner Familie sein könnte.

Sie sind im Urlaub sind, hoffentlich klappt es mit dem Empfang, denke ich.

Das Telefon klingelt zweimal, mein Vater hebt ab.

Was für eine schwierige Situation, sowohl für mich als auch für meinen Vater.

"Mir geht es gut", sage ich.

Mein Vater redet auch sonst nicht viel.

In diesem Moment bemerke ich den dünnen Schmerz in meinen Handgelenken.

Überträgt sich der Schmerz im Herz auf das Handgelenk?

...

Ich kann nicht glauben, dass ich jetzt nicht frei bin.

Ich starre auf das blaue Bett auf dem Boden, auf die Wände.

Ich begeben mich in eine Ecke.

Von draußen sind Parolen der Gruppe zu hören, die wache für die Demokratie halten.

Ich denke an gar nichts. Tatsächlich denke ich an so viele Dinge gleichzeitig, dass es wie nichts erscheint.

Ich stehe unter Schock.

Diese Nacht war sehr lang, aber „Wie kommt es, dass die Zeit einfach nie vergeht, aber Jahre und Leben vergehen?“ Nach diesem Tag vergingen Jahre.

...

Am frühen Morgen am nächsten Tag gehen wir zum Staatsanwalt.

Er fragt mich nach der Zeitungsschlagzeile.

Ich sage, dass es sich um eine Agenturnachricht handelt.

Darüber hinaus wurde die Nachricht, die zum Sturm unserer Redaktion führte, zehn Monate später vom Chef des Generalstabs bestätigt. Dieser bekleidet jetzt ein Ministeramt.

Einige von uns sind in Haft, einige sind draußen. Aber wir alle haben einen Rufmord erlitten. Wir haben tödliche Wunden.

...

Irgendwie hat uns der Staatsanwalt freigelassen. Unser Anwalt stand unter Schock.

Unsere Kollegen erwarten uns an der Tür des Gerichtsgebäudes.

Sie hätten festgenommen werden können, nur weil sie dorthin gekommen waren, aber sie taten es.

Wir saßen in der Konditorei gegenüber dem Gerichtsgebäude.

Eine Tasse Tee vor mir.

Es sollte das letzte Glas Tee sein, das ich mit meinen Kollegen trinken sollte.

Wann sollte es wieder soweit sein?

Kismet...

...

Am Tag unserer Entlassung wurde ein erneuter Haftbefehl gegen den Kollegen Levent Kenez erlassen.

Am nächsten Morgen verlies ich meine Wohnung und kehrte nicht wieder zurück.

Anderthalb Monate blieb ich bei meiner Familie, in der Zeit konnte weder ich schlafen noch sie.

Im Fernsehen gab es jeden Tag aufrufe der Machthaber und ihrer Männer, Familienmitglieder, Freunde, Verwandte zu denunzieren.

Meine Anwesenheit bedeutete eine Gefahr für meine Familie.

Die Verfahren gegen mich nahmen kein Ende.

Journalist*innen wurden festgenommen, ihre Wohnungen durchsucht, unsere Pässe und Presseausweise entzogen.

...

Mein Anwalt wurde festgenommen. Danach habe ich nichts mehr von ihm gehört.

Ich kenne den Stand der gegen mich eröffneten Prozesse nicht.

Ich kann niemanden davon überzeugen, zum Bürgermeister zu gehen und sich zu erkundigen.

Alle haben Angst, verhaftet zu werden.

Tatsächlich gab es diejenigen, die festgenommen wurden.

Niemand überprüft auch nur mein Postfach.

Ich fühle mich wie ein Aussätziger, wie jemand, der die Pest hat.

Ich mache mir Sorgen um meine Familie und meine Kollegen.

Und der Zustand meines Landes fühlt sich wie ein Feuer in mir.

Meine Journalist*innen-Kollegen sind eine einzige Enttäuschung.

Sie befinden sich in einer ideologischen Blindheit, leben in der Angst, selbst in Schwierigkeiten zu geraten. Ihnen ist nicht bewusst, dass genau deshalb der Ruf des Journalismus dahin ist. ■



ZENTRALASIEN: PRESSEFREIHEIT VOM AUSSTERBEN BEDROHT

Die Lage der Presse in den zentralasiatischen Republiken ist beklagenswert. Selbst soziale Medien sind verboten. Es ist unmöglich, Journalismus zu betreiben, und diejenigen, die unter einem Pseudonym schreiben, werden vom Geheimdienst überwacht. Sie werden entweder inhaftiert oder müssen mit einem dubiosen Tod rechnen. Oder sie werden mit Geld zum Schweigen gebracht.



ILONA PFEFFER *

Zentralasien ist für viele Europäer bis heute terra incognita. Wenn eine der fünf ehemaligen Sowjetrepubliken dann doch einmal in die Schlagzeilen der westlichen Presse gerät, so meist dann, wenn etwas Tragisches passiert, wie etwa die blutigen Massenunruhen in Kasachstan Anfang 2022. Interessierte können sich über die zentralasiatischen Republiken in deren eigenen Presse informieren. Doch wie ist es um die Bedingungen für die Medienschaffenden in Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan bestellt?

Einst der Musterschüler in Sachen Pressefreiheit und – zumindest nach Ansicht des Westens – die einzige Demokratie in Zentralasien, nimmt Kirgistan in den letzten Jahren eine bedenkliche Entwicklung. ▶

Auf dem 152. Platz im Rating von Reporter ohne Grenzen findet sich **Tadschikistan**. Das ist zwar eine Verbesserung um zehn Ränge gegenüber 2021, doch übt der Staat nach wie vor ein hohes Maß an Kontrolle aus.

Zwar konnte sich **Kasachstan** im Rating von Reporter ohne Grenzen leicht verbessern und belegte 2022 den 122. Platz, doch war der Umgang mit den zunächst friedlichen Protesten im Januar 2022, die sich zu blutigen Massenunruhen entwickelten, ein anschauliches Beispiel für die repressiven Methoden, mit denen der Staat auf unliebsame Ereignisse reagiert.

►Zwar konnte die kleine Republik 2022 mit Rang 72 im Rating von Reporter ohne Grenzen ein wesentlich höheres Maß an Freiheit aufweisen, als die anderen zentralasiatischen Staaten, doch werden ihr darin „erkennbare Probleme“ attestiert. Das bestätigen auch Medienschaffende vor Ort. Die Pressefreiheit sei die letzte Bastion der Demokratie in Kirgistan, die die Machthaber zielgerichtet und konsequent zu zerstören versuchten, um die eigene Macht zu erhalten, sagt der kirgisische Journalist Azat Ruziev. Die Staatsführung schüchtere ihre Kritiker lieber ein, als ihnen zuzuhören, fühle sich stets im Recht und sei nicht bereit, andere Standpunkte anzuhören. Das habe es unter jedem Präsidenten gegeben und der amtierende Präsident bilde keine Ausnahme, sondern sei eher noch radikaler als seine Vorgänger. Sadyr Dschaparow ist seit Januar 2021 Präsident der Republik Kirgistan. Vorgegangen waren gewaltsame Massenunruhen im Oktober 2020, im Zuge derer ihn seine Anhänger aus dem Gefängnis befreit hatten, wo er eine Haftstrafe von elf Jahren und sechs Monaten wegen der Organisation von Massenunruhen und Geiselnahme absaß. Dschaparow und der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit, Kamtschibek Taschijew, seien in dem Regime, das von internationalen Organisationen seit 2021 als „autoritär“ eingestuft wird, sakrale Figuren, die in keiner Weise kritisiert werden dürften, so der Journalist von Kloop. Um etwaige Kritiker zum Verstummen zu bringen, würden diese bedroht, verhaftet, aus dem Land ausgewiesen. Die Internetseiten unliebsamer Medien wie dem kirgisischen Ableger von Radio Free Liberty würden blockiert. Hinzu kämen Hacker-Angriffe und bezahlte Demonstrationen, die entweder mit Wissen des Präsidenten oder auf seinen Befehl hin erfolgten. „Wenn die Mächtigen nichts zu verbergen hätten, könnten sie ihre Offenheit zeigen. Stattdessen kommen aber nur Drohungen, Einschüchterung, öffentliche Festnahmen, Unterschieben von Drogen, Erpressung mit Sex-Videos und Ähnliches“, konstatiert Azat Ruziev. Zudem ist Kirgistan im gesamten postsowjetischen Raum das einzige Land, das einen Journalist*innen und Menschenrechtler zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt hat.

Kasachstan: Durch Einschüchterung oder Geld zum Schweigen gebracht

In den anderen vier zentralasiatischen Republiken ist es um die Pressefreiheit noch schlechter bestellt. Zwar konnte sich Kasachstan im Rating von Reporter ohne Grenzen leicht verbessern und belegte 2022 den 122. Platz, doch war der Umgang mit den zunächst friedlichen Protesten im Januar 2022, die sich zu blutigen

Massenunruhen entwickelten, ein anschauliches Beispiel für die repressiven Methoden, mit denen der Staat auf unliebsame Ereignisse reagiert. Dabei wurden sämtliche zur Verfügung stehenden Instrumente eingesetzt: Festnahmen, Angriffe, Einsatz von Feuerwaffen, Folter sowie die Abschaltung des Mobilfunknetzes und des Internets. Tagelang waren die Menschen voneinander und von der Außenwelt fast vollständig abgeschnitten. Ausgewählte Informationen darüber, was im Land geschah, erhielt die Bevölkerung aus dem staatlichen Fernsehen. Unter den Festgenommenen waren nach offiziellen Zahlen des Innenministeriums 18 Journalist*innen, doch ihre Zahl dürfte in Wirklichkeit höher gewesen sein. Gegen sechs von ihnen wurde Anklage erhoben, zwölf wurden wieder freigelassen. Einige von ihnen haben dabei physische Gewalt erfahren. Doch nicht nur in einem Ausnahmezustand wie diesem übt der kasachische Staat eine starke Kontrolle darüber aus, welche Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Laut Analysen der Organisation Freedom House wird der Großteil der Medien vom Staat kontrolliert, unabhängige Medien sind selten. Zudem werden die Fragen der Journalist*innen bei Pressekonferenzen zensiert und kommerzielle Medien werden nicht selten vom Staat dafür bezahlt, dass sie staatliche Propaganda verbreiten. Für die „Förderung“ der Medien stellt das vergleichsweise wohlhabende Kasachstan jährlich 150 Millionen Dollar zur Verfügung, Tendenz steigend. Eine wesentliche Verbesserung im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit, wie sie manche unter dem Nasarbajew-Nachfolger Qassym-Schomart Tokajew erhofft hatten, ist somit nicht festzustellen.

TADSCHIKISTAN: DIE PRESSE WURDE WEITGEHEND EINGESTELLT, DIE MENSCHEN BEZIEHEN IHRE NACHRICHTEN AUS DEN SOZIALEN MEDIEN

Auf dem 152. Platz im Rating von Reporter ohne Grenzen findet sich Tadschikistan. Das ist zwar eine Verbesserung um zehn Ränge gegenüber 2021, doch übt der Staat nach wie vor ein hohes Maß an Kontrolle aus. So werden regelmäßig Internetseiten, Nachrichtenportale und soziale Netzwerke blockiert und großflächig das Internet und die Mobilfunknetze abgeschaltet, um Kritik am Staat zu unterdrücken. Unabhängige Medienhäuser werden geschlossen, die wenigen unabhängigen Journalist*innen werden verfolgt und eingeschüchert. Angesichts der wachsenden Zensur und Selbstzensur in den Medien geht die Bevölkerung zunehmend dazu über, sich in den sozialen Netzwerken

statt in der Presse zu informieren. „Die Medien versuchen, aktuelle Themen zu umgehen“, sagt Marat Mamadschojew, Chefredakteur von Cabar.asia in Tadschikistan. „Ihnen wird verboten, über irgendetwas zu schreiben. Wenn sie früher noch irgendwie dagegen vorgehen konnten, dagegen ankämpften, so haben sie heutzutage einfach aufgegeben. Die Situation ist leider sehr schlecht.“ Die Gesamtlage wird auch im Rating von Reporter ohne Grenzen als „schwierig“ eingestuft.

USBEKISTAN: KEINE FREIHEIT UND EINE SCHWACHE WIRTSCHAFT

Etwas besser steht Nachbarland Usbekistan da. Mit einer Verbesserung um 24 Ränge gegenüber dem Vorjahr belegte es 2022 Platz 133. Doch auch hier werden die meisten Medien vom Staat kontrolliert und private Medien halten sich mit Kritik an den staatlichen Strukturen zurück, weil sie befürchten müssen, sonst geschlossen zu werden. Laut Reporter ohne Grenzen gibt es nur etwa fünfzehn Medienhäuser, die qualitativ hochwertige Berichterstattung betreiben, wobei einige von ihnen, wie die Nachrichtenagentur Fergana, im Ausland angesiedelt sind. Viele unabhängige Medien sind in der Zeit der Präsidentschaft von Islam Karimow geschlossen oder blockiert worden. Zusätzlich zur staatlichen Kontrolle ist es der Mangel an finanziellen Mitteln, der die Medienhäuser vor große Probleme stellt und den Journalismus als Beruf unattraktiv macht.

TURKMENISTAN: DIE LAGE IST SO ERNST, DASS SOGAR FACEBOOK VERBOTEN WURDE!

„Sehr ernst“ ist die Lage nach Einschätzung der Reporter ohne Grenzen in Turkmenistan. Schlechter schnitten im Jahr 2022 nur der Iran, Eritrea und Nord-Korea ab. Facebook, Twitter, das russische Facebook-Pendant Vkontakte, YouTube sowie alle unabhängigen Medien sind in Turkmenistan blockiert. Wie ein turkmenischer Journalist schreibt, erfüllt die existierende Presse in Turkmenistan einzig und allein die Funktion eines staatlichen Propagandaorgans. Die Erfolge der Regierung werden gelobt, Aufnahmen von festlichen Eröffnungen durch den Präsidenten verbreitet. Schlechte Nachrichten gibt es nicht. Der journalistische Nachwuchs wird auf eben diese Tätigkeit vorbereitet und nicht darauf, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten oder die Staatsführung zu kritisieren. Als faktisch staatliches Organ ist die Presse zudem auf Tuchfühlung mit der Macht. Wer sich als besonders nützlich hervortut, kann darauf hoffen, Karriere zu machen. Weshalb sollte man sich da der Gefahr aussetzen, für seine journa-

listische Tätigkeit ein Berufsverbot oder eine Gefängnisstrafe zu kassieren – oder schlimmeres? Einige wenige Turkmenen sind dennoch so mutig und berichten über die Missstände im Land für ausländische Medien wie den turkmenischen Ableger von Radio Free Liberty, Radio Azatlyk. Zumeist sind das keine professionellen Journalist*innen, sondern Aktivisten und Bürgerjournalisten. Das macht ihren Einsatz nicht weniger mutig, schlägt sich aber auf die Qualität ihrer Berichterstattung nieder. Ein differenziertes Bild von dem, was in dem abgeschotteten Land tatsächlich passiert, ist somit nicht möglich. Wegen der ständigen Gefahr für Leib und Leben arbeiten diese Bürgerjournalisten im Geheimen und verwenden Pseudonyme. Wer den Geheimdiensten doch ins Netz geht, wird unter falschen Vorwürfen vor Gericht gestellt und zu langen Haftstrafen verurteilt. Nicht selten sind die Journalist*innen physischem und psychologischem Druck ausgesetzt. Und manche verschwinden spurlos oder sterben unter ungeklärten Umständen, wie Annamurad Bugajew, Reporter von Radio Azatlyk. Auch ganz normale Bürger, die mit den ausländischen Medien unter Nennung ihres wahren Namens über Missstände im Land gesprochen haben, sind nicht selten Ziel von staatlichen Repressionen geworden. Unter Serdar Berdimuhamedow, der 2022 die Nachfolge seines Vaters als Präsident Turkmenistans angetreten hatte, braucht man auf keine positiven Veränderungen in puncto Pressefreiheit zu hoffen, im Gegenteil. Wie Beobachter verschiedentlich festgestellt haben, hat der junge Präsident seinen Vater sogar bereits übertroffen, was die Einschränkung des Zugangs zu Information angeht.

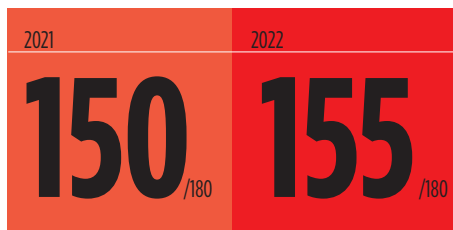
Trotz Verbesserungen im Rating von Reporter ohne Grenzen bleibt die Pressefreiheit in der gesamten Region auf einem beklagenswert schlechten Niveau. In einer Expertenrunde bei Cabar.asia haben die Teilnehmer daher die Politiker in den Republiken dazu aufgerufen, sich für die Stärkung einer unabhängigen Presse einzusetzen, die sie für eine Grundvoraussetzung der Demokratie halten. Nach ihrem Dafürhalten müssen die Medien der ganzen Region enger zusammenrücken, um kollektiv ihre Interessen zu schützen. Zudem sollten sie sich um finanzielle Unabhängigkeit bemühen und neue und aussichtsreiche Medienprojekte unterstützen. Nicht zuletzt sollten die zentralasiatischen Medien von den Ländern lernen, wo unter ähnlichen Bedingungen eine solche Stärkung der Pressefreiheit gelungen ist. ■

** Ilona Pfeffer ist Media Expertin | Humanitarian Journalism Trainerin | Journalistin*

In Usbekistan sind viele unabhängige Medien in der Zeit der Präsidentschaft von Islam Karimow geschlossen oder blockiert worden. Zusätzlich zur staatlichen Kontrolle ist es der Mangel an finanziellen Mitteln, der die Medienhäuser vor große Probleme stellt und den Journalismus als Beruf unattraktiv macht.

„Sehr ernst“ ist die Lage nach Einschätzung der Reporter ohne Grenzen in **Turkmenistan**. Schlechter schnitten im Jahr 2022 nur der Iran, Eritrea und Nord-Korea ab. Facebook, Twitter, das russische Facebook-Pendant Vkontakte, YouTube sowie alle unabhängigen Medien sind in Turkmenistan blockiert.

Russlands Platz in der Liste der Pressefreiheit



Quelle: Reporter ohne Grenzen

WIE PUTIN DEN JOURNALISMUS INS EXIL TRIEB

Bis zu 15 Jahre Haft bei falscher Wortwahl, Hunderte ins Exil getriebene Journalist*innen und eine straffe Zensur im Internet: Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ist die Pressefreiheit in Russland weitgehend zusammengebrochen. Doch der Kreml könnte die Repressionen noch ausweiten



BIRGER SCHÜTZ *

Wenige Stunden nach Moskaus Überfall auf die Ukraine erschien im russischen Internet ein offener Brief: „Krieg war noch nie eine Methode zur Lösung von Konflikten und wird es auch nie sein“, protestierten darin mehr als 70 russische Journalist*innen. Ähnlich sahen es andere Vertreter der schikanierten freien Medienszene. Der Krieg sei Wahnsinn, schrieb die renommierte „Nowaja Gaseta“ auf ihrer Titelseite, das ukrainische Volk sei kein Feind. Einige bekannte Journalist*innen unterschrieben öffentliche Aufrufe gegen den Krieg, viele verurteilten den Angriff in den sozialen Medien.

Doch die vereinzelt Proteste verpufften wirkungslos, die Behörden verschärfen ihr Vorgehen gegen Journalist*innen und Medien drastisch. Nun ging es um die vollständige Kontrolle des Informationsraums und die staatliche Deutungshoheit über

den Krieg. Für die Berichterstattung seien nur noch offizielle Quellen zulässig, warnte die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor noch am Tag des Überfalls. Begriffe wie „Angriff“, „Krieg“ oder „Invasion“ seien in der Berichterstattung verboten - es handle sich um eine militärische Sonderoperation. Wer sich nicht an die Bestimmungen hält, wird bestraft. Fünf Tage nach Beginn der Invasion blockierte die Behörde den Zugang zu zwei Flaggschiffen der unabhängigen Medienlandschaft: dem Internet-TV-Kanal „Doschd“ und dem Radiosender „Echo Moskwy“. Die Entscheidung sorgte für breites Entsetzen. Einen Monat setzte auch die „Nowaja Gaseta“ die Berichterstattung aus.

Zum bisher größten Schlag gegen die Pressefreiheit holte das russische Parlament am 4. März 2022 aus. An diesem Tag verabschiedete die Duma zwei



FOTO: NATALIA KOLESNIKOVA / AFP

neue Gesetze. Diese sehen für die Verbreitung angeblicher Falschinformationen über die Streitkräfte - beziehungsweise deren Diskreditierung - Haftstrafen von bis zu 15 Jahren Dauer vor. Die Gesetze begründen eine Militärzensur: Jegliche Berichte, die von den offiziellen Stellungnahmen des Verteidigungsministeriums abweichen, gelten fortan als strafbare Fake News.

Auch im Internet zog die Zensur an: Facebook, Instagram und Twitter wurden noch im März blockiert; dutzende Medienseiten gesperrt. Als unabhängige Informationsquellen verbleiben bisher der Messengerdienst Telegram und die Videoplattform YouTube.

Die neuen Gesetze führten zu einem Exodus russischer Medienschaffender: Vorsichtigen Schätzungen zufolge flüchteten mehr als 1000 Journalist*innen und 30 Redaktionen aus Russland. Sie setzen ihre Arbeit mittlerweile größtenteils aus Exilländern wie Georgien, Lettland oder den Niederlanden fort.

Neben den Propagandasendern verbleiben im Land die Zeitungen kremlnaher Oligarchen und eine Reihe privater Regionalmedien. Sie haben sich eine strenge Selbstzensur verordnet - oder verzichten vollständig auf Berichte über den Krieg. Es gibt allerdings auch wenige Ausnahmen wie das Onlinemedium „Ljudi Baikala“ aus dem sibirischen Irkutsk. Dieses versucht, die Zensur mit Berichten über die ökonomischen und sozialen Folgen des Krieges in der

Provinz zu umgehen.

Trotz der drastischen Gesetzesverschärfungen: Die Zahl der in Russland inhaftierten Journalist*innen ist bisher verhältnismäßig niedrig. Seit der Ausweitung des Krieges wurden sieben Medienschaffende inhaftiert, die bis heute im Gefängnis sitzen. Dazu kommen 14 Journalist*innen, die bereits wieder frei gelassen wurden. Dies ist jedoch kein Grund für Erleichterung, sondern zur Beunruhigung: Um den unabhängigen Journalismus im Land weitgehend zu zerschlagen, musste der Kreml große Teile seines Repressionsarsenals gar nicht nutzen. Im Kampf gegen die Pressefreiheit könnte er somit künftig zu wesentlich radikaleren Mitteln greifen - etwa Massenverhaftungen, der seit Monaten diskutierten vollständige Blockade von YouTube oder einer Ausweitung der Internet-Zensur nach belarussischem Vorbild. In Russlands Nachbarland drohen für die Verwendung von VPN-Diensten oder das Abonnieren als extremistisch eingestufteter Kanäle strafrechtlich geahndet. ■

** Birger Schütz ist als Pressesprecher für Russland, Osteuropa und Zentralasien bei Reporter ohne Grenzen (ROG) tätig. Er studierte Politikwissenschaft, moderne Geschichte und Russistik in Greifswald und Irkutsk und war als Reporter für die Tageszeitung „Nordkurier“ tätig. Im Anschluss daran arbeitete er 2,5 Jahre lang als Korrespondent für die „Moskauer Deutsche Zeitung“ in der russischen Hauptstadt und später als Russlandkorrespondent für die Tageszeitung „Neues Deutschland“.*



FOTO: LOIC VENANCE / AFP

Die Aktivisten von Reporter ohne Grenzen haben im Jahr 2012 in Paris eine Protestaktion veranstaltet, um die Inhaftierung von Journalists*innen im Iran zu verurteilen. Seitdem haben sich die Bedingungen für Journalists*innen im Iran noch weiter verschlechtert.

Journalist im Iran zu sein bedeutet, den eigenen Tod durch den „Strick“ zu riskieren

JOURNALISMUS IST DER GEFÄHRLICHSTE BERUF



AZADEH DINDAR *

Diktatoren brauchen für uneingeschränkte Kontrolle und Gehorsam dem Staat loyal ergebene Sklaven. Diese Sklaven sind in der Regel Menschen von schwachem Bewusstsein, die radikale Überzeugungen haben und schwach im Denken sind. Khomeinis Revolutionsgarden sind Beispiele dafür. Werden diesen Leuten Waffen gegeben, können die Folgen katastrophal sein. In den Schulen schlüpfen sie in die Rolle von Lehrern oder Schulleitern. Für den Staat ist es sehr wichtig, dass diese die Identität der Revolutionsgarden tragen.

Mithilfe von Tools wie Social Media, Fernsehen, Zeitungen, Büchern, Bildern und Musik dringt das Regime unser Leben ein. Zur Zeit des Iran-Irak-Krieges war sogar das Anschauen von Videofilmen verboten, die Menschen wendeten verschiedene Methoden an, um die Kassetten für Videorekorder zu verstecken. Damals war es auch verboten, Schach zu spielen, dass Männer sich T-Shirts anziehen, Frauen offene Haare tragen und in engen Hosen auf die Straße gehen. Viele dieser Verbote bestehen immer noch und ich möchte erklären, wie sie unser Leben in Geiselhaft genommen haben.

Die Bücher des Regimes sind darauf ausgelegt, die Menschen zu manipulieren, anstatt sie zu erziehen. Es wird gelehrt, die Werte zu zerstören, an die Sie glauben und sich dem Staat und seinem Führer gegenüber loyal zu verhalten. Die Menschen im Hintergrund, die große Macht in der Gesellschaft haben, haben jeden Bereich und jede Funktion im Staat durchdrungen. Sie wollen, dass die Iraner unter der vollen Kontrolle des Staates leben.

Zu meiner Kindheit gab es eine Frau, die Kindersendungen moderierte. Im Fernsehen kamen alte

Zeichentrickfilme wie Tom und Jerry, Pinocchio, Sindbad, Tsubasa. Sie alle waren zensiert. In ausländischen Filmen wurden Frauen zensiert, wenn sie kurze Ärmel oder Dekolleté trugen. Gesangsszenen wurden zensiert und ohne Angabe von Gründen entfernt.

In Familienszenen in iranischen Filmen umarmen Mädchen ihre Mütter und Jungen ihre Väter. Das Berühren der Hände war verboten. In Kochsendungen durften die Handgelenke von Köchinnen nicht gesehen werden. Die Lieder bestanden aus Märtyrer-, Revolutions- oder religiösen Liedern. Englische Markennamen waren im Fernsehen nicht zu hören. Sie drängen die Traurigkeit auf, um das Unterbewusstsein zu kontrollieren. Diktatoren töten die Hoffnung, um dadurch die Menschen leichter zu kontrollieren.

In den 90er-Jahren trugen Kinder in der Schule weiße Kopftücher und einen dunkelblauen Mantel als Uniform. Die Wände waren farblos. Es gab Schriften in Schwarz, Bilder von Märtyrern, Verse und Khomeinis Worte. Bilder von Khomeini und Chamenei hingen überall in der Schule. Die Verwendung von Buntstiften war in den Schulen verboten. Es gab nicht viele farbige Abschnitte in den Büchern. Die darin abgebildeten Mädchen spielten nicht mit Jungen, sie konnte nur mit dem gleichen Geschlecht spielen.

In diesen Lehren wird Kindern beigebracht, dass Glück etwas Schlechtes ist. Erzählt wird die Geschichte einer Familie, die in der Schule gefoltert wird. Bei den Inspektionen öffentlicher Schulen wird geprüft, ob die Kinder wirklich weinen. Besonders wenn Muharram beginnt, werden die Schüler gebeten, schmerzhaft Bilder zu malen.

WIE JOURNALIST*INNEN DIE GUNST DES REGIMES ERLANGEN KÖNNEN

Sekundarschulen sind noch einfacher und farbloser. An den Wänden hängt nichts. Spiegel und Schminke waren verboten. In Schülerzeitungen sollten Themen in den Vordergrund gestellt werden, die das Regime lobten. Gefielen unsere Artikel, so war der Weg zum Journalismus oder das Fernsehen geebnet.

Journalist*innenkandidaten, die auf diese Weise ein Studium beginnen, werden aus einer Hand gesteuert. Der Staat schätzte diese Journalist*innen sehr. Sie sind sich bewusst, dass sie die Öffentlichkeit mit ihren Nachrichten manipulieren werden, indem sie sie einer Gehirnwäsche unterziehen. Diese Leute verdienen gutes Geld für ihre regimetreuen Nachrichten. Wenn diese Art von Journalist*innen viel Geld verdient, weist das auf die Existenz eines großen Problems hin.

Neben ihrem Beruf reichen manche Journalist*innen Menschen in Not ihre helfende Hand. Aber diese Journalist*innen sind großen Druck ausgesetzt – auch wenn sie ihre Arbeit im Rahmen der Gesetze tun.

Die Journalistin Nilüfer veröffentlichte nur Bilder, um den Fall Mehsa Emini zu beleuchten, der bekanntlich den Iran auf die Weltagenda brachte. Weil sie der Welt die Wahrheit offenbart hatte, wurde sie als Spionin denunziert.

Die meisten Journalist*innen, die im Iran Menschen interviewen, haben Verbindungen zum Geheimdienst.

Stehen Sie einem Journalist*innen Frage und Antwort, sollten sie wissen, mit wem sie es in welcher Rolle zu tun haben. Drücken Sie sich wie ein Oppositioneller aus, werden sie verhaftet.

Wenn Journalist*innen die Wahrheit sagen, werden sie eingesperrt oder hingerichtet. Journalist im Iran zu sein bedeutet, den eigenen Tod durch den „Strick“ zu riskieren. Ein Autor darf seine Bücher nicht ohne Zustimmung des Staates veröffentlichen. Sowohl das Schreiben als auch das Verlegen von kritischen Werken sind die gefährlichsten Berufe im Iran.

In iranischen Zeitungen sind ausländische Begriffe und Wörter nicht erlaubt. Vielmehr soll die islamische Kultur im Vordergrund stehen. Die Teilnahme von jungen Journalist*innen an staatlichen Veranstaltungen ist verpflichtend. Die meisten Journalist*innen sollten einen befreundeten Mullah als Referenz haben. Dies kommt nur im Iran vor.

WIR HABEN AUCH DIE VERGANGENHEIT AUS DER JUGEND MEINER MUTTER ERLEBT

Es gibt einen großen Unterschied zwischen der Jugend meiner Mutter und meiner Jugend. Im Grundschulalter schaute ich mir das Bild meiner Mutter an und dachte, meine eigene Zeit läge weiter zurück als ihre. Mein Vater brachte Satellitenfernsehen mit und wir sahen uns türkische Musikkanäle an. Wir fühlten uns wie in einer anderen Welt. Fernsehen war damals verboten. Wenn Sie erwischt würden, würden Sie eingesperrt werden. Das machte uns Angst. Aber dank des Fernsehens sahen wir, dass die Welt normal war, nur dass wir anders waren.

Wir fangen an, zu sehen, was jetzt in der Welt passiert. Wir erfahren mehr über verschiedene Kulturen, Lebensstile und Menschen. Das hat mich zu einem toleranten und verständnisvollen Menschen gemacht. Ich begann, sowohl die schönen als auch die herausfordernden Seiten des Lebens zu sehen.

Das iranische Volk war nicht überrascht, als die Taliban in Afghanistan Verbote durchzusetzen begannen und vor allem Druck auf Frauen zu erhöhen. Weil wir diesen Verboten seit Jahren ausgesetzt sind. Staatliche Verwalter gehen bei der Durchsetzung von Verboten wie Gehirngewaschene vor. Diese haben nichts mit dem Islam zu tun. Die meisten Menschen wissen, wo der Iran steht, und diejenigen, die es nicht gewusst haben, haben es nach Mehsa Eminis Ermordung erfahren.

Egal, wie sehr wir unter welchem starkem Druck stehen, wir dürfen unseren Glauben an die Freiheit nicht verlieren. Ich glaube, dass wir eines Tages unsere Freiheit wiedererlangen und die Verfolgungen ein Ende haben werden. Wir werden grundlegende Menschenrechte wie das Recht der Frauen auf Bildung, Gedanken- und Meinungsfreiheit nicht aufgeben. Indem wir gemeinsam kämpfen, können wir eine Zukunft aufbauen, in der Freiheit in der Welt herrscht. Das Wichtigste auf diesem Weg ist, dass wir die Hoffnung nicht verlieren und einander unterstützen. ■

**Azadeh Dindar lebt als Menschenrechtsverteidigerin und Elektroingenieurin außerhalb des Iran.*

López Obrador ist die größte Bedrohung für die Pressefreiheit in Mexiko

IN MEXIKO GIBT ES EINE PRESSE, ABER KEINE FREIHEIT

Die sechsjährige Präsidentschaft des selbsternannten Linken Andrés Manuel López Obrador, der bis 2024 im Amt ist, stellt die tödlichste Zeit für die Pressefreiheit in der Geschichte Mexikos dar.



VANIA PIGEONUTT *

Tragischerweise ist der Beruf eines Journalist*innen in Mexiko zum Synonym für die Todesstrafe geworden. 37 unserer Kollegen haben in den letzten vier Jahren ihr Leben verloren. Das Jahr 2022 war mit 12 getöteten Journalist*innen das bisher schlimmste Jahr. Dies ist besonders besorgniserregend in einem Land, in dem es durchschnittlich 100 Morde pro Tag gibt. Die Zahlen zeigen, dass alle 14 Stunden ein Journalist angegriffen wird.

Die Menschenrechtsorganisation Article 19, die sich für den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit einsetzt, hat für das Jahr 2017 mehr als 500 Fälle von Angriffen auf Journalist*innen gemeldet. Im Jahr 2021 ist diese Zahl auf 644 gestiegen. Das ist ein Anstieg von 85 Prozent während der sechsjährigen Amtszeit von López Obrador. Darüber hinaus gibt es eine klare Tradition der Polarisierung und Einschüchterung von Journalist*innen, die es wagen, die Regierung während López Obradors täglicher Morgenkonferenz „La Mañanera“, die landesweit ausgestrahlt wird, zu kritisieren.

Die meisten Angriffe auf Journalist*innen gehen von Beamten und Sicherheitskräften aus, die an Straffreiheit gewöhnt sind. In diesem gefährlichen Klima ist es für Journalist*innen fast unmöglich, in Gebieten außerhalb der großen Städte zu arbeiten, z. B. in lokalen Gebieten und Gemeinden, in denen Cannabis und Haschisch angebaut werden. Auch Entführungen und Erpressungen sind immer häufiger geworden.

Die Ermordung eines Journalist*innen fällt unter kriminelle Handlungen wie Femizid, gewaltsames Verschwindenlassen, Vertreibung und die Tötung von Menschenrechtsaktivisten, die leider ungestraft bleiben. Artikel 19 berichtet auch, dass 99,3 Prozent der Fälle ungelöst bleiben.

Die Zahlen zu Angriffen und Morden an Journalist*innen variieren je nach der Organisation, die sie misst. Aufgrund der prekären Ar-

beitsverhältnisse in Mexiko werden die meisten der Getöteten nicht als Journalist*innen anerkannt, da viele ihren Beruf mit anderen Tätigkeiten kombinieren. Hinzu kommt, dass die Regierung die Arbeit der Journalist*innen offen diskreditiert und missachtet.

Die Inter-American Press Association (IAPA), eine Organisation von Eigentümern, Herausgebern und Managern von Zeitungen, Zeitschriften und Nachrichtenagenturen in Nord- und Südamerika, zeigte sich besorgt darüber, dass 20 der 40 Ende 2022 auf dem Kontinent getöteten Journalist*innen in Mexiko zu finden waren. Auch in Venezuela, Kolumbien und Brasilien kommt es zu ähnlicher Gewalt gegen Journalist*innen.

Mexikos Platz im Weltindex für Pressefreiheit 2022, der von Reporter ohne Grenzen (RSF) erstellt wurde, ist beunruhigend niedrig. Es liegt auf Platz 127 von 180 bewerteten Ländern. Dieser Rang ist schlechter als der des vom Krieg zerrütteten Russlands, das auf Platz 155 liegt, und der Ukraine, die auf Platz 106 rangiert. Damit ist Mexiko eines der gefährlichsten Länder der Welt für Journalist*innen.

DIKTATORISCHE LÄNDER UND MEXIKO UNTER LINKER REGIERUNG

Denselben Index zufolge liegen antidemokratische oder diktatorische Länder nicht weit hinter Mexiko, wo die Meinungsfreiheit stark eingeschränkt und in jahrelange Konflikte verwickelt ist. Der Iran liegt auf Platz 178, China auf Platz 175, Palästina auf Platz 170 und die Türkei auf Platz 149.

In einigen Bundesstaaten, wie z. B. in Veracruz, wo in den letzten 22 Jahren 31 Journalist*innen ermordet wurden, nimmt die Intensität der Morde zu. Von all diesen Morden ereigneten sich 47 während der vorherigen Amtszeit von Präsident Enrique Peña Nieto (Mitte-Rechts) und 37 während der aktuellen Amtszeit von Andrés Manuel López Obrador. Darüber hinaus sind in Guerrero, einem Bundesstaat im Süden Mexikos, im Jahr 2014 43 Lehramtsstudenten verschwunden, und im selben Zeitraum wurden 15 Journalist*innen Opfer von Gewalt.

Am 31. Januar 2022 prangerte Armando Linares López, Direktor der regionalen Medienaufsichtsbehörde Michoacán, öffentlich die Ermordung seines Kollegen Roberto Toledo an und forderte, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird. Diese Anklage wurde aus dem Fernsehstudio des Nachrichtensenders heraus erhoben. Tragischerweise wurde Armando nur 43 Tage später, am 16. März, selbst ermordet, und beide Fälle sind nach wie vor ungelöst.

Dies geschah im westlichen Bundesstaat Michoacán, einer der am stärksten militarisierten Regionen Mexikos mit einem hohen Anteil



an bewaffneten zivilen Gruppen. Da die Operationen der Bundesbehörden unwirksam sind, sind die Menschen in dieser Region gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um sich gegen kriminelle Gruppen zu verteidigen. Die Gewalt hat etwa 20 Familien vertrieben, die aus ihren Häusern fliehen mussten, um zu überleben.

Die Ermordung von Armando war das achte Tötungsdelikt an einem Journalist*innen im Jahr 2022, mindestens drei weitere Vorfälle folgten. Der Januar 2022 war ein Monat der Morde. José Luis Gamboa Arenas wurde in Veracruz ermordet, Margarito Martínez Esquivel und Lourdes Maldonado in Tijuana, Baja California, einem Bundesstaat an der Grenze zu den Vereinigten Staaten.

Joel Vera Terrazas, einer der Überlebenden des Falles Monitor Michoacán, sagt, dass sich in einer Region, die an gewalttätige und bewaffnete Staaten wie Guerrero und den Bundesstaat Mexiko grenzt, die Dinge verändert haben und nicht besser werden. „Man hat das Gefühl, dass man seine Identität verloren hat. Selbst wenn man sich sicher fühlt, selbst wenn man sich an einem Ort befindet, an dem man nicht identifiziert werden kann, kann man seine Arbeit nicht in vollem Umfang erledigen“, sagt er.

Dieses Medienunternehmen hatte die Korruption von Lokalpolitikern und Mitgliedern der Generalstaatsanwaltschaft, die für die Untersuchung von Straftaten zuständig sind, publik gemacht. „Korrupte Politiker, deren illegale Bereicherung wir anprangern, arbeiten mit lokalen Drogenhändlergruppen zusammen und benutzen sich gegenseitig, um die Bevölkerung zu vertreiben, zu terrorisieren und zu töten“, klagte Terrazas in dem Verfahren an.

Am 15. Dezember 2022 wurde Ciro Gómez Leyva, einer der bekanntesten Fernsehmoderatoren Mexikos, überfallen. Scharfschützen feuerten auf seinen gepanzerten Wagen.

Anders als bei den getöteten Lokaljournalisten fand dieser Vorfall in der Hauptstadt Mexiko-Stadt statt. Die Regierung leitete eine Operation ein, bei der 11 Personen, die mit dem Anschlag in Verbindung standen, verhaftet und der Täter gefasst wurde. In anderen Fällen wurden jedoch keine Fortschritte erzielt.

Bevor sie entführt oder getötet wurden, waren mexikanische Journalist*innen mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, unter anderem mit der Unsicherheit ihres Berufs. Einige lokale Medienor-

ganisationen zahlten ihnen nicht mehr als 200 Dollar pro Monat. Freiberufler hatten sogar noch größere Schwierigkeiten; es gab Monate, in denen sie nicht einen einzigen Artikel oder ein Foto verkaufen konnten. Außerdem werden sie von Politikern verfolgt, die auf Kritik mit Aggression, Verfolgung und Schikanen reagieren.

Laut Dalia Martínez, Direktorin von Sol de Morelia, einer staatlichen Publikation in Michoacán, werden Journalist*innen, die ausschließlich auf lokaler Ebene arbeiten, am meisten vernachlässigt und am schlechtesten entlohnt. Immer mehr Gebiete werden als Zonen des Schweigens eingestuft, in denen Journalist*innen aufgrund der hohen Gefahr nicht über die Ereignisse berichten können.

„Diese Gebiete sind verlassene Dörfer, in denen die Menschen gezwungen wurden, alles zurückzulassen. Es ist unmöglich, dort zu überleben, geschweige denn als Journalist zu arbeiten“, erklärt Dalia Martínez. Martínez hat mit Medienorganisationen wie der New York Times zusammengearbeitet, die ihre Reporter mit Satellitentelefonen ausstattet - ein Luxus, den sie ihren Mitarbeitern nicht bieten kann.

In einer Zeit, in der die entscheidende Rolle des Journalismus bei der Wahrung der Demokratie gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, ist es unlogisch, den Verlust des Lebens eines Journalist*innen auf einen trivialen Vorfall zu reduzieren. Die weit verbreitete Dämonisierung der Presse und die unverhohlene Propaganda von Feindseligkeit und Aggression durch die Regierung haben zu einem beunruhigenden Rückgang des öffentlichen Bewusstseins für die Gefahren geführt, denen die in diesem Bereich Tätigen ausgesetzt sind. ■

** Als Journalistin hat Vania Pigenutt 13 Jahre lang über Tragödien berichtet, die Teil der mexikanischen Geschichte sind, wie etwa das Verschwinden von 43 Studenten aus Ayotzinapa. Sie gründete www.mataranadie.com und das in Guerrero ansässige Webportal Amapola zum Gedenken an ermordete und verschwundene Journalist*innen. Seine Nachrichten wurden auch außerhalb Mexikos in ausländischen Medien wie der New York Times und ViceNews veröffentlicht. In den Jahren 2015 und 2021 wurde sie mit dem deutschen Walter-Reuter-Journalist*innenpreis ausgezeichnet. Derzeit hält sie sich in Deutschland auf, wo sie mit einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung an einem Forschungsprojekt über Verstöße gegen die Meinungsfreiheit arbeitet.*

Der Kampf für Medienfreiheit darf nicht nachlassen:

JOURNALIST*INNEN STERBEN AUS



AYANDA HOLO *

Die Meinungs- und Pressefreiheit in Südafrika ist in der Verfassung verankert. Trotzdem muss sie von der Öffentlichkeit, den Regierungsbehörden, der Zivilgesellschaft, der Justiz, der Wirtschaft, den Medien, Arbeitnehmern, Bewegungen und einfachen Bürgern immer wieder bekräftigt und gestärkt werden.

Der erste Absatz von Artikel 16 der südafrikanischen Verfassung verdient es, ein Standardklausel für jede Verfassung der Welt zu werden. Er besagt, dass jeder das Recht auf freie Meinungsäußerung hat. Ferner begründet er die Freiheit der Presse und aller Arten von Medien, Informationen zu beschaffen und zu verbreiten, die Freiheit künstlerischen Schaffens, die akademische Freiheit und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung.

Artikel 16 zieht aber auch die Grenzen der Meinungsfreiheit: Befürwortung von Kriegspropaganda, Aufstachelung zu Gewalt oder auf Rasse, ethnische Wurzeln, Geschlecht oder Religion fußender Hass werden von ihr nicht gedeckt.

Alle Einwohner des Landes genießen Meinungs- und Pressefreiheit, sei es bei den lebhaften Diskussionen in unserem Parlament oder in den Beratungen der Legislative und der Räte. Die Tatsache, dass wir alle frei über Themen wie Energietransfers, Transparenz in der Regierungsführung und Umverteilung von Land diskutieren können, ist ein klarer Beweis dafür, dass der Meinungs-austausch in unserer Gesellschaft funktioniert.

Südafrikas Engagement für Meinungs- und Medienfreiheit ist beispielhaft. Unser Land zieht internationale Medien aus der ganzen Welt an, was auch unsere Kultur der freien Medien bereichert.

NEUE MEDIEN HABEN EINE PRESSEKULTUR ENTWICKELT

Soziale Medien und der Bürgerjournalismus haben die Pressekultur gefördert und die Stimmenvielfalt hat unsere Demokratie gestärkt. Das demokratische Zeitalter hat die Rolle der freien Presse für eine Regierungspraxis zum Wohle aller deutlich vor Augen geführt. Die offene und transparente Gesellschaft unseres Landes ist bestrebt, den Zugang zu den Medien zu verbessern und zuverlässige Informationen bereitzustellen, die den Menschen helfen sollen, ihre Entscheidungen auf solidere Grundlagen zu stellen und ihr Leben zu verbessern.

Heutzutage sind wir mit einer Realität konfrontiert, dass mächtige Medien und Social-Media-Plattformen die täglichen Gespräche der Menschen weltweit prägen. Sie gehören aber nicht zu dem Afrika, das wir wollen und brauchen, sondern zu Interessengruppen, die davon träumen, ihre eigenen Interessen in Afrika durchzusetzen.

Als Journalist*innen auf der ganzen Welt müssen wir unsere Stimme für neue Reformen erheben. Wir müssen uns auch an globalen Regierungssystemen beteiligen. Wir müssen die Notwendigkeit handlungsfähiger und gerechter regelbasierter multilateraler Systeme betonen, um der Meinungsfreiheit und der Pluralität der Medienstimmen eine Bedeutung zu verleihen. Dabei bedarf es der Zusammenarbeit der Medien weltweit.

Als Mitglieder der Presse haben wir die Macht, zu einer besseren Welt beizutragen, wenn wir Debatten fördern, und dazu beitragen, Konflikte zu reduzieren und den Dialog zwischen den Menschen und die Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen

Palästinensische Frauen stehen vor einem Wandgemälde im besetzten Westjordanland, das Teil einer Kunstausstellung zum Gedenken an die ermordete Al Jazeera-Korrespondentin Shireen Abu Akleh ist.



FOTO: RONALDO SCHEMIDT / AFP

fördern. Daher sollten die Gefahren, mit denen die Journalist*innen in einigen Ländern konfrontiert sind, auch für die führenden Politiker der Welt ein wichtiges Thema sein.

Wir müssen die Ermordung des Journalist*innen Jeff German am 3. September in Las Vegas im Bundesstaat Nevada in den USA einstimmig verurteilen; ebenso die Erschießung der Videoredakteurin Betty Barasa von der Kenya Broadcasting Corporation und die brutale Ermordung von Abu Akleh von Al Jazeera. Dies sind einige der Namen, die kürzlich von der Beobachtungsstelle für ermordete Journalist*innen der UNESCO gemeldet wurden. Wahre Meinungsfreiheit wird nicht realisiert werden, bis wir Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen für die Meinungsfreiheit zum Leben erweckt haben. In allen Ländern der Welt sollte das Engagement gestärkt werden, um dahingehende Maßnahmen umzusetzen.

Es hat keinen Sinn, ein Land als demokratisch zu bezeichnen, wenn es an zuverlässigen Informationen fehlt, die den sozialen Zusammenhalt, die Sicherheit der Gesellschaft fördern. Unabhängige Medien können in der Tat dazu beitragen, dass Regierungen zum Wohle der Menschen agieren und Führungskräfte die Menschen respektieren und nicht als Mittel zum Zweck missbrauchen.

Wir müssen uns fragen, ob die Medienfrei-

heit von uns so mit Leben gefüllt wird, dass die Führer der Welt gegenüber ihren Bürgern Rechenschaft ablegen. Reicht unsere Macht, um Führer der Welt dazu zu drängen, Konflikte und Hunger zu reduzieren?

Können wir den Lauf der Dinge in der Welt beeinflussen und eine Weltordnung schaffen, in der alle Länder vor dem Völkerrecht gleich sind?

Wie fördern wir einen klaren Verstand und umarmen diejenigen mit Toleranz, die die Zukunft der Welt anders sehen als wir?

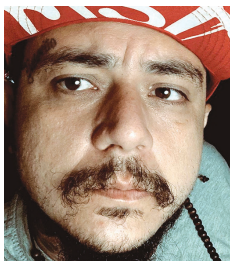
Diese und ähnliche Fragen werden die Rolle der Medien und der Meinungsfreiheit bestimmen. Unsere Stimme müssen wir jetzt mehr denn je für eine bessere Zukunft für alle erheben. ■

WER IST AYANDA HOLO?

Ayanda Holo ist Journalist aus East Nyanga, Kapstadt, und Überlebender des Apartheid-Systems (1948–1994). Zugleich ist er hochrangiger Beamter mit Expertise in internationalen Beziehungen und öffentlicher Verwaltung. Er ist ehemaliger Sprecher des Ministeriums für Kommunikation und ehemaliger Berater des stellvertretenden Ministers für Kommunikation in Südafrika. Holo ist Autor bei mehreren afrikanischen Publikationen, darunter die Daily Nation in Kenia, Cape Argus und die Daily Post of Nigeria. Er ist Organisator der African Communication Week in Südafrika und Kurator der Freedom Park Heritage Site und des Ubuntu Music Festivals in Pretoria.



DER KAMPF GEGEN DEN VERBLENDENDEN STAAT



LUCAS SIQUEIRA

Der Kampf von Alex Silveira begann am 18. Mai 2000, als er als Reporter für die Zeitung *Agora São Paulo* über eine Lehrerdemonstration berichtete. An diesem Tag befahl die Landesregierung der Kavallerie der Militärpolizei, die Demonstranten zu vertreiben. Bei den Zusammenstößen zwischen der Militärpolizei und etwa 20 000 Beamten wurde Alex, der das Ereignis zusammen mit anderen Journalist*innen dokumentierte, durch die Explosion einer Gasbombe aufgeschreckt. Als er sich nach dem Schützen umsah, wurde er ins Gesicht geschossen. Der Schuss nahm ihm das linke Auge. Da er mit seinem rechten Auge aufgrund eines angeborenen Problems ohnehin nur 10 % sehen konnte, wa er ab dem Tag an, nicht mehr in der Lage als Fotojournalist arbeiten zu können. Alex begann daraufhin einen Rechtsstreit gegen den Bundesstaat São Paulo.

LS: Im Jahr 2008 verurteilte die erste Instanz des Gerichtshofs von São Paulo (Tribunal de Justiça de São Paulo - TJSP) den Staat für den moralischen Schaden, den er angerichtet hatte, und ignorierte den materiellen Schaden. Im Jahr 2014 hob das Gericht das Urteil auf, das Ihnen die alleinige Schuld an Ihrer Verletzung zuwies; Abreu Amadei, der Berichterstatter für den Fall beim TJSP, behauptete, dass „der Täter der Einzige ist, der Schuld daran trägt, dass Ihnen ins Auge geschossen wurde.“ Im Juni 2021 ordnete der Bundesgerichtshof schließlich erneut an, dass der Staat Sie entschädigen muss. Wie fühlen Sie sich nach 22 Jahren des Kampfes gegen den Staat?

AS: Ich fühle mich erleichtert, aus dieser Hölle befreit zu sein, ich fühle mich, als wäre nach 22 Jahren jemand gekommen und hätte mir die Last abgenommen. Was mich am meisten glücklich macht, ist, dass dies mein größter Beitrag zum Beruf ist, ob es einem gefällt oder nicht, mein Fall war ein Novum, zumindest im brasilianischen Kontext. Das macht mich sehr glücklich, denn jetzt weiß ich, dass, wenn eine ähnliche Situation wieder eintritt, der Täter nicht so lange warten muss wie ich, und seine Situation in einem Zug gelöst werden kann. Heute habe ich das Gefühl, dass meine gesellschaftliche Pflicht gegenüber dem Berufsstand erfüllt ist.

LS: Sie haben Ihre erste lebenslange Entschädigungszahlung (für materielle Schäden) erhalten; Sie sollten aber noch die rückwirkende Entschädigung seit dem Unfalldatum und auch die vom STF vorgeschriebene Entschädigung für körperliche und moralische Schäden erhalten. Was sagen Sie in Anbetracht all dessen zur brasilianischen Justiz?

AS: Die Polizei richtet Schaden an, aber es ist die brasilianische Justiz, die mordet. Die Feinheiten der Justiz, die Art und Weise, wie sie durchgeführt wird, die Verzögerung, all das geschieht mit einem absurden Mangel an Gnade. Stellen Sie sich vor, wie es für einen Fotografen ist, sein Augenlicht zu verlieren. „Ich habe von der Entschädigung gehört, die sie mir zahlen wollen. Überlegen Sie mal, ich bin 52 Jahre alt, 40 Prozent meines Lebens! Wenn man davon ausgeht, dass ich alles getan habe, was ich wollte, und ich zufrieden bin, würde ich sagen, das ist keine Entschädigung. Mann, ich habe Schwierigkeiten in der Schule, ich kann die Tafel nicht sehen, mein Rücken tut weh, weil ich mich über meine Hefte beuge. Ich sehe keine Menschen auf einen Meter Entfernung, ich sehe nur Formen, Schatten und Licht, keine Klarheit mehr. Es gibt also keine Möglichkeit, einen Preis dafür festzulegen, keinen Betrag, der nach dem Urteil der Justiz als Entschädigung bezeichnet werden kann, und schlimmer noch, gibt es eine Möglichkeit, 22 Jahre Verzögerung zu bezahlen? - Was ich bekommen habe oder immer noch bekomme, ist „Müll“ für das, was sie mir angetan haben, aber das ist es, was ich haben kann, und das ist es, was die Gerechtigkeit vorschreibt. Es gibt keinen Preis oder eine Entschädigung für das, was mir widerfahren ist.

LS: Hat sich die Art und Weise, wie die Polizei und der Staat mit Demonstranten und Medienvertretern umgeht, seit Ihrem Vorfall verändert?

AS: Es hat sich nichts geändert! Deshalb halte ich es für wichtig, dass die Entschädigung für den Staat schmerzhaft ist. Vor 22 Jahren ist mir das passiert, dann Sérgio Silva, dann einer anderen Gruppe, darunter vor einiger Zeit zwei Personen aus Pernambuco, die nicht einmal an einer Kundgebung teilgenommen haben. Die Herangehensweise hat sich nicht geändert, weil sich das System nicht geändert hat, also muss die „Strafe“ kommen, und sie muss erheblich und gerecht sein, sonst wird sich nichts ändern.

LS: Auf Monitor do Oriente haben wir Sie bereits mit Sérgio Silva interviewt, der bei den Demonstrationen 2013 sein Augenlicht verlor, und mit dem palästinensischen Journalist*innen Muath Armaneh, der 2019 bei einer Demonstration im besetzten Westjordanland sein Auge verlor. Sie waren alle Opfer der gleichen Art von Angriffen. Glauben Sie, dass Ihr Fall auch nach mehr als zwei Jahrzehnten den Verlauf anderer Fälle und sogar die Zukunft des polizeilichen Vorgehens beeinflussen kann?

AS: In Anbetracht der Tatsache, dass Medienschaffende dort genauso arbeiten wie die Polizei, halte ich das aus mehreren Gründen für Nonsense. All das deutet darauf hin, dass ein Zivilist für den Staat „nichts wert“ ist. - Pressearbeiter sind leicht zu identifizieren, einem Fotografen ins Gesicht zu schießen, weil er mit dem Auge arbeitet, das klingt für mich nach Rache! - Du nimmst also auf, was ich hier mache?“, müssen sie gedacht ha-



ICH HABE EINE BELOHNUMG DAFÜR BEKOMMEN, DASS ICH ANGESCHOSSEN WURDE UND DABEI ERBLINDET BIN!

LS: Obwohl Sie die Rente bereits erhalten haben, haben Sie noch einige Monate Zeit, um die Beträge neu zu berechnen und für die vom STF vorgeschriebene Entschädigung zu kämpfen. Glauben Sie, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wurde?

AS: In gewisser Hinsicht! 22 Jahre später glaube ich, dass ich gesiegt habe, und der Sieg gilt auch dem Berufsstand und der Demokratie, aber ich denke, es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass es noch nicht vorbei ist: - Ich habe den Vladimir-Herzog-Preis erhalten, den Journalist*innenpreis für Menschenrechte, aber diesen Preis dürfte es gar nicht geben, wenn die Menschlichkeit wenigstens gerecht wäre. Sehen Sie, wie absurd das ist: Ich habe einen Preis dafür bekommen, dass ich 22 Jahre lang angeschossen wurde, geblendet war und gegen den Staat gekämpft habe. Wenn man heute über diese Fälle spricht und immer wieder darauf zurückkommt, ist das eine Möglichkeit, Veränderungen zu erzwingen, denn der Staat will, dass man die Hoffnung verliert und aufgibt. Deshalb ist es auch 22 Jahre später wichtig, dass wir nicht aufhören, über diese Verstöße zu sprechen, nicht nur für die Berufsgruppe, sondern auch für die Verteidigung unserer Demokratie. In dieser Hinsicht ist die Gerechtigkeit auf eine sehr unschöne Weise nur knapp erreicht worden. Ich hoffe, dass die Neuigkeit, die mein Fall mit sich bringt, anderen zugute kommt, wie zum Beispiel dem Fall meines Freundes Sérgio Silva.

ben, ich weiß nicht, ob das die Worte sind, aber es kommt mir so vor. Deshalb habe ich immer gekämpft und bin mit all meiner Hartnäckigkeit bis zum Ende gegangen, weil ich denke, dass die „Strafe“ eine „Schranke“ sein sollte, die den Staat zum Nachdenken anregt, auch wenn der Befehl von oben, vom Sicherheitsminister oder vom Gouverneur kommt, bevor er die Polizei ermächtigt, auf Journalist*innen, Lehrer und Studenten zu schießen. Wohlgermerkt, ich stelle hier nicht einmal die Existenz von Waffen in Frage, sondern das Fehlen einer technischen und psychologischen Vorbereitung auf ihren Einsatz gemäß den für ihren Einsatz vorgeschriebenen technischen Normen; und natürlich die Straffreiheit, die man erfährt, wenn diese Verbrechen begangen werden... ►

► **LS: Was muss sich in Brasilien ändern, damit solche Angriffe nur noch dunkle Flecken in unserer Vergangenheit sind?**

AS: Viele Dinge müssen sich in Brasilien ändern, eines davon ist, dass wir aufhören müssen, die Politik als heilig zu betrachten! Wir müssen begreifen, dass Politiker nur Angestellte sind. Jetzt, wo Leute auf der Straße sind, die ein Eingreifen des Militärs fordern, weil die Wahlen nicht so ausgefallen sind, wie sie es wollten, hat niemand einen „Scheiß“ dagegen unternommen! „Die Leute hatten deswegen große Krisen erlebt. Und jetzt, wo Lehrkräfte zusammenkommen, um ihre Rechte einzufordern, passiert das alles! Zum Teil ist es unsere Schuld, dass wir das zulassen.“

LS: Wir Brasilianer haben trotz des ideologischen Wandels, der durch die jüngsten Wahlen herbeigeführt wurde, Probleme von der vorherigen Regierung geerbt, wie z.B. die Erleichterung des Waffentransports. Was sagen Sie als jemand, der nach einem Schuss mit Munition, die als „nicht tödlich“ gilt, erblindet ist, dazu?

AS: Ich bin absolut dagegen! Wir leben in einer gewalttätigen Gesellschaft. Schauen Sie sich diese verrückte Frau (Carla Zambelli) an, die die Straße entlangläuft und jemandem eine Pistole ins Gesicht hält, und dann ist da noch die Tatsache, dass der Mann schwarz ist - das würde sie nicht tun, wenn es um mich oder um Sie ginge. Denken Sie einfach

darüber nach! Schauen Sie sich Roberto Jefferson an, der Kerl war in seinem Haus gefangen und schoss auf die Bundespolizei, dieser Kerl hatte ein Gewehr und eine Granate und er hat sie gegen die Bundespolizei eingesetzt! Das ist die Gesellschaft, in der wir leben, wir leben nicht in Kanada, wo die Statistiken über Waffengewalt ganz anders aussehen.

LS: Sie haben die bolsionaristischen Demonstranten erwähnt, die die Straßen blockiert haben und nun in vielen Städten vor Kasernen kampieren. Wie beurteilen Sie das Vorgehen der Polizei und des Staates gegenüber diesen Demonstranten?

AS: Alter, die Bullen sind dazu da, die Grillparty zu begleiten und dafür zu sorgen, dass diesen Leuten nichts passiert. Bei dieser Führung gibt es Leute, die meinen, die Polizei gehöre zur Regierung, nicht zum Staat! Sehen Sie sich die Umkehrung der Werte an. Das ist Wahnsinn! Es gibt Leute, die Lula als Dieb bezeichnen, die vom Kommunismus reden, aber nicht eine Sekunde darüber nachdenken, dass es in Santa Catarina einen Haufen „Hampelmänner“ gibt, die Heil Hitler machen. Und der Stadtrat, der das anprangert, riskiert, „entlassen“ zu werden! Brasilien wird zum größten nazifaschistischen Korral der Welt! - Es ist klar, dass diese Leute schon da waren, aber eine uninformierte, unvorbereitete und verwirrte Person kam, um ein Exempel zu statuieren, und alles ging bergab! Dies ist eine Umkehrung der Werte. ■



Journalist*innen und Fotografen mit Unterstützungsaktionen

Der Fall von Alex Silveira hat verschiedene Solidaritätskampagnen und eine Ablehnung von Gewalt gegen Pressevertreter ausgelöst. Als die TJSP Alex 2014 nur deshalb für schuldig erklärte, weil er ins Gesicht geschossen worden war, schlossen sich Journalist*innen und Fotografen aus Protest zusammen; sie schlossen ein Auge für einen Arbeitstag.

Im Jahr 2021 wurde ein von mehr als 400 Personen unterzeichnetes Schreiben an den Bundesgerichtshof (Supremo Tribunal Federal - STF) gesandt, in dem die Bedeutung des Falles für die

Gewährleistung der Grundrechte hervorgehoben wird. In dem gemeinsamen Schreiben, das von Journalist*innen, Künstlern, Organisationen der Zivilgesellschaft und Fotografen, darunter Preisträger wie Sebastião Salgado, Mauricio Lima, Lalo de Almeida, Vitor Moriyana, Araquém Alcântara, Jorge Araujo und Rosa Gauditano, unterzeichnet wurde, wird auch die Rolle der Sicherheitskräfte während der Demonstrationen hervorgehoben und das STF aufgefordert, die Ungerechtigkeiten im Fall Alex Silveira zu korrigieren.

DAS LEBEN EINER FRAU IN AFGHANISTAN AUS DER SICHT EINER JOURNALISTIN

ICH WURDE WIE EIN VERBRECHER IN EINER ECKE MEINES HAUSES EINGESPERRT

BARFEEN GÜL *

Ich starre stundenlang an die Decke, ich sehe nichts, ich bin verwirrt. Ich betrachte mich im Spiegel, ich sehe nichts als mich selbst, wie ich auf dem Boden zerschmelze. Die Augen sind erschöpft von schwerer Schlaflosigkeit. Lippen, die schon seit Tagen aufgesprungen sind. Alles, was ich in meinem Gesicht sehe, ist Schmerz und Verzweiflung. Ich gehe zurück in mein Zimmer, ich denke so viel nach, dass nur noch mein lebloser Körper übrig ist. Mein Körper schmilzt von Tag zu Tag. Ich kann nicht das Geringste für mich tun, ich leide.

Ich denke an die harten Tage, als ich mit durstigen Lippen und leerem Magen zur Schule ging. Ich arbeitete Tag und Nacht, um an der besten staatlichen Universität erfolgreich zu sein. Ich hatte finanzielle Probleme, aber das war mir egal. Das Einzige, was für mich zählt, ist dieser Moment.

ÜBERLEBEN IN AFGHANISTAN

Mein Überleben in Afghanistan ist das Einzige, was zählt. Ich bin hier gefangen und kann nicht einmal kurz allein ausgehen. Seit Tagen sitze ich zu Hause wie eine Gefangene, die mit psychischen Problemen zu kämpfen hat. Die Taliban haben mir mein Menschenrecht, meine Freiheit und schließlich meine Hoffnungen und Träume genommen.

Ich bin ein Hazara-Mädchen, und mit der Ankunft der Taliban in Afghanistan wurde ich noch verletzlicher. Ich bin in der afghanischen Gesellschaft mit vielen Beleidigungen und Demütigungen aufgewachsen. Die Taliban haben oft Bildungszentren, Moscheen, Krankenhäuser und Sportvereine angegriffen. Sie zerstörten, demütigten und erniedrigten unsere ethnische Gruppe. Sie haben uns nicht erlaubt, zu arbeiten und zu studieren. Ich bin verletzlicher als ein tadschikisches und paschtunisches Mädchen in Afghanistan.

Mein Vater und meine Mutter wuchsen als Analphabeten auf. Mein Vater musste in seiner Kindheit Tag und Nacht für ein Stück Brot arbeiten. Er konnte nicht lesen. Meine Mutter wuchs ebenfalls in einer ländlichen Gegend mit Analphabetismus und Bildungsmangel auf und heiratete dort. Meine Mutter hat uns unter wirtschaftlichen und sozialen Problemen großgezogen.

Während der Jahre, in denen ich studierte und mich auf die Aufnahmeprüfung vorbereitete, kämpfte ich darum, wenigstens für mich und meine Familie eine wichtige Person zu werden. Ich ertrug Entbehrungen und Schlaflosigkeit. Als die Taliban mir und Tausenden von Frauen wie mir die Türen der Universitäten und des Geschäftslebens verschlossen, wurde mir klar, dass meine Zukunft voller Dunkelheit war. Was war die Sünde meiner Mutter und von mir? Wir haben diese Art von unmenschlichem Verhalten nicht verdient.

Europa und die Länder der Welt, in denen Frauen mehr wertgeschätzt werden! Ich wende mich an Sie. Die Männer dort sind nicht wie die Taliban. Alle ihre Ehefrauen und Töchter studieren und arbeiten in Europa. Sie haben alle Rechte. Versetzen Sie sich in die Lage Ihrer Töchter. Würden Sie Ihren Töchtern verbieten, zu studieren und zu arbeiten? Wir werden in Afghanistan psychologisch gefoltert.

Es interessiert mich nicht, wie viele Sitzungen die UNO pro Tag, pro Woche, pro Monat über die Lage der Frauen in Afghanistan abhält. Es ist mir egal, wie besorgt die UNO über uns ist. Wichtig ist für mich, dass Maßnahmen ergriffen werden. An der Situation der Frauen in Afghanistan hat sich nichts geändert.

Seit zwei Jahren haben alle Frauen in meinem Land, auch ich, psychisch sehr gelitten. Wegen des Taliban-Terrors kann ich nicht arbeiten, und meine Schwester, die in die 11. Klasse geht, kann nicht studieren. Für Tausende von Schwestern, die nicht zur Schule gehen und nicht arbeiten können, hatten wir gehofft, dass die Taliban mit Beginn des neuen Jahres die Türen von Schulen und Universitäten für Mädchen öffnen würden.

DIE WELT INTERESSIERT SICH NICHT FÜR DIE AFGHANISCHEN FRAUEN

Tagelang war ich wie eine Verbrecherin in einer Ecke des Hauses eingesperrt. Welche Sprache soll ich verwenden, damit Sie meine Situation erkennen und ausdrücken? Sehen Sie nicht, dass wir leiden? Warum sind Sie den Frauen in Afghanistan gegenüber so gleichgültig?

Wir haben am 8. März den Internationalen Frauentag gefeiert, einen Tag, der nicht gefeiert werden sollte. Wir haben nicht das geringste Recht als Frauen. Wir Frauen in Afghanistan sterben jeden Tag, manchmal aus Verzweiflung, manchmal aus Armut. In diesen harten, kalten Wintertagen mussten wir unsere Häuser heizen und ein Stück Brot finden. Wissen Sie, wie es in unseren Häusern aussieht? Wissen Sie, mit welchem Problem wir konfrontiert sind? In Afghanistan herrscht eine totale Katastrophe. Sind wir keine menschlichen Wesen?

Ich und die Frauen meines Landes waren schon immer Opfer von Regierungen. Die Taliban sind wissens- und wissenschaftsfeindlich, sie ignorieren das Gesetz. Für die Taliban sind Frauen eine Sünde. Sie sind weit entfernt von jeder Zivilisation und jedem System.

Trotz all dieser Ungerechtigkeiten träume ich davon zu studieren und zu arbeiten, und wie Tausende von Mädchen in meinem Land suchen wir jeden Tag nach einer neuen Hoffnung. Bitte lassen Sie uns nicht allein. ■

* Die Journalistin Barfeen Gul lebt derzeit in Kabul. Aus Sicherheitsgründen wurde ein Pseudonym verwendet.



Die Taliban hatten nach ihrem Machtantritt versprochen, dass die Medien frei und unabhängig sein würden. Aber einen Monat später haben sie die Medienfreiheit auf Eis gelegt und kontrollieren und zensieren nun strikt Journalists*innen und Medien.

DIE GEFANGENSCHAFT VON AFGHANISCHEN JOURNALISTINNEN UNTER DEM TALIBAN-REGIME



SOHRAB OMAR *



Afghanistan ist ein zunehmend feindseligere Ort für Journalist*innen geworden, da das derzeitige Regime die Pressefreiheit immer stärker einschränkt. Unter den Taliban ist es schwieriger denn je, ein afghanischer Journalist zu sein. Wir wissen nicht, wo die roten Grenzen der Taliban liegen. Viele haben aus Angst vor Vergeltung, gewalttätigen Übergriffen und willkürlichen Verhaftungen ihre Arbeit eingestellt.

Die Taliban zeigen keine Toleranz gegenüber den Medien und werden für die meisten der jüngsten Angriffe auf Journalist*innen verantwortlich gemacht.

Am 5. August 2022 wurden ich und mein deutscher Kollege von den Taliban an dem Ort festgenommen, an dem der Al-Qaida-Führer Aiman Alzawahiri durch einen US-Luftangriff getötet wurde, obwohl wir die Erlaubnis des afghanischen Außenministeriums hatten, über das Land zu berichten.

Als wir uns dem Standort auf einer öffentlichen

Straße im Zentrum von Kabul näherten, wurden wir beide vom Taliban-Geheimdienst (GDI) festgenommen. Die Agenten sperrten uns fast eine Stunde lang in einen Container, bedrohten uns und stellten viele Fragen zu unseren Aktivitäten.

Die Festnahme erfolgte kurz nachdem wir uns dem Ort genähert hatten, an dem der Al-Qaida-Führer Ayman al-Zawahiri Berichten zufolge durch eine US-Drohne getötet wurde.

Sie kontrollierten unsere journalistischen Arbeitserlaubnisse, unsere Handys und Notizblöcke. Nach einer Stunde ließen sie uns frei und sagten uns, wir dürften nie wiederkommen, da dies sonst schwerwiegende Folgen haben würde.

Die Taliban stellten uns eine Reihe persönlicher Fragen, unter anderem zum Zweck unseres Aufenthalts in dem Gebiet, in dem Aiman Alzawahiri durch den US-Luftangriff getötet wurde.

Während des Gewahrsams, der einige Stunden dauerte, erlitten mein deutscher Kollege und ich ein erhebliches emotionales Trauma.

Die Taliban haben mich unter dem Vorwurf der „Spionage“ für die Ausländer inhaftiert.

Ich hatte nicht erwartet, dass ich während meiner Berichterstattung in Kabul seit der Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 mit Problemen konfrontiert werden würde, und hatte vor dem Vorfall an mehreren Pressekonferenzen und Briefings teilgenommen.

Tatsächlich versuchten die Taliban, die Berichterstattung über die Tötung von Al-Zawahiri zu verhindern.

In Afghanistan ging die immer strengere Medienzensur unter der Herrschaft der Taliban mit einer steigenden Zahl von Gewalttaten gegen Journalist*innen einher.

Am 22. Juli wurde die australische Reporterin Lynne O'Donnell von Agenten des Taliban-Geheimdienstes bedroht und gezwungen, Berichte über ihren Besuch in Afghanistan zurückzuziehen.

Danach wurde ich bei verschiedenen Gelegenheiten von Agenten verfolgt. Etwas mehr als zwei Wochen später wurde ich von einem verdächtigen Fahrzeug im Besitz der Taliban verfolgt, als ich spät nachts auf dem Heimweg war.

Als afghanischer Journalist sehe ich einer ungewissen Zukunft unter dem Taliban-Regime entgegen. Ich lebe in der Angst, von den Taliban wegen meiner sechsjährigen journalistischen Arbeit inhaftiert zu werden.

Ein Bericht von Medienbeobachtern aus dem vergangenen Monat bestätigt, dass Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban fast 40 Prozent seiner Medien und knapp 60 Prozent seiner Journalist*innen verloren hat. Die afghanischen Bürgerinnen und Bürger, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Vielzahl von Medien zur Auswahl hatten, haben jetzt kaum noch Zugang zu wichtigen Nachrichten und Informationen.

Unter dem Taliban-Regime ist es äußerst schwierig, zu berichten, da die journalistischen Aktivitäten und die Medienfreiheit durch strenge Vorschriften eingeschränkt werden.

Unter dem De-facto-Regime in Afghanistan ist es schwierig, weiterhin journalistisch tätig zu sein. Die Taliban erlauben afghanischen Journalist*innen nicht, über Sicherheitsfragen und die Bildung von Mädchen zu berichten.

Nach der Rückkehr der Taliban an die Macht im August 2021 versprachen sie, dass die Medien im ganzen Land frei und unabhängig arbeiten würden, doch schon einen Monat später wurden neue Regeln eingeführt, die Journalist*innen und Medien streng überwachen und zensieren. Die kurzlebige Medienfreiheit war nach den ersten Wochen des Taliban-Regimes verschwunden.

Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden im Jahr 2022 in Afghanistan mehr als 200 Fälle von Rechtsverletzungen gegen Journalist*innen registriert, darunter willkürliche Verhaftungen, Misshandlungen, Schikanen, Drohungen und Einschüchterungen.

Die Medienfreiheit in Afghanistan hat sich weiter verschlechtert, und die Journalist*innen leiden unter dem herrschenden Regime unter einer schlechten Moral. Viele Reporter wurden verhaftet, verfolgt und mit dem Tod bedroht, weil sie über heikle Themen berichteten, die den Taliban-Behörden im ganzen Land nicht gefallen.

Die Rückkehr der Taliban hatte verheerende Auswirkungen auf die Medien, die ums Überleben kämpfen. Eine beträchtliche Anzahl von Radio- und Fernsehsendern sowie Nachrichtenagenturen haben ihre Türen geschlossen, wobei einigen Schätzungen zufolge mehr als 6.000 Journalist*innen ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Am schlimmsten ist, dass afghanische Journalistinnen unter dem doppelten Druck leiden, Journalistin und Frau zu sein. Die jüngsten von der Taliban-Regierung verhängten Restriktionen, die es Frauen verbieten, eine Universität zu besuchen, mit staat-

lichen oder nichtstaatlichen Hilfsorganisationen zusammenzuarbeiten und sich an öffentlichen Orten zu zeigen, haben die Situation für Journalistinnen extrem verschärft.

Der schlimmste Albtraum afghanischer Journalistinnen, „zu Hause gelassen zu werden“, ist nach zwei Jahrzehnten der Freiheit in Afghanistan, in denen die Medienfreiheit eine der großen Errungenschaften der von den USA unterstützten Regierung in Kabul war, Wirklichkeit geworden.

Viele Journalist*innen sind infolge der Machtübernahme der Taliban ins Ausland geflohen. Viele andere wurden von der afghanischen Polizei und dem Geheimdienst der Taliban verhaftet oder verhaftet. Diese Verhaftungen können gewaltsam sein und zwischen einigen Stunden und fast einer Woche dauern.

JOURNALISTINNEN AM STÄRKSTEN BETROFFEN

Frauen haben am meisten unter dem Blutbad gelitten, das dem afghanischen Journalismus im vergangenen Jahr angetan wurde, und sind in 11 der 34 Provinzen Afghanistans vollständig aus der Medienlandschaft verschwunden.

Ein Jahr nach dem Fall von Kabul arbeiten 76,19 % der Journalistinnen nicht mehr im Lande. Der Vorwurf der „Unmoral oder des Verhaltens, das gegen die Werte der Gesellschaft verstößt“, wird häufig als Vorwand benutzt, um Journalistinnen zu schikanieren und sie nach Hause zu schicken. Diese traditionalistische Weltanschauung im offiziellen Diskurs des neuen Islamischen Emirats Afghanistan führte dazu, dass TV-Moderatorinnen vor der Kamera ihr Gesicht verhüllen mussten.

Pressefreiheit auf Befehl der Taliban

Der oberste Taliban-Führer Mullah Haibatullah Akhundzada hat am 22. Juli 2022 einen neuen Erlass herausgegeben, in dem er davor warnt, dass „Verleumdung und Kritik an Regierungsbeamten ohne Beweise“ und „die Verbreitung falscher Nachrichten und Gerüchte“ im Islam verboten sind und dass diejenigen, die Regierungsmitarbeiter verleumdern, unwissentlich mit dem Feind kollaborieren und „bestraft“ werden. Diese Ankündigung des höchsten Beamten des Islamischen Emirats ist bezeichnend für die Entschlossenheit, die Pressefreiheit in Afghanistan zu unterdrücken.

Missbräuche und willkürliche Verhaftungen

Diese Vorschriften haben zu einer Verschärfung der Zensur und der Selbstzensur der Medien sowie zu einer Zunahme der willkürlichen Verhaftungen von JournalistInnen geführt. Seit dem 15. August 2021 wurden mindestens 80 JournalistInnen für unterschiedlich lange Zeiträume von den Sicherheitskräften inhaftiert, insbesondere von den Istikhbarat (Nachrichtendiensten), die seit Anfang 2022 an den meisten willkürlichen Verhaftungen von JournalistInnen - einige davon gewaltsam - beteiligt waren. ■

**Sohrab Omar ist freiberuflicher Journalist, Reporter und Fotograf für verschiedene Medien. Er hat vier Jahre lang als Korrespondent für TRT (Türkische Radio- und Fernsehgesellschaft) in Kabul gearbeitet. Sohrab hat als freier Produzent für SRF (Schweiz) und das Magazin Stern (Deutschland) gearbeitet. Seit 2022 arbeitet er als freiberuflicher Reporter für das ZDF. Sohrab berichtete aus dem Herzen der Konflikte in Afghanistan und deckte die schwierigen Bedingungen von 3 Millionen afghanischen Kinderarbeitern auf, die zwangsweise in gefährlichen Industrien eingesetzt werden.*



FOTO: JOSEPH BARRAK / AFP

KRIEGS- & KRISENJOURNALISMUS: RATSCHLÄGE EINER AUSSTERBENDEN GENERATION

Martin Gerner, der 20 Jahre lang als Journalist im Afghanistankrieg und in vielen anderen Konfliktsituationen gearbeitet hat, gibt der jungen Generation, die Kriegs- und Konfliktjournalist werden will, einen Rat: "Bereiten Sie sich professionell auf ein Konfliktgebiet, die Bedingungen, die Menschen und die Sicherheitslage vor."





MARTIN GERNER *

Kriege, Krisen und Katastrophen (wie jüngst das Erdbeben in der Türkei und Syrien): alles sind Situationen, in denen Journalist*innen intervenieren. Berufen durch das, was sie als Aufgabe, ja als Mission der sogenannten vierten Gewalt verstehen. Die Form der Berichterstattung ist zugleich konfliktbeladen. Intervenierende Reporter wollen viel erfahren binnen kürzester Zeit. Sie geraten in Situationen, in denen Vertrauen ein seltenes Gut ist und erst erworben werden muss. Ein Lernprozess. Berichterstattung und damit das Publikum profitieren davon. Wird die nachrichtlich-kulturelle Herausforderung negiert oder vernachlässigt, verschliessen sich auch die Quellen.

Ich bin gebeten hier das Thema „Kriegsjournalismus und Ratschläge für die junge Generation, die Journalist in Konflikten werden möchte“ einzubringen. Zwanzig Jahre Erfahrung im Afghanistan-Krieg, in den Konflikten im Irak, der Türkei und in Afrika sind wenig und viel zugleich, auf das ich zurückblicken kann.

Gibt es Kriegs-Journalismus? Wer wird Kriegsreporter genannt? Ich kann hier weniger für die junge Generation sprechen, für die 9/11, der War on Terror eher Geschichte ist als erlebte Wirklichkeit? Ich unterscheide zwischen gutem und weniger gutem Journalismus. Also: sich professionell vorzubereiten auf ein Konfliktgebiet, auf die Umstände, Menschen und die Sicherheitslage. Zweiquellenprinzip und Gegendarstellung als Qualitätskriterien sollte jeder kennen und im Blick haben, wenngleich hierzu die Grenzen in der Natur eines Konflikts liegen.

KONFLIKTPARTEIEN UND DIE ZIVILBEVÖLKERUNG

Kriegsreporter, die sich so nennen oder dieses Label verpaßt bekommen von prominenten Medien, sind oft genug parachuted, also kurzzeitig in einen Konflikt intervenierende. Das macht sie zu Fremden. Authentisch können Geschichten trotzdem werden. Am Ehesten dann, wenn ein Mindestmaß an Zeit investiert wird gegenüber den Konfliktparteien. Vor allem aber gegenüber der Zivilbevölkerung.

Wo Kriege und Krisen immer zahlreicher werden, versuchen involvierte (Medien)Akteure seit geraumer Zeit Friedensjournalismus zu propagieren. Neuerdings ist das Konzept des konstruktiven Journalismus im Aufwind. Letzterer stellt wichtige, unbedingt notwendige Fragen. Zugleich ist auch er in der Gefahr, von Interessensgruppen im und außerhalb des medialen Bereichs instrumentalisiert zu werden

Früher beherrschten sogenannte Leitmedien aus TV und Print, gelegentlich Radio den Markt. Heute ist das Feld unüberschaubar geworden angesichts von social media, die oft genug nicht mehr social sind. Wer kann hier aufgrund welcher Kriterien noch eine Leitfunktion beanspruchen? Neue Vielfalt und Unübersichtlichkeit vergrößern zugleich die Wahrscheinlichkeit, dass sich echte

und selbsternannte Medien-Mogule ihr Publikum aussuchen, um es (erfolgreich) zu manipulieren. Autoritäre Systeme, aber auch Demokratien lassen grüssen.

Nie war eine unabhängige „vierte Gewalt“ dringender als heute. Aber der Konsens, welcher Mittel es bedarf, um einen informationellen Konsens in der Mediengesellschaft herzustellen, gerät zunehmend ins Wanken. Das allerorten wachsende Mißtrauen gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien weltweit ist nur ein Zeichen dafür.

KRIEGSBERICHTERSTATTER*INNEN SIND EINE VOM AUSSTERBEN BEDROHTE ART

(Krisen)Journalismus ändert sich mit jedem Monat rapide. Daten-Journalismus etwa wird immer wichtiger. Quantitatives gewinnt an Gewicht. Aber bekommen wir damit automatisch bessere qualitative Berichte? Ein Trugschluss, wenn man an Statistiken von Fußballspielen denkt. 90% Ballbesitz garantiert noch kein Tor.

Eine der wenigen positiven Tendenzen in den aktuellen Konflikten und Kriegen: solvente Medien arbeiten mehr und mehr mit Recherche-Teams, oft aus Festangestellten. Das macht längere, im Idealfall investigative Recherche eher möglich. Recherche-Teams bringen mehr Sicherheit für die einzelnen Autor und Reporter. In Zeiten wachsender Militarisierung und aggressiver Manipulation erscheinen diese Teams als eine pure Notwendigkeiten, medienpolitisch wie juristisch und wohl auch, um ganz real zu überleben. Der Auslands- und Krisenreporter auf sich allein gestellt gehört einer aussterbenden Gattung an.

LOKALE ANLAUFSTELLEN SIND WICHTIG

Wer in Konflikte geht, braucht Anlaufstellen vor Ort. Gleich ob in Kriegs- oder Erdbebengebieten. Einheimische Stringer oder Fixer sind darin oft wichtige Überlebensgarantien. Sie stellen ein Netz an Kontakten her, schaffen Vertrauen und überwinden Sprach- und kulturelle Barrieren. Leider finden wir die Namen und Arbeiten dieser Kollegen allzu selten in den Berichten.

Im Afghanistan-Krieg hat die Mehrheit ausländischer Reporter embedded gearbeitet, also integriert in eine militärische Logik, aus der heraus (allein) keine ausgewogene Berichterstattung möglich ist. Die vielfältigen Wirklichkeiten, Stimmungen und Wahrheiten eines Konfliktes erfährt am Ehesten, wer sich aus dem embed unter die Menschen begibt, die Zivilbevölkerung und also zwischen die Fronten. Das braucht Zeit, einen unabhängigen Geist und auch zunehmend Ressourcen.

Wenn es eng wird, braucht man Verbündete, die einem zur Not zur Hilfe springen. Verbürgte Journalist*innen-Verbände sind hier hilfreich, internationale wie nationale, die den Berufstand vertreten, so gut dies an den Ecken der Welt jeweils geht. Die Kenntnis der lokalen Sprachen hilft nach aller Erfahrung. So wie wir im Westen Menschen aus Krisengebieten entgegenkommen, wenn sie anfangen, unsere Sprache zu sprechen, so tun dies auch Menschen im Krieg, wenn sie merken, dass sich jemand ernsthaft für sie interessiert und jenseits vorgefertigter Stereotypen. ■

** Martin Gerner ist ARD- und Deutschlandfunk-Reporter, Film- und Buchautor (Moria.System.Zeugen/Böhlau Verlag und Finding Afghanistan. Fotografien 2001-2021/modo Verlag, von dem auch diese Fotos stammen). Er bildet seit 2004 einheimische Journalist:innen in Kriegs- und Krisengebieten aus, als Teil zivilgesellschaftlichen Aufbaus und Engagements für Presse- und Meinungsfreiheit.*

KONGOLESISCHER JOURNALIST EWING AMADI SALUMU:

Ich versuche, die Stimme der Stimmlosen zu sein

LAILA MÜLLER FREIE JOURNALISTIN

Ewing Amadi Salumu aus dem Kongo erleidet das Schicksal von Journalist*innen, die sich um Wahrhaftigkeit bemühen und schreiben, was sie nach ihren gewissenhaften Recherchen für wahr halten. Salumu lebt seit Jahren weit weg von seiner Heimat, in einem europäischen Land, den Niederlanden. Mit anderen Worten: Er muss dort leben. Um am Leben zu bleiben und seine Tätigkeit als Journalist fortzusetzen.

Als Journalist für das Radio der Vereinten Nationen im Kongo setzte sich Salumu dafür ein, Konflikte in seinem Land zu verhindern und Probleme durch Dialog zu lösen. Das blieb nicht ohne Folgen. Nachdem es zu Bedrohungen gekommen war, verließ er seine Heimat und beantragte 2009 Asyl in den Niederlanden.

Auf die Frage nach dem Stand des Journalismus in seinem Land antwortet er: „Alles ein Chaos.“ Und fügt hinzu: „Kongos Präsident Fela Kuti hat vor einiger Zeit angekündigt, dass jeder, der ihn kritisiert, inhaftiert wird. Mehr als sechs Journalist*innen wurden 2022 im Kongo getötet. In letzter Zeit wurden zu viele Journalist*innen festgenommen. Ein amerikanischer Kollege wurde im vergangenen Juli zusammen mit zwei kongolesischen Journalist*innen in Lubumbashi im Süden des Landes festgenommen.“ Journalist*innen im Kongo haben es nach seinen Worten nicht leicht: „2006 wurden zwei meiner Freunde erschossen“, sagt er. Trotz schwieriger Umstände seien heute im Kongo fast 7.000 Journalist*innen tätig.

Ewing Amadi Salumu wurde von der UNESCO für seine Friedensarbeit ausgezeichnet. Der Journalist erzählt, wie die Regierung im Kongo Journalist*innen diskreditiert. So würden Journalist*innen im Namen des Patriotismus manipuliert: „Sie verwenden oft Begriffe des Nationalismus. Wenn sie patriotisch sagen, meinen sie, dass sie ihre Propaganda verbreiten. Kritiker sind nicht

erwünscht. Sie wollen auch, dass sich die Leute selbst zensurieren“, sagt Salumu. „Das ist kein Journalismus mehr, das ist nur noch Propaganda.“

Salumu betont, dass kongolesische Journalist*innen trotz allem versuchen, ihren Job zu machen. Journalist*innen zeigten, dass Journalismus ein ehrenwerter Beruf ist, indem sie in Blogs schreiben und im Internet veröffentlichen.

FLUCHT VOM TOD INS NICHTS

Ewing Amadi Salumu spricht auch darüber, was es heißt, als Geflüchteter in einem europäischen Land seinem Beruf nachzugehen: „Von Anfang an habe ich keine Hilfen bekommen. Ich war auf mich allein gestellt. Sie werden feststellen, dass andere Journalist*innen in den Niederlanden ohne Papiere dastehen und kein Asyl oder keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können. Aber wir kennen sie als Journalist*innen aus dem Kongo. Unser Journalismus geht hier weiter.“

Die Arbeit der einheimischen Journalist*innen beobachtet Salumu so: „In den Niederlanden arbeiten Journalist*innenverbände zusammen. Sie kennen sich. Sie haben den gleichen Hintergrund. Es ist nicht einfach, dazuzustoßen und mit ihnen zu arbeiten. Ich sehe, dass sie sehr gute Dinge tun.“

Salumu erzählt weiter: „Eine geflüchtete Journalistin macht ihren Job weiterhin, bekommt aber am Ende nicht das, was sie verdient. Auch in den sozialen Medien werden Menschen ständig geächtet. Die Situation ist schlimm. Wenn man aus einem anderen Land verbannt wird und es immer kompliziert ist, ein neues Leben in einem anderen Land zu beginnen, muss man bei null anfangen. Und das ist nicht einfach. Ab dem Zeitpunkt, an dem Sie Asyl beantragen, sind Sie kein Journalist mehr. Du bist nichts. Das weiß ich. Du kannst gehen und den Leuten



zeigen, was du getan hast. Sie glauben dir nicht. Aber was die Menschen wissen müssen, ist, dass der Asylantrag nur zum Schutz dient. Es gibt immer wieder Situationen, die einen dazu drängen, Asyl zu suchen. Sie erwarten Schutz vom Staat und Hilfe von ihren Kollegen. Der Mangel an dieser Hilfe ist und bleibt ein großes Problem.“

„IM HEIMATLAND EINE NULL, IM ZUFLUCHTSLAND EINE NULL“

Salumu erzählt weiter: „Wenn sie dich in deinem Land töten, bist du nur eine Nummer. Und wenn du Asyl beantragst, bist du nur eine Nummer. Aber ich bin körperlich und seelisch in guter Verfassung. Ich tue, was ich tun muss. Aber es gibt immer Höhen und Tiefen, weil ich aus einem Konfliktgebiet komme. Journalist*innen sind nicht so frei, wie sie sein sollten. Einige, wenn nicht alle Aktivisten, sind nicht frei. Worte sind nutzlos. Die Geschichten, die in meinem Land zu hören sind, sind zahllos.“

„EIN NORMALES LEBEN ZU HABEN IST EIN SEGEN“

Und: „Tatsächlich ist ein normales Leben ein Segen. Manchmal rutscht es uns durch die Hände und dann erkennen wir, wie heilig es ist, und versuchen, es von Grund auf neu zu bauen. Die ersten Pioniere dieser Veränderung waren Journalist*innen, Akademiker und Stu-

denten. Nach allem, was passiert ist, machen wir immer noch unseren Job. Das ist wirklich toll. Ohne Hoffnung kommt man nirgendwohin. Wenn ich hierher komme, höre ich Leute in meiner Gemeinde sagen: „Du bist berühmt in deinem Land.“

„Positiv sein und positiv bleiben, ist sehr wichtig. Diese gaben mir Hoffnung. Was ich jetzt jeden Tag tue, ist, diesen Menschen Hoffnung zu geben. Wenn ich einen Kunden habe, der weint, tue ich mein Bestes, mich zu freuen. Ich muss ein gutes Wort finden, um Menschen zu motivieren und sagen: „Ja, ich verstehe Ihre Situation, aber glauben Sie mir, Sie haben noch Arbeit, aber Sie werden etwas erreichen. Verlieren Sie nicht Ihre Motivation. Setze dir hohe Ziele und eines Tages wirst du Erfolg haben.“


„Man muss Hoffnung geben, um Menschen zu helfen, die ihr Land verlassen haben. Wie zuvor erwähnt, wir waren nur eine Nummer in unserem Land. Also muss man mit diesen Leuten reden und ihnen sagen, dass sie keine Nummern sind, sie sind sachkundige Leute und sie können in diesem Land noch etwas erreichen. Deshalb ist Hoffnung etwas, das wir den Menschen immer bringen sollten. Du musst gesund bleiben, damit du in dieser Welt wettbewerbsfähiger sein kannst. Das mag die Leute ein wenig abschrecken, aber es ist eine unschätzbare Möglichkeit, ihnen zu helfen, ihr Leben wieder aufzubauen.“ ■

DIE AMAL,FRANKFURT!-ERFAHRUNG: ZUSAMMENARBEIT IN EINEM TEAM VON JOURNALISTINNEN AUS SYRIEN, AFGHANISTAN UND DER UKRAINE

„WIR MÜSSEN ZUSAMMEN SECHZEHN KILO SALZ ESSEN, BEVOR WIR EINANDER VERSTEHEN KÖNNEN“



PARWIZ RAHIMI *

 mal ist die neueste Ergänzung der Frankfurter Medienlandschaft. Im Januar 2023 startete Amal, Frankfurt! seine Website. Es handelt sich um eine lokale Nachrichtenplattform, die über die Stadt und die Rhein-Main-Region in Arabisch, Dari/Farsi und Ukrainisch berichtet. Sie richtet sich an eine ganz besondere Gruppe von Lesern: Die Neuankömmlinge aus den arabischen Ländern, Afghanistan, Iran und der Ukraine. Die meisten von ihnen sind als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen.

Das Logo von Amal ist eine Löwenzahnblüte, die dafür bekannt ist, dass sie ihre Samen mit dem Wind verbreitet. Die Pusteblumen symbolisieren den Geist von Amal in mehr als einem Aspekt: Als Amal 2016 in Berlin seine Arbeit aufnahm, sollte das Logo die Verbreitung von Hoffnung unter den Lesern symbolisieren. Seitdem hat das Logo eine zweite Bedeutung bekommen:

Die Idee von Amal breitet sich von der deutschen Hauptstadt auf andere Städte aus: 2019 wurde ein Büro in Hamburg eröffnet und jetzt - noch vor dem Frühjahr - sind wir in Frankfurt mit der Hoffnung auf weiteres Wachstum.

Eine Plattform, drei Sprachen, sechs Journalist*innen, viele verschiedene Erfahrungen

Das Redaktionsteam von Amal besteht aus Souzan Nassri und Haytham Abo Taleb für das arabische Team, Tamriko Shoshvashvili und Olena Iskorostenska für die ukrainische Seite und Sona Sahar und mir für die Seite in Dari und Farsi. Wir alle haben eine sehr enge Beziehung zu unseren Lesern, da wir aus denselben Gemeinschaften kommen und dieselben Erfahrungen teilen. Wir wissen, wie es ist, neu in Deutschland zu sein: Um einen Platz in der Deutschklasse zu kämpfen, einen Studienplatz zu finden oder die erste Steuererklärung zu machen. Wir haben das Gleiche durchgemacht. Wir wissen, was es heißt,

Herat'ta Tolo TV ve Radio Saade Javan gibi çeşitli medya kuruluşlarında çalışan Afgan bir fotoğrafçı olan Parwiz Rahimi, 2015'in sonundan beri Almanya'da yaşıyor ve Amal Frankfurt'un editör kadrosunda yer alıyor.



eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, einen Praktikumsplatz oder einen Job zu finden. Wir haben Erfahrung mit dem Leben in Flüchtlingslagern und wissen, wie schwierig es sein kann, seine psychische Gesundheit zu schützen, wenn man kaum die Möglichkeit hat, seine Privatsphäre zu wahren. Wir wissen, wie es ist, auf einer endlosen Warteliste für eine winzige Wohnung zu stehen. Wir wissen, was es braucht, um all diese Probleme zu lösen, weil wir selbst mit ihnen konfrontiert sind. Das ist es, was wir unseren Lesern bieten. Wir schreiben über diese Themen und versuchen, unseren Lesern zu helfen, ihre Probleme zu lösen. Und mehr als das: Wir möchten, dass sie die Hintergründe verstehen: Wie ist der politische Diskurs? Worum wird in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert? Was steht bei den Wahlen auf dem Spiel?

Unser Motto lautet: „Man muss wissen, was passiert, um an der Gesellschaft und an der politischen Debatte teilnehmen zu können.“

Da wir unsere Nachrichten in den sozialen Medien veröffentlichen, stehen wir auch in regelmäßigem und lebendigem Austausch mit unserer Leserschaft und diskutieren oft über die Geschehnisse in unserer Region.

SALZ ESSEN - GEMEINSAM

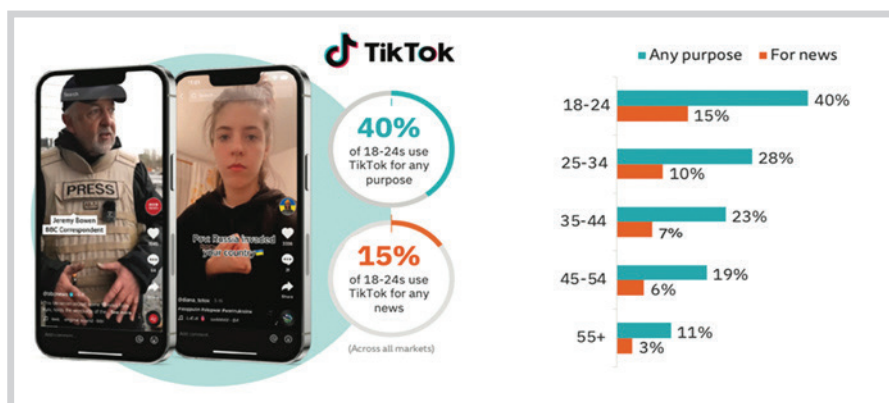
Nebenbei bemerkt: Das Zitat, das wir für die Überschrift dieses Artikels verwendet haben, ist ein ukrainisches Sprichwort. Unsere Kollegin Olena Iskorostenska hat es neulich benutzt, um den interessantesten Teil unserer täglichen Arbeit als sehr gemischtes Team von JournalistInnen hervorzuheben. Wir versuchen, voneinander zu lernen und zusammenzuarbeiten. Um ein Beispiel zu nennen: Mitte Februar haben wir unser Team in zwei Gruppen aufgeteilt: Ein Mitglied jeder Sprachgruppe berichtete über den Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau und schrieb darüber, was in der

Stadt drei Jahre nach dem Mord an neun Menschen durch einen Rechtsterroristen passiert. Die andere Gruppe - ebenfalls ein Journalist aus jedem Sprachteam - reiste nach Mainz, um über den Rosenmontags-Karneval zu berichten. Wir haben versucht, unseren Lesern den Geist dieser sehr deutschen Tradition zu vermitteln. Wir haben viel positives Feedback für unsere journalistische Arbeit erhalten, und was noch wichtiger ist: Es war für uns alle eine sehr interessante Erfahrung.

Amal ist ein Projekt des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik gGmbH. Es wird von Stiftungen wie der Crespo-Foundation, der Porticus Foundation, der Körber-Stiftung und der Schöpflin-Stiftung sowie der evangelischen Kirche finanziert. Ziel ist es, die Integration durch Information der Neuankömmlinge zu erleichtern und Arbeitsplätze für Exiljournalisten zu schaffen.

Nach einigen Monaten der Zusammenarbeit haben wir nun eine gute Routine in der Berichterstattung über die Probleme des Frankfurter Bahnhofsviertels, die Wahl eines neuen Oberbürgermeisters und auch alle Arten von Festen und traditionellen Messen. Wir sind LokaljournalistInnen wie viele andere Kollegen in Frankfurt. Aber jeder von uns hat auch etwas Besonderes, das wir auf unserer Plattform einbringen können: Wir haben unsere eigenen Geschichten, von der faszinierenden Zitadelle von Herat bis zu den winzigen Häusern auf dem Hügel von "Kabul", vom Souq Al Hamidiyah in Damaskus bis zur alten Sophienkathedrale in Kiew. Wir sind alle verschieden, und das ist es, was wir gemeinsam haben. ■

** Der afghanische Fotograf Parwiz Rahimi arbeitet bei verschiedenen Medienunternehmen wie Tolo TV und Radio Saade Javan in Herat und lebt seit Ende 2015 in Deutschland. Parwiz ist Teil der Redaktion von Amal Frankfurt.*



Digital News Report 2022

NACHRICHTENÜBERTRAGUNG AUF TIKTOK

TikTok ist in erster Linie für seine Unterhaltungsinhalte bekannt. Trotzdem hat es sich zu einer beliebten Plattform entwickelt, um ein jüngeres Publikum zu erreichen, das Nachrichten nicht über traditionelle Medienkanäle konsumiert.



YASİR YILMAZ *

Tm traditionellen Journalismus werden Nachrichten neutral präsentiert. Journalist*innen sollen unparteiisch bleiben. Sie wurden daraufhin geschult, nur die Fakten zu schreiben und ihre persönliche Meinung in den Nachrichten außen vor zu lassen. Die Nachrichten wurden hauptsächlich über Printmedien wie Zeitungen und Zeitschriften und Nachrichtensendungen im Fernsehen präsentiert. Anstatt möglichst viele Klicks zu generieren, wetteiferten sie darum, dem Publikum sauber recherchierte und objektiv formulierte Nachrichten zu präsentieren.

Mit dem Aufkommen digitaler und sozialer Medien hat sich der Journalismus dramatisch verändert. Neue Arten des Journalismus entstanden, wie Bürgerjournalismus und Blogging. Dies ermöglichte es jedem, der sich mit dem Internet verbinden konnte, die Informationen zu teilen. Dies hat zu einer stärkeren Betonung der mei-

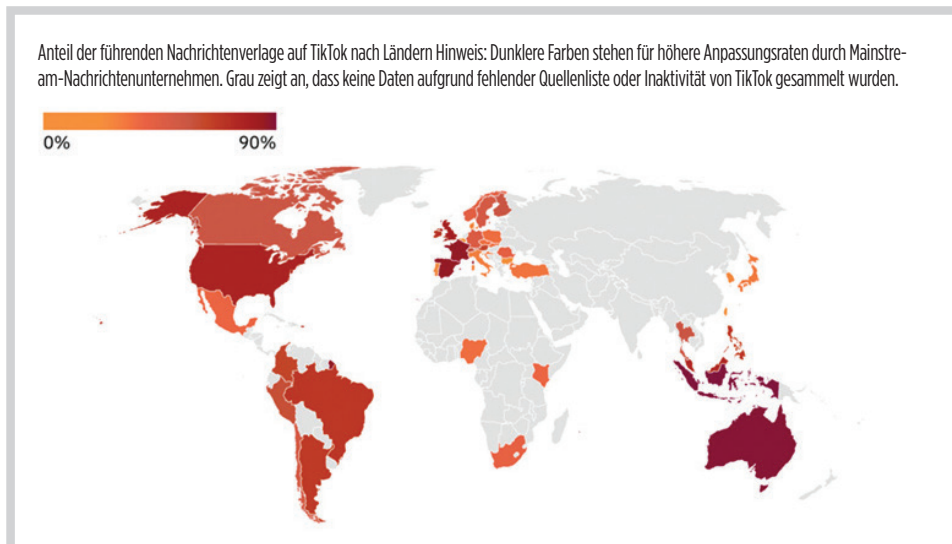
nungsbasierten Berichterstattung geführt, bei der Journalist*innen ihre Ansichten und Perspektiven zu Nachrichten zum Ausdruck bringen.

Während sich der traditionelle Journalismus darauf konzentriert, Nachrichten unvoreingenommen zu präsentieren, legt der Journalismus neuen Stils mehr Wert auf die Sichtweise und Meinung des Journalist*innen. Dies hat Bedenken hinsichtlich der Qualität und Genauigkeit der Nachrichten geweckt. Es bietet jedoch auch die Gelegenheit, unterschiedliche Stimmen und Perspektiven in den Medien zu hören.

Journalist und Digitalstrategie sowie Gründungsmitglied der BBC News Site, Nic Newman, erstellte ein Bericht mit dem Titel „How Publishers Learn to Create and Distribute News on TikTok“, die eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der BBC-Internetdienste spielte. Dieser Bericht erklärt umfassend, wie Nachrichtensender mit der beliebten Social-Media-Plattform interagieren.

TikTok hat in den vergangenen Jahren schnell an Popularität gewonnen und ist bekannt für seine kurzen, unterhaltsamen Videos, die von Benutzern erstellt und geteilt werden. Die Plattform bietet jedoch auch Möglichkeiten, Nachrichteninhalte zu erstellen und an ein junges Publikum zu verteilen. Der Bericht behandelt die Chancen und Herausforderungen diesen Trends, die Herangehensweise der Akteure an TikTok und detaillierte Informationen zur Erstellung informativer Nachrichteninhalte.

Neben Newmans Bericht gibt es weitere Quellen zur



Nutzung von TikTok als Nachrichtenplattform. Einem Bericht von Reuters zufolge experimentieren auch Sender wie BBC, CNN und Al Jazeera mit der Plattform, um ein jüngeres Publikum zu erreichen. Der Bericht stellt fest, dass die Nutzung von TikTok für Nachrichten noch am Anfang steht und betont, dass es ein großes Potenzial hat, ein junges Publikum zu erreichen und Nachrichten zugänglicher zu machen.

Laut dem Pew Research Center sind soziale Medien die Nachrichtenquelle vieler amerikanischer Teenager, und insbesondere Plattformen wie Instagram und Snapchat gelten als sehr beliebt. TikTok konzentriert sich auf visuell ansprechende Kurzvideos und wurde im Einklang mit diesem Trend entwickelt.

Die Nutzung von TikTok als Nachrichtenplattform ist jedoch mit Herausforderungen verbunden. Newman weist darauf hin, dass sich Verlage vor Fehl- und Desinformationen auf der Plattform hüten sollten. Es sei notwendig, sicherzustellen, dass ihre Inhalte korrekt und zuverlässig sind. Das Vertrauen des jüngeren Publikums sollte gewonnen werden, das traditionellen Nachrichtenagenturen skeptisch gegenübersteht.

Insgesamt ist die Nutzung von TikTok als Nachrichtenplattform ein spannendes Thema in der rasanten Entwicklung digitaler Nachrichten. Es bietet sowohl Chancen als auch Herausforderungen. TikTok wird ein leistungsstarkes Tool sein, um ein jüngeres Publikum zu erreichen und Nachrichten zugänglicher und ansprechender zu machen.

Newman weist darauf hin, dass Nachrichten auf TikTok hauptsächlich von bekannten Namen oder Aktivisten in den sozialen Medien produziert werden, und betont, dass Medienhäuser ein zunehmendes Interesse an der Plattform zeigen. Die Zahl der News-Sender, die für das Format von TikTok passende News-Inhalte erstellen wollen, steigt.

Der Algorithmus von TikTok bietet einen endlosen Strom kurzer Videos, oft mit schnellen, lustigen oder musikalischen Inhalten. Die Plattform hat sich auch zu einer Drehscheibe für Inhalte zu aktuellen Ereignissen wie der Black-Lives-Matter-Bewegung, Covid-19 und dem Ukraine-Krieg entwickelt.

Der Bericht erklärt, dass viele Medienunternehmen bei TikTok erfolgreich sind. Es werden mehrere Nachrichtenorganisationen erwähnt, die die Plattform effektiv nutzen, um mit einem jüngeren Publikum in Kontakt zu treten. Die Washington Post

hat ein TikTok-Konto eröffnet. Sie veröffentlichte Videos, in denen er für seine Nachrichten und Berichte wirbt. Außerdem nutzte sie TikTok, um wissenschaftliche Videos zu Themen wie der Geschichte der Präsidentschaftszeremonie und dem Covid-19-Impfstoff zu erstellen. Andere Nachrichtensender wie Sky News und Le Monde haben ebenfalls kurze informative Videos auf TikTok erstellt, die komplexe Nachrichten vereinfachen und für ein jüngeres Publikum leicht verständlich sind.

Was getan werden muss, um interessante und attraktive Nachrichteninhalte auf TikTok zu erstellen, ist im Bericht enthalten. Die Erste besteht darin, Inhalte zu erstellen, die für das Format der Plattform geeignet sind. Dazu gehören optisch ansprechende Kurzvideos mit Elementen wie Musik und Humor. Der Nachrichteninhalt sollte sich eher auf das Geschichtenerzählen als auf das traditionelle Nachrichtenverständnis konzentrieren, was auch einen Sinn für Humor beinhaltet.

Da TikTok eine einzigartige Plattform mit eigenem Publikum und eigener Kultur ist, können Publisher nicht einfach Inhalte von anderen Social-Media-Plattformen oder traditionellen Nachrichtenquellen abrufen und erwarten, dass sie auf TikTok erfolgreich sind. Stattdessen sollten sie verschiedene Formate ausprobieren, um eine gute Fangemeinde zu gewinnen.

Viele Nachrichtenagenturen sind erfolgreich darin, Informationen über Textbildschirme an ihr Publikum zu bringen, indem sie kurze, visuell beeindruckende Videos erstellen. Normalerweise schmücken sie diese Videos, indem sie sie mit Musik lustig machen, um den Inhalt interessant und teilbar zu machen. Einige Verlage kommen auch mit traditionelleren Nachrichtenformaten wie Nachrichtenzusammenfassungen oder Erklärvideos gut zurecht, solange sie den spezifischen Bedürfnissen und Vorlieben von TikTok entsprechen.

Kreativität und Erfahrung sind wichtig, um Nachrichteninhalte für TikTok zu erstellen. Nachrichtensender sollten offen für Innovationen und bereit sein, sich an solche Plattformen anzupassen, um ein jüngeres Publikum zu erreichen und qualitativ hochwertige Nachrichteninhalte bereitzustellen. ■

** Der freiberufliche Journalist Yasir Yilmaz ist Absolvent der polnischen Collegium Civitas University, Abteilung für Neue Medien und Journalismus. Er spricht fließend Arabisch, Türkisch und Englisch.*



SERHIY SHTURKHETSKYY *

Krieg ist wie Krieg...

Ukrainische Journalist*innen sind bereit, ihr Leben für die Verteidigung der Meinungsfreiheit zu geben. Es gibt jedoch ein großes Problem: Werden sie in der Lage sein, ihre beruflichen Rechte zu wahren?

Das Video der Hinrichtung eines unbewaffneten ukrainischen Soldaten, das von einem der russischen Invasoren auf einem Mobiltelefon aufgenommen wurde, schockierte Anfang März die Ukrainer. Das Filmmaterial der Hinrichtung löste ethische Debatten über den Vorfall aus. In den sozialen Medien ging das Video viral. Regeln des Journalismus wurden dabei missachtet.

Einige Medien handelten in der Tat unverantwortlich. Schnell verbreitete sich die Identität des Ermordeten. Ob die Aufnahmen den Tatsachen entsprachen oder die Gefühlslage der Angehörigen des Opfers interessierte keinen. Einige Journalist*innen machten auf ähnliche Ereignisse während des Krieges aufmerksam. Es liegt auf der Hand, dass solche Hinrichtungen, die offensichtlich Kriegsverbrechen sind, tausende Male stattgefunden haben und immer noch stattfinden. Doch nicht alle werden von den Besatzern aufgenommen oder zufällig von Handykameras eingefangen.

HINRICHTUNG VON MAKSIM LEVIN

Es erfordert selbstlose Arbeit, um solche Morde zu dokumentieren. Im März vergangenen Jahres haben die Russen den ukrainischen Journalist*innen Maksim Levin hingerichtet. Details des Verbrechens kamen durch eine Untersuchung von Reporter ohne Grenzen ans Licht.

Laut Levins Kollegin, der Journalistin Sonja Kosh-

kina, wurden seine kugelsichere Weste und sein Helm mit der Aufschrift „Press“ abgenommen, bevor er erschossen wurde. Sonja beschreibt die Details des Vorfalls wie folgt: „In 300 Meter Entfernung verbrannten die Russen seinen Freund Oleksiy Chernyshov bei lebendigem Leibe. Maksim ahnte also, was ihn erwartete. Seine letzten Worte kennen wir nicht, aber ich bin sicher, dass er seine Augen mit Würde geschlossen hat. Vielleicht schrie er „Lang lebe die Ukraine!“ oder ‚Tod den Feinden!‘ Ich habe daran keine Zweifel, weil ich ihn kenne. Er stand auf den Beinen, als sie ihn niederschossen. Sie feuerten insgesamt drei Kugeln in seinen Kopf, um sicherzugehen, dass er auch wirklich tot war.“

43 JOURNALISTEN IN EINEM JAHR GETÖTET

Ukrainische Journalist*innen versuchen unter den unzähligen Videos in den sozialen Medien die Wahrheit herauszufinden und die Welt darüber zu informieren. Im ersten Kriegsjahr in der Ukraine kamen zwölf Journalist*innen und Journalistinnen ums Leben. Lokale Organisationen geben an, dass 43 Journalist*innen gestorben sind. Die Differenz ist darauf zurückzuführen, dass sie auch unsere Kollegen umfasst, die zum Zeitpunkt ihrer Ermordung nicht ihrer journalistischen Aufgaben nachgingen. Aber seien wir ehrlich, jeder Verlust ist schrecklich.

„Die Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges“, stellte einmal die Journalistin Ludmilla Vannik fest,

die einst das Ausmaß der Konflikte im Irak analysierte. In den ersten Tagen der russischen Offensive wurde den Ukrainern gesagt, dass wir die genaue Zahl der Opfer erst nach dem Krieg erfahren würden.

Die Armeeführung aktualisierte die bestehende Liste bestehender Nachrichtenverbote. Russland kämpft seit 2014 in der Ukraine und hat mit dem massiven Beginn des Krieges eine besondere Bedeutung erlangt. Es wurde verboten, die Bewegungen und Positionen von Militäreinheiten anzugeben oder den Standort wichtiger Objekte zu zeigen. Seit April vergangenen Jahres sieht das Strafgesetzbuch der Ukraine für solche Verstöße eine Freiheitsstrafe von bis zu zwölf Jahren. Zensur bleibt jedoch laut Verfassung in der Ukraine verboten.

Außerdem haben die zuständigen Behörden vor einem Jahr damit begonnen, ausländische Journalist*innen großzügig zu akkreditieren. Zum großen Teil dank ihrer Leistungen und ihres Mutes wurde die ganze Welt Zeuge des schrecklichen Bildes, das sich in der Ukraine abspielte.

MEDIEN IM BELAGERUNGSZUSTAND

Hunderte, ja Tausende Journalist*innen befinden sich in der Ukraine im Besatzungszustand. Unsere Partner, mit denen wir weltweit beruflich solidarisch sind, stellten uns umgehend Solarpanels, finanzielle Hilfen, journalistische Ausstattung und vieles mehr zur Verfügung. Journalistische Solidaritätszentren, die von den internationalen und europäischen Journalist*innenverbänden eröffnet wurden, leisteten rechtliche, psychologische, erzieherische und sogar Nahrungsmittelhilfe. Die Aktivitäten dieser Zentren dauern noch an. Hunderte von ukrainischen Journalist*innen – meistens Frauen – gingen ins Ausland.

Der Informationsraum der Ukraine hat sich radikal verändert. Der vor einem Jahr gestartete landesweite Telemarathon „Einzelne und gemeinsame Nachrichten“ geht weiter. Außerhalb des Telemarathons gibt es drei Fernsehkanäle, die das allgemeine Publikum nicht empfangen kann. Diese Sender nehmen eine pro-ukrainische Haltung ein, stehen jedoch Präsident Selenskyj sehr kritisch gegenüber. Die posi-

tive Wirkung gemeinsamer Sendungen, die zunächst der gesellschaftlichen Einigung diene, nimmt zunehmend Propaganda-Charakter an. Auch nehmen die Verstöße gegen journalistische Standards durch die Sender des One-Voice-Projekts Telemarathon von Tag zu Tag zu.

Das trägt natürlich nicht zum Fortschritt des Journalismus bei. Die Ablehnung von Akkreditierungsanträgen ausländischer Medienunternehmen nahm zu. Das neue Mediengesetz soll am 1. April in Kraft treten. Die Regierung ist zufrieden, aber die Berufsverbände der Journalist*innen fühlen sich unwohl.

DIE SORGEN VOR ABHÄNGIGEN MEDIEN

Zu den Hauptthemen, die ukrainische Journalist*innen beunruhigen, gehören: politische Abhängigkeit der Regulierungsbehörde National Television and Radio Broadcasting Council (NRTR), die Ausweitung des Regulierungsbereichs von Print- und Internetmedien und Ausweitung außergerichtlicher strafrechtlicher Sanktionen.

Heute sind ukrainische Journalist*innen zu Symbolen für Mut und Hingabe an den Beruf geworden. In vielerlei Hinsicht setzen sie weltweite Trends. Sie überlebten einen mittlerweile über ein Jahr andauernden Krieg, erlitten Blockaden, Besatzung, Emigration, die Zerstörung ihrer Redaktionen und ihres Landes, den Verlust ihrer Kollegen und Angehörigen. Sie benötigen jedoch immer noch Hilfe und setzen ihre Arbeit trotz des Drucks in ihrem Land fort. Journalist*innen, die über die Verbrechen der russischen Invasoren und die Situation an der Kriegsfront berichten, decken Missbräuche und Korruption auf und fordern den Rücktritt hochrangiger Beamter. Daher besteht die Hoffnung, dass die Wahrheit in der Ukraine nach dem Krieg lebendig bleibt, wenn auch verwundet. ■

** Serhiy Shturhetsky ist Journalist und Vorsitzender des Ausschusses der Unabhängigen Mediengewerkschaft der Ukraine. Er arbeitete als Dozent an der National Academy of Ostroh and Kyiv-Mohila. Zugleich ist er Mitglied des Rates für Meinungsfreiheit und Schutz von Journalist*innen unter dem Präsidenten der Ukraine.*



IRYNA SYNELNYK *

Information ist so wichtig wie Brot im Krieg

Das vergangene Jahr war das schwierigste in der Geschichte der unabhängigen Ukraine. Niemand glaubte, dass die Ukrainer den russischen Angriff überstehen würden. Aber nach einem Jahr russischer Angriffe kämpfen wir weiter für unser Land und unsere eigene Zukunft. Der Hauptverdienst dabei gehört der ukrainischen Armee - aber auch die Rolle der Journalist*innen ist wichtig.

Oleksandr Nazarenko, Leiter der Regionalstelle Tschernihiw des nationalen Journalist*innenverbandes der Ukraine, sprach über die Notwendigkeit lokaler Medien während des Krieges, insbesondere an der Grenze. Sie sind die einzige Informationsquelle für die Einwohner der Region. „Die Medien sind auch eine informative Front im Krieg. Unter sehr schwierigen Bedingungen tun unsere Medienmitarbeiter alles, um die lokalen Medien über Wasser zu halten“, so Nazarenko. Darin stimme ich ihm zu.

„WIR KÄMPFEN AUCH ONLINE“

Ich hätte nicht geglaubt, dass ein Krieg in Europa im 21. Jahrhundert möglich wäre. Doch am 24. Februar begann die russische Armee mit der Invasion der Ukraine. Als ich vom Anruf meiner Schwester aufwachte, wusste ich nicht, was ich tun sollte. Also verließ ich am ersten Kriegstag Tschernihiw und ging zu meiner Schwester nach Lyubech, einer kleinen Stadt an der belarussischen Grenze. Ein paar Tage später fand ich mich von russischen Truppen umzingelt. Sie

kamen nicht die Stadt, waren aber in der Nähe. Sechs Wochen lang befürchteten wir, dass uns das bevorstehen könnte, was in Bucha passiert ist, sollten sie die Stadt einnehmen.

Ich hatte Angst, festgenommen zu werden. Aber noch mehr machte ich mir Sorgen, dass meine Familie wegen meiner journalistischen Tätigkeit und meiner persönlichen Haltung leiden könnte. Trotzdem arbeitete ich weiter, solange ich mein Handy und meinen Internetzugang hatte.

Soziale Medien und Fernsehen sind die Hauptinformationsquellen in der Kriegszeit. Was mich betrifft, war dies mein erster Online-Kampf. Viele teilten ihre Erfahrungen in den sozialen Medien. Wir konnten uns Fotos und Videos aus den Orten ansehen, wo der Krieg tobte. Ich habe alle diese Materialien gesammelt. Aber ich weiß auch, dass Quellen aus den sozialen Medien überprüft werden müssen. Wann immer möglich, kontaktierte ich Behörden oder lokale Regierungen, um Informationen von Anwohnern in sozialen Medien zu überprüfen.

Ich habe viele Artikel über den Krieg in der Region Tschernihiw geschrieben; wie die Menschen gegen den Feind kämpfen, wie die Situation in der belagerten Stadt Tschernihiw ist, wie die Einwohner der Gemeinden in der Umgebung leben ... Beispielsweise wurden nur wenige Geschichten über eine Familie mit zwei Kindern veröffentlicht, die Tschernihiw verlassen und durch das Gebiet des Feindes gegangen sind.

„MEIN JOB HAT MIR KRAFT GEGEBEN“

Ich hielt es für notwendig, der ganzen Welt zu erzählen, was die Menschen in Tschernihiw durchgemacht haben; wir hatten keinen Strom, kein Wasser, es gab Probleme mit der Ernährung, die Menschen versuchten, unter schwierigen Lebensbedingungen zu leben, und all das geschah im Jahr 2022 im Zentrum Europas. Ich habe für UNIAN geschrieben. Meine Kollegen und ich haben pausenlos gearbeitet. Meine Arbeit hat mir Kraft gegeben. Ich musste arbeiten, weil ich die Wahrheit sagen wollte, ich wollte allen erzählen, was passiert war, weil es unfair und schrecklich war.

Ich hoffe, dass die Ergebnisse der Arbeit ukrainischer Journalist*innen eines Tages in die Geschichte eingehen werden. Ich würde diese Geschichten gerne als Buch mit englischer Übersetzung veröffentlichen, damit mehr Menschen die Wahrheit über den Krieg in der Ukraine erfahren. Denn ich bin mir sicher, dass die individuelle Erfahrung ein Spiegel der Ereignisse im Land ist.

Meine Familie und ich sahen den ganzen Tag den ukrainischen Nachrichtenmarathon und abends, was die Russen zeigten und sagten. Die Bilder, die ich sah, verursachten bei mir Gänsehaut. Ich verstehe nicht, wie sie so dreist lügen konnten.

JOURNALIST*INNEN UND LOKALE MEDIEN SIND WICHTIG

Mit der russischen Besetzung der Ukraine stellten die Zeitungen in der Region Tschernihiw ihre Veröffentlichungen ein. Wir hatten nicht mal die Möglichkeit, die besetzten Gebiete mit Brot, Lebensmitteln und dem Nötigsten zu versorgen. In der Militärverwaltung von Tschernihiw wurde im Februar/März vergangenen Jahres nur eine Zeitung gedruckt, da sie eine eigene Druckerei im Süden des Gebiets Tschernihiw hatte. Einige der Leitartikel wurden ins Internet gestellt, und die Öffentlichkeit wurde mehrere Monate lang so auf dem Laufenden gehalten.

Jede lokale Regierung hat ihren eigenen Telegrammkanal erstellt. Beispielsweise hatte der lokale Medienkanal Suspilne Chernihiv Tausende von Abonnenten. Einige Journalist*innen von Suspilne Chernihiv blieben in der Stadt und gingen weiter ihrer Arbeit

nach. Die Journalistin Alina Klymenko wurde für ihre professionelle Arbeit während des Krieges in Tschernihiw mit dem Orden der Prinzessin Olga ausgezeichnet. Sie war die erste Journalistin, die die Brotausgabe in einem der Wohngebiete von Tschernihiw unter russischem Beschuss filmte. Das Bombardement fand unweit des Hauses der Journalistin statt, ihr überlebender Vater stand in der Schusslinie. Infolge dieses Angriffs wurden 14 Zivilisten getötet und Dutzende verletzt. Dies geschah im März, als Tschernihiw von russischen Invasoren umzingelt wurde. Damals war es fast unmöglich, die Stadt zu betreten.

Anfang April wurde die Belagerung von Tschernihiw aufgehoben. Die meisten Redaktionen nahmen ihren Betrieb im Mai wieder auf. Einige von ihnen arbeiteten zusammen und produzierten eine gemeinsame Zeitung. Derzeit werden im Gebiet Tschernihiw etwa 30 Zeitungen gedruckt, aber sieben davon wurden aus finanziellen oder anderen Gründen wieder geschlossen.

Pavlo Pushchenko, Vertreter des Mass Information Institute (IMI) im Gebiet Tschernihiw, sagt, dass die niedrigen Einnahmen aus Werbung, die Personalkrise und das Fehlen einer Strategie zur Bekämpfung der Krise die Hauptprobleme sind, mit denen die Medien von Tschernihiw nach der Zurückschlagung von russischen Truppen aus dem Gebiet konfrontiert sind. Das IMI-Team gründete Mediahub in Tschernihiw, um lokalen Journalist*innen im Grenzgebiet zu helfen. „Aber die Situation ist jetzt nicht besser“, sagt Puschtschenko. Die meisten Medien im Gebiet Tschernihiw wüssten immer noch nicht, wie sie im Falle eines zweiten russischen Angriffs vorgehen sollten.

Einige Journalist*innen bleiben im Ausland und arbeiten weiter. Ich bin einer davon. Auf der einen Seite fühle ich mich sicher und habe alles, was ich für meinen Job brauche. Andererseits starte ich den Tag mit den Neuigkeiten und mache mir Sorgen um meine Lieben. Wir sind weit weg vom Krieg. Aber der Krieg geht in uns weiter. Ich mache weiter meinen Job, weil ich weiß, dass richtige Informationen so wertvoll ist wie Brot im Krieg. Wir müssen die russische Propaganda bekämpfen und gewinnen. Wir arbeiten und kämpfen weiter. ■



EIN DENKMAL IM EXIL

Die Lebensgeschichte und der berufliche Werdegang des altgedienten burundischen Journalist*innen Muhozi veranschaulichen die Schwierigkeiten des Journalismus in repressiven Regimen



BOB RUGURIKA

Überall auf der Welt werden Denkmäler geschützt, auf öffentlichen Plätzen aufgestellt und in Ehren gehalten. Dies ist in Burundi nicht der Fall. Nur wenige derjenigen, die ihr Leben verloren haben, haben Denkmäler, und diese werden entweder nicht gewürdigt oder aufgegeben. Der Eigentümer des Denkmals, über das ich jetzt sprechen werde, lebt noch. Aber er lebt im Exil. Sein Name ist Innocent Muhozi. Er ist ein burundischer Journalist und Direktor von Renaissance Radio Television. Heute ist er ein Medienpionier, der aus dem Exil online sendet. Nach der allgemeinen Krise, die durch die illegale dritte Amtszeit des verstorbenen Präsidenten Pierre Nkurunziza ausgelöst wurde, war er gezwungen, Burundi zu verlassen. Das Regime nutzte diese Krise aus, um die vier wichtigsten unabhängigen Medien des Landes zu schließen und ihre Veröffentlichungen einzustellen. Zwei von ihnen wurden wegen ihrer völligen Unabhängigkeit vom Regime in Burundi praktisch zerstört und in Brand gesetzt. Dabei handelt es sich um das Afrikanische Volksradio und das Radio Télévision Renaissance (Radio Publique Africaine und Radio Télévision Renaissance), die von Innocent Muhozi geleitet werden.

Die Kindheit des Innocent Muhozi war schmerzhaft, aber voller Leidenschaft.

Geboren in eine Familie mit 14 Kindern. Burgundischer Vater und ruandische Mutter. Sein Vater, Ntunguka, war ein Häuptling, das Äquivalent eines Bürgermeisters. Er hatte alles, was er brauchte, um seine Familie glücklich zu machen. Leider ließ die belgische Kolonisation dies nicht zu. Zwischen Gefängnisarrest und dem Status einer Persona non grata in seiner Heimat wurde Ntunguka zu einem Mann, den die Kolonisierung ruinierte. Diese Erfahrungen hielten einen der Söhne, Innocent Muhozi, jedoch nicht von seinen Ambitionen ab. Jedes Mal, wenn er in seine protestantische Grundschule im Distrikt 2 des OCAF (Office of African Cities) ging, traf er sich mit seinen Freunden, um mit großer Freude Fußball zu spielen. Sein Leben als Kind war zwischen Lernen und Fußball aufgeteilt. Verbringt man zwei Minuten mit ihm, spürt man sofort die Weite seiner allgemeinen Kultur. Sein Traum war es, Geschichtslehrer zu werden.

Mit seinem Kampf gegen Ungerechtigkeiten wollte er immer etwas verändern.

Er trat in das Höhere Institut für Militärschule (ISCAM) ein und nicht in den Fachbereich Geschichte der Universität. Eine interessante Entscheidung. Schließlich sagten er und einige seiner Freunde sich, dass es 1981 zu viel Ungerechtigkeit im Land gab. Um die Dinge zu ändern, musste er seine Ausbildung bei der Armee absolvieren und einen Militärputsch durchführen.

Das Land befand sich immer noch unter einem Militärregime, in dem Putsch stattfanden. Für ihn war das Abenteuer Armeeleben nicht von langer Dauer, denn das Kasernenleben war für ihn unerträglich.

Für einen Mechanikergehilfen, der die Militärschule verlassen hatte, öffneten sich die Türen der Zukunft.

Innocent Muhozi verbrachte einige Zeit an der Universität von Burundi, bevor er sich diesmal auf sein Lebenswerk konzentrierte. Nach einer kurzen sechsmonatigen Tätigkeit als Mechanikergehilfe in der Werkstatt eines seiner Brüder entschied er sich für den Journalismus. Muhozi wurde gewissermaßen der Mechaniker der Medien. 1984 rief ihn ein Halbbruder an und erzählte ihm, dass National Radio Television neue Journalist*innen suchte. Innocent Muhozi ging zum Vorstellungsgespräch und schaffte es mühelos, in die nächste Stufe aufzusteigen. „Ein Kinderspiel“, sagte er sich. Er schloss seine Prüfungen in Französisch und der Landessprache Kirundi schnell ab.

Überraschung! Eines der beiden Jurymitglieder weigerte sich, Muhozi einzustellen, weil er Ruander war. Er erkannte das sofort an der Form seines Gesichts. Da der andere Bewerber jedoch der gleichen ethnischen Gemeinschaft angehörte wie Muhozi - Tutsi - und das andere Jurymitglied, ein Mitglied der Hutu-Gemeinschaft, seinem sehr guten Französisch nicht widerstehen konnte, trat Muhozi in diesen neuen Beruf ein. Es sollte eine Position sein, die das Land 40 Jahre lang prägen sollte...

Die goldenen Jahre im Berufsleben

Gleich zu Beginn seiner journalistischen Tätigkeit machte sich Innocent Muhozi einen Namen. Er zeichnete sich vor allem durch seine guten Beziehungen zu seinen Kollegen aus, die ihn zum Vorsitzenden der Gewerkschaft der Mitarbeiter von Radio Television National of Burundi (RTNB) wählten. Dieses Amt hatte er 1996 bis zu seiner Ernennung zum Generaldirektor von RTNB inne. Während der Regierungszeit von Präsident Ntibantunganya wurde Innocent Muhozi aufgrund seiner Arbeit mit der First Lady des Landes, Pascasia Minani, für die Ernennung zum Generaldirektor des Nationalen Radiofernsehens empfohlen. Im Einvernehmen mit dem Premierminister der Kongressregierung, Antoine Nduwayo, nahm Innocent Muhozi das Angebot an.

Die Rückkehr

Seine Karriere bei National Radio Television begann mit einer traurigen Phase. Es war die Zeit der Ermordung von Melchior Ndaye, dem ersten demokratisch gewählten Hutu-Präsidenten. Es war eine schwierige und gefährliche Zeit. „In erster Linie habe ich als Journalist über die ethnischen Massaker zwischen Hutus und Tutsis berichtet. Ich war Zeuge des absoluten Grauens“, sagt Muhozi, „ich habe Debatten mit verschiedenen politischen Akteuren organisiert. Ich war oft mit den Protagonisten der Krise zusammen. Es ist schwierig, bei Themen, die zum Tod von Menschen führen, eine gemeinsame Basis zu finden... Als Generaldirektor von RTNB habe ich mich auch um die Sicherheit des Personals gekümmert. Journalist*innen, Fahrer und Techniker wurden getötet oder mit dem Tod bedroht, wenn sie durch Viertel fuhren, in denen es Unruhen gab. Manchmal musste ich mich um die Logistik für diejenigen kümmern, die bei Radio National Television übernachteten.“ ▶

► Vor allem aber sagt Innocent Muhozi immer: „Ich werde nie vergessen, wie ich für die Unabhängigkeit des National Radio Television gegenüber den verschiedenen Behörden gekämpft habe. Das hat mir natürlich Beziehungen eingebracht, die zwar respektvoll, aber oft auch angespannt waren.“

Während Muhozis Zeit bei NPR waren zwei Männer als Staatschef tätig: Sylvester Ntibantunganya und Pierre Buyoya. Letzterer war als Innocent Muhozi bekannt.

Unser Protagonist erklärt, dass er den Präsidenten mit seiner Politik und seinen Entscheidungen zugunsten der burundischen Versöhnung und der Öffnung des demokratischen Raums, des Mehrparteiensystems, der Entstehung von Organisationen der Zivilgesellschaft und der Presse überzeugt hat.

Während Innocent Muhozi und Pierre BUYOYA in der öffentlichen Meinung Verbindungen herstellten, die Muhozi zu einem Pro-Buyoya machten, blieben Politik und Regierungsführung in der burundischen Gesellschaft umstritten.

Hin zu einer unabhängigen Medienwelt

Im Jahr 2003 verließ Innocent Muhozi das Nationale Fernsehen (Radio Télévision Renaissance), um sein eigenes Medium zu gründen. Er war ein gescheiterter Historiker, aber seine Liebe zur Geschichte blieb unverändert. So blieb die Idee, ein Medium zu gründen, das sich mit Geschichte und Wirtschaft befasst, in ihm erhalten. Zusammen mit seinem Bruder David Gakunzi (Journalist und Schriftsteller aus Paris) wandten sie sich an den französischen Philosophen Bernard Henry Lévy, der die Ausrüstung spendete. Das RTR war geboren und wurde nach und nach in das tägliche Leben der Burunder integriert. Der Erfolg stellte sich sofort ein, und RTR wurde, ebenso wie RPA und andere unabhängige Medien, zur Klagemauer der Burunder. Genau die Idee von Muhozi wurde verwirklicht. Als er Renaissance Radio Television (das erste unabhängige Fernsehen) ins Leben rief, war das Ziel dieses Mediums, ein Rettungsanker für alle Opfer von Ungerechtigkeit in einem Land zu werden, das von jahrzehntelangen Krisen und vielfältigen Ungerechtigkeiten heimgesucht wurde. In dieser Zeit gründete Muhozi zusammen mit seinen Kollegen die Beobachtungsstelle der burundischen Presse (OPB). Diese Organisation wurde zu einem echten Kompass für Berufsethik und Deontologie. Über diese Beobachtungsstelle kämpften Muhozi und seine Kollegen auch gegen die Versuche der Behörden, die Presse durch Gesetze zum Schweigen zu bringen. In verschiedenen Erklärungen gegenüber der Presse zögerte Muhozi nicht, den Behörden mitzuteilen, dass die burundischen Medien und die Beobachtungsstelle niemals Gesetze durchsetzen würden, die den universellen Werten der Pressefreiheit und der Meinungsäußerung zuwiderlaufen.

Neues Regime und das Schweigen

Innocent Muhozi berichtete von 1993 bis 2005 als Journalist über den Bürgerkrieg in Burundi. Er wurde Zeuge der schrecklichen Verbrechen, die von den noch im Maquis befindlichen Mitgliedern der Regierungspartei begangen wurden. - Trotz der reformistischen Rhetorik, die den Beginn der Herrschaft der CNDD-FDD-Partei kennzeichnete, war Innocent Muhozi nicht naiv. Er hatte so viele Verbrechen gesehen, die von diesen Männern begangen worden waren, dass es ihm schwer fiel, an eine Zukunft in Frieden zu glauben. Außerdem

dauerte es nicht lange, bis das neue Regime die Skepsis rechtfertigte. Im Jahr 2006 organisierte das Regime rasch Massaker an der Zivilbevölkerung in Muyinga im Nordosten des Landes. Einige Monate später inszenierten Vertreter der Regierungspartei und des Präsidenten einen vorgetäuschten Staatsstreich, um ihre Vorgänger, den ehemaligen Präsidenten Domitien Ndayizeye und den Vizepräsidenten Alphonse Marie Kadege, sowie ein Dutzend ehemaliger Würdenträger zu verhaften. Einige von ihnen tragen noch immer die Narben der Folter in den Büros der Nationalen Geheimdienstorganisation. Dieses autoritäre Abdriften beunruhigt die gesamte burundische Gesellschaft. Unabhängige Medien und die Zivilgesellschaft sind ins Visier geraten. Journalist*innen und Aktivisten (mehr als 20 zwischen 2005 und 2015) wurden wiederholt unter dem Vorwurf ungesühnter Straftaten und fiktiver Anschuldigungen der Untergrabung der Staatssicherheit verhaftet. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts ist der Journalist Floriane Irangabiye im Gefängnis zusammengebrochen und wurde zu 10 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 1 Million burundischen Francs verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, die Sicherheit des Staates zu untergraben, weil er sich kritisch über die Verwaltung der Behörden und die Ermordung führender Persönlichkeiten Burundis geäußert hat.

Trotz allem wird Muhozi von den meisten Führern des CNDD-FDD-Regimes weiterhin respektiert. Trotz seines kritischen Journalismus wurde er nie verhaftet oder inhaftiert. Eine Ausnahme ist, dass drei seiner Kollegen von den anderen drei unabhängigen Medien entweder im Gefängnis sitzen oder seit einiger Zeit im Exil sind. Einige Namen, wie Muhozi der Weise, Dean Muhozi, haben ihm die Gnade des Regimes eingebracht. Dennoch ist es schwierig, über den Kampf für die Pressefreiheit in Burundi zu sprechen, ohne den Namen Muhozi zu erwähnen. Darin sind sich alle Journalist*innen einig.

Der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte

10 Jahre demokratischer Rückschritt (2005-2015) fanden vor dem Hintergrund anhaltender Spannungen zwischen der Regierung Nkurunziza und den unabhängigen Medien Burundis statt. Medienexperten und die burundische Bevölkerung im Allgemeinen hofften, dass Präsident Nkurunziza am Ende seiner zweiten verfassungsmäßigen Amtszeit abtreten würde. Und bumm! Der fußballspielende Präsident war nicht am Ende seiner Amtszeit. Mit Zustimmung der Partei CNDD-FDD beschloss er illegal, für eine dritte Amtszeit zu kandidieren, was gegen die Verfassung und die Vereinbarungen von Arusha verstößt, die den Bürgerkrieg von 1993 bis 2005 beendeten. Die Zivilbevölkerung, die Zivilgesellschaft und die Oppositionsparteien riefen zu friedlichen Protesten gegen diese dritte Amtszeit des Präsidenten auf. Die Polizei und Teile der Armee haben die Proteste blutig niedergeschlagen. Tausende von Menschen wurden getötet und Tausende werden noch vermisst.

Wie üblich spielten die unabhängigen Medien die Rolle des Wachhundes, indem sie verschiedene Formen schwerer Menschenrechtsverletzungen dokumentierten und publik machten. Auf dem Höhepunkt der Tötung von Zivilisten wollte eine Gruppe von Soldaten und Polizisten dies verhindern. Sie nutzten die Abwesenheit von Präsident Nkurunziza bei einem Gipfeltreffen in Dar es Salaam (Tansania) am 13. Mai 2015 für



einen gescheiterten Putschversuch. Am folgenden Tag leiteten die Behörden eine regelrechte Fahndung innerhalb der Armee und der Polizei ein. Zahlreiche Soldaten und Polizisten, die verdächtigt wurden, die Proteste zu unterstützen, wurden verhaftet und getötet, während andere verschwanden. Um diese Verbrechen hinter verschlossenen Türen zu verfolgen, ordnete das Regime gleichzeitig die Schließung von vier unabhängigen Medien an. Sie wurden beschuldigt, die Aussagen der Putschisten zu verbreiten. Muhozis RPA- und RTR-Einrichtungen wurden systematisch mit schweren Waffen zerstört. Dies war die erste klare Botschaft, die Innocent Muhozi erhielt. Seit den Angriffen auf die Medien am 14. Mai 2015 wurden mehr als 100 Journalist*innen ins Exil geschickt. Innocent Muhozi zog es vor, zu warten. Selbst tief im Inneren weiß er noch nicht, worauf er wartet. Aber der Tod rückt jeden Tag näher. Von überall her kommen Aufrufe an ihn, das Land zu verlassen. Die Information über die Pläne zu seiner physischen Beseitigung reicht ihm nicht aus, um aus dem Land zu fliehen, das er so sehr liebt.

In dieser allgemeinen Krise wird er von einigen internationalen Entscheidungsträgern konsultiert, die versuchen, friedliche Lösungen zu finden. Im Juli 2015 traf er mit einer diplomatischen Mission der Afrikanischen Union in Bujumbura zusammen und trifft sich weiterhin mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft, die sich noch im Land befinden. Dazu gehört auch der einstige Menschenrechtsheld Pierre Claver Mbonimpa. Am 3. August 2015, zu Beginn des Tages, trafen sich Mbonimpa und Muhozi, um die Lage zu beurteilen. Leider kehrte der ältere Mbonimpa in dieser Nacht nicht nach Hause zurück. Agenten der National Intelligence Organisation gaben mehrere Schüsse ab, von denen einige seinen Schädel durchschlugen. Doch er hatte Glück und starb nicht. Er wurde in die Poliklinik von Bujumbura evakuiert und später zur Intensivbehandlung nach Belgien gebracht. Muhozi blieb in Bujumbura. Er steht fast allein vor einer Schar von Henkern, die nur auf den Befehl warten, ihn zu töten.

Muhozi ist für seine Ehrlichkeit und seine moralischen Werte bekannt. Er ist nicht korrupt und hat noch nie illegale Vorteile erhalten. Er führt ein bescheidenes Leben. „Ich habe mich gefragt, wie ich entkommen und ein neues Leben auf Kosten meiner Freunde und Verwandten im Exil beginnen könnte“, erzählt Muhozi, als er im Exil in Ruanda ankam, seinem ersten Asylort, bevor er nach Brüssel reiste, wo er als politischer Flüchtling lebt.

DIE WUT IM EXIL

Innocent Muhozi blickt auf eine vierzigjährige Karriere als Journalist in Burundi zurück. Vom Reporter über den Vorsitzenden der RTNB-Mitarbeitergewerkschaft bis hin zum Generaldirektor des Nationalen Radiofernsehens war Innocent Muhozi in allen Bereichen der burundischen Presse tätig. Dazu gehört auch die Beobachtungsstelle für die burundische Presse, die er weiterhin aus dem Exil leitet und gegen alle Versuche, die Presse zum Schweigen zu bringen, kämpft. Manchmal spielt er die Rolle eines Vermittlers in den angespannten Beziehungen zwischen den Behörden und den Journalist*innen. Ganz zu schweigen von seiner Beteiligung an der Verbesserung der mitunter schwierigen Beziehungen zwischen erfahrenen Journalist*innen und Berufsanfängern.

Heute ist er immer noch im Exil und leitet RTR. Er und seine Kollegen liefern Nachrichten für einen Online-Kanal, der sich mit burundischen Nachrichten befasst. Derzeit bauen sie eine digitale TV-Plattform auf, auf der die Abonnenten auch aktuelle Sendungen verfolgen können, insbesondere Sondersendungen zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschichte Burundis. Innocent Muhozi beklagt sich natürlich nicht über die schwierigen Bedingungen im Exil, aber er ist sehr verärgert über diejenigen, die sie als „nationlose Gesellschaft“ bezeichnen. Innocent Muhozi ist der Meinung, dass ein wenig mehr Engagement die aktuelle Tragödie in Burundi hätte verhindern können. ■

GEN Z VERTEIDIGT JOURNALISTISCHE PRINZIPIEN



DORIS NEUBAUER *

Das Weltbild der Generation Z wird durch das Internet und soziale Medien geprägt. Zwei Projekte aus Australien wollen dafür sorgen, dass journalistische Prinzipien wie Verifikation auch auf diesen Plattformen eine Zukunft haben.

Ob COVID-19 oder der Ukraine-Krieg – 18- bis 24-Jährige beziehen ihre Informationen hauptsächlich aus dem Internet, wie der im Juni 2022 erschienene Digital News Report of Austria zeigt. Die häufigste Quelle sind soziale Medien mit 55 Prozent.

Valentine Engel bemängelt, dass Recherche, Transparenz, Storytelling und Ehrlichkeit auf diesen Plattformen wenig oder gar keine Rolle spielen: „Echter Journalismus ist dort oft schwer zu finden.“ Start-up Hashtag-Chefredakteur Stefan Apfl und Bloomea wollen das ändern. „Wir versuchen, journalistische Inhalte so aufzubereiten, dass junge Menschen sie gerne konsumieren“, erklärt er, „deshalb verbinden wir journalistische Prinzipien oft mit Humor.“

Humor ist bereits in den Namen von Hashtag-Formaten auf Instagram, TikTok oder YouTube zu sehen: Auf Geschichte.oida erfahren beispielsweise 17.000 Abonnenten, dass 1945 amerikanische Soldaten auf dem Weg in ein Bordell auf den Straßen von Salzburg mit ihren Panzern festsaßen.

KOMMUNIKATION AUF AUGENHÖHE

„Es ist wichtig, in der Kommunikation mit jungen Menschen die gleichen Perspektive zu haben. Wenn man mit ihnen spricht, werden sie sich nicht

interessiert zeigen“, kennt Engel die Bedürfnisse der Generation Z. „Deshalb ist es uns besonders wichtig, jungen Nachwuchs zu haben im Team, die ihre Perspektiven in ihre Arbeit einfließen lassen.“

History.oida, die vom Hashtag-Kernteam unterstützt wird, wurde von den Studierenden der FH Joanneum in Graz erstellt, die seit Januar 2022 „zufällige Realitäten der österreichischen Geschichte“ zusammenstellt.

Die Initiative fungiert als Inkubator und agiere als ein „Zentrum für Journalist*innen mit journalistischer Ethik“, so Engel, „wir beraten und entwickeln Individuen in ihrer beruflichen Tätigkeit – inhaltlich, formal, und in unternehmerischen Entscheidungen.“

ES GIBT PLATZ FÜR JUNGE JOURNALIST*INNEN

Nach Iris Strasser und ihren Kollegen gibt es bei BAIT für junge Journalist*innen immer Platz. Es gehe nicht darum, Inhalte für soziale Medien zu produzieren, sondern Fake News aufzudecken. „Falsche Nachrichten betreffen nicht nur junge Menschen“, sagt die Redakteurin laut Digital News Report, Österreich.

Jeder Dritte befürchtet, im Internet nicht zwischen Fake News und der Wahrheit unterscheiden zu können. Mit Ausnahme der älteren Generationen sei die Generation Z aber „aufgeschlossener und hat die Energie, mitzureden, und vor allem hat noch Zeit, Dinge zu verändern. Deshalb setzen wir bei dieser Zielgruppe an.“

Die Idee für den Faktencheck-Kanal stammt

Das BAIT-Team fokussiert sich darauf, Fake News aufzudecken, anstatt Inhalte für soziale Medien zu erstellen. Darüber hinaus möchte das Team jungen Menschen vermitteln, wie sie gefälschte Nachrichten identifizieren können.



von Strassers Aktivisten-Freunden Thomas Prager und Tim Dombrowski vom Verein Digitaler Kompass – Institut für Nachrichtenkompetenz und digitale Bildung. Der Digitale Kompass besucht jedes Jahr zahlreiche Schulklassen zur Vermittlung von Medienkompetenz und steht damit in direktem Kontakt mit Schülern, die über Sehgewohnheiten und Trends berichten“, erklärt die junge 33-jährige Journalistin.

WIE ERKENNT MAN FAKE NEWS?

Auf Basis dieser Daten entwickelte das Team das journalistische und grafische Konzept für BAIT: Seit 2023 prüfen kurze Clips auf TikTok, einem beliebten Kanal der 13- bis 19-Jährigen, die Richtigkeit von Trends und Themen. BAIT will Jugendlichen auch zeigen, wie man Fake News erkennt.

Der Vision von BAIT folgend, „eine Generation von Heranwachsenden zu schaffen, die grundlegende journalistische Techniken erlernen und Informationen im digitalen Raum selbstständig auf Richtigkeit prüfen“, ist Strasser optimistisch: „Wir sind auf dem richtigen Weg.“ ■

** Doris Neubauer, Jahrgang 1978, ist eine österreichische freie Journalistin mit einer Leidenschaft für Reisen, Essen, alternative Strömungen, soziale Themen und die Umwelt. Nachdem er die Welt bereist hat, lebt und arbeitet er jetzt in Aotearoa, Neuseeland.*



Valentine Engel kritisiert, dass soziale Medien Recherche, Transparenz, Storytelling und Ehrlichkeit kaum beachten. Für sie ist es oft schwierig, wahren Journalismus auf diesen Plattformen zu finden.



MARTIN HELLER *

Die Basics für Erfolg im Online-Journalismus



Manchmal überrascht mich die Kraft von Twitter. Normalerweise ist es schwer, einen Teenie-Sohn mit Beruflichem zu erreichen oder gar zu beeindrucken. Doch plötzlich gelang es, nicht über Tiktok oder Snapchat, über Twitter! Ein bekannter Fußball-Nationalspieler hatte eines meiner Videos retweetet. Mein damals 13-jähriger wurde in der Schule darauf angesprochen. Volltreffer.

Bei dem knapp eine Million Mal angesehenen Video ging es um Proteste gegen die deutsche Corona-Politik, der 41-Sekunden-Clip zeigte einen rappenden und tanzenden Demonstranten vor dem Roten Rathaus in Berlin. Und er ist ein Musterbeispiel für die virale Kraft des Internets. Klar, der Content muss überzeugen. Dazu kommen aber Faktoren, die man generalisieren und als Learnings mitnehmen kann. Und dabei geht es längst nicht nur um schnöde Reichweite in einem Social-Media-Kanal, sondern am Ende um Werbeerlöse und Digital-Abonnements. Dazu später.

Entscheidend ist zunächst immer das Verständnis der Funktionsweisen von Social Media, von Suchmaschinen und dem Nutzerverhalten auf Websites und in Apps. Und ein Gefühl für die richtige Mediengattung, die beste Ausspielform für den jeweiligen Inhalt.

Viele Reporter kommen entweder aus dem Bereich Print und versuchen dementsprechend stets vor allem mit der Kraft des Wortes, illustriert mit Fotos und Infografiken, ihre Inhalte zu ihren Lesern zu bringen. Zeitungen waren im Papierzeitalter nicht durchsuchbar, das Weitergeben einer Ausgabe oder eines Artikels an Freunde konnte nicht zu so ge-

nannten Viral-Hits führen, wie sie im Netz möglich sind. Wie lange ein Artikel gelesen wird, ob die Leser umblättern, Texte mögen oder eine Meinung dazu haben, das war früher weniger relevant, wenn die Zeitung einmal verkauft war.

Und gelernte Fernsehmacher denken qua Herkunft noch sehr in linearem TV. Hier versuchen Journalist*innen in der Regel alle Inhalte in die Form Bewegtbild zu pressen. Wenn es kein starkes Material vom Ereignis selbst gibt, wird mit Moderation, Liveschalten, Grafiken, Archivmaterial und TV-Talks gearbeitet. Die Frage, wie viele Zuschauer einen Beitrag sehen, hängt maßgeblich von der Platzierung innerhalb des Programms oder eines linearen Streams ab, vom Vorprogramm, vom TV-Sender. Bei der klassischen Quotenmessung im TV ist es weniger wichtig, ob die Zuschauer engagiert zuschauen oder das Programm nebenbei laufen lassen.

Im Netz gilt es auch für Content-Creator, also für uns Journalist*innen, sich der Mechanismen bewusst zu werden, die dort jeweils zum Erfolg führen. Suchmaschinen und die Funktionsweise der Algorithmen auf Social-Media-Plattformen bestimmen über die Reichweite eines Inhalts vielmehr als der Blattmacher oder der Programmchef.

User-Engagement ist das Zauberwort, das Netz ist keine Einbahnstraße. Ob Interaktion oder Verweildauer: Wie der Nutzer mit einzelnen Inhalten umgeht, ist messbar und entscheidend. Wie sehr ein Inhalt die User bewegt, ist meist die entscheidende Frage. Wie erreiche ich die Zielgruppe emotional. Video ist dabei nicht nur bei Usern sondern auch den Machern der Plattformen geschätzt, durchschnitt-



FOTO: PIXABAY.COM

liche Verweildauer und Preise für Werbung sind bei Bewegtbild höher. Entsprechend sind Social-Media-Algorithmen getrimmt.

Und abgesehen von schnöden Zahlen hat Journalismus im Internet das Zeug, der beste aller Zeiten zu sein. Warum? Hier gibt es eben die Chance, jeweils die beste Form für die Story zu wählen. Wann begeistert ein Fließtext, wann Bewegtbild, wo sind Fotos oder Infografiken das Mittel der Wahl, wann Audio – und wie können Nutzer durch den direkten Rückkanal im Internet eingebunden werden?

Kanalgerechte Inhalte statt dem bloßen Übertragen von Content aus einer Welt in die andere ist die Grundlage. Das Verständnis für die jeweiligen Stärken der Darstellungsformen geht dabei einher mit dem Verständnis der Zielgruppe, die im Netz viel „spitzer“ sein kann als meist in TV oder Print.

Ein Hebel für Reporter ist auch das richtige Timing. Meist geht es um Schnelligkeit. Keines meiner Seminare ist schon seit Jahren so gefragt wie Mobile Reporting, das Aufnehmen, Bearbeiten und Veröffentlichenden von Videos und Fotos direkt am Smartphone.

Warum also gelingt es mit einem kurzen Video, das jeder im Zentrum Berlins mit seinem Handy hätte machen können, von einem Kanal mit nur einer vierstelligen Anzahl Followern knapp eine Million Menschen und meinen

Sohn auf dem Schulhof zu erreichen?

Rappen und Tanzen, der Inhalt ist prädestiniert für die Form Bewegtbild. Das Thema brisant. Der kurze Tweet-Text spricht die Nutzer an, die den Ton oder die Autoplay-Funktion nicht angeschaltet haben. Über das Hashtag werden Interessierte außerhalb der eigenen Community erreicht. Und ganz entscheidend war das Timing: noch vor Ort am Smartphone bearbeitet und veröffentlicht.

„Verschenken“ wir monetarisierbare Reichweite, wenn wir Videos direkt in Social Media veröffentlichen, bevor der Beitrag für die eigene Plattform fertig ist? Keineswegs. Im konkreten Beispiel hat eine Sechs-Minuten-Zusammenfassung, die drei Stunden später fertig war, über Website und Suchmaschinen zunächst für hohen vermarketen Traffic und später für eine zweistellige Anzahl neuer Digital-Abos gesorgt. Und mehr als 7.500 Nutzer kamen dorthin allein über Twitter, angezogen vor allem durch das zuvor geteilte Viralvideo des rappenden tanzenden Demonstranten. Umarmen wir die Kraft des Internets. ■

** Martin Heller, 45, ist Journalist, Dozent und Gründer der Into VR & Video GmbH in Berlin. Heller und sein Team arbeiten für nationale und regionale Medienhäuser sowie in der Aus- und Weiterbildung für mehrere Journalist*innenschulen und Universitäten im deutschsprachigen Raum.*

MEDIEN IN UGANDA:

KEINE FREIHEIT TROTZ MEDIENVIELFALT



ESTHER NAKKAZI *

Tm Jahr 2021 gab der Reuters-Fotojournalist James Akena bekannt, dass er den Journalismus aufgegeben hat. Er war von einem ugandischen Soldaten geschlagen worden, als er über die #freeBobiWine-Proteste vom 20. August 2018 berichtete. Auf Twitter kündigte der preisgekrönte Journalist diesen Schritt an: „Die ugandische Armee hat mich unterworfen und mich dazu gebracht, den Journalismus aufzugeben.“

Akena hob ihre Hände in die Luft, hielt nur seine Kamera. Sie schlugen ihn, bis jemand kam und ihn rettete. Durch die Schläge erlitt er mehrere Kopfverletzungen, unter anderem einen gebrochenen Finger, verletzten Rückgrat und einem Gerinnsel im Hinterkopf. Infolge seiner Verletzungen ist er seitdem an den Rollstuhl gefesselt.

Der Kommandant der Verteidigungskräfte, Generalleutnant David Muhoozi, entschuldigte sich für das Verhalten der Soldaten. Akena verklagte daraufhin die Regierung auf Schadensersatz in Höhe von 27.000 US-Dollar.

„Uganda hat mehr Medien als zuvor, aber das bedeutet nicht, dass die Medien frei sind“, sagt Lucy Eka-du, Präsidentin der Ugandischen Journalist*innengewerkschaft (UJU) und fügt hinzu: „Journalist*innen werden für ihre Arbeit zur Rechenschaft gezogen, Gesetze werden erlassen, um freie Berichterstattung der Medien zu behindern. Trotz Medienvielfalt gibt es keine Freiheit.“

Abubaker Lubowa, ein hochrangiger Fotojournalist für den Daily Monitor, der auch für die Präsidentschaft der Uganda Journalists Association (UJA)

kämpft, erklärt, dass es schwierig ist, Journalist in Uganda zu sein: „Politiker von der Regierung bis zu lokalen Verwaltungen verletzen die Rechte von Journalist*innen. Wenn Sie eine negative Geschichte über das Regionalparlament schreiben, müssen Sie davon ausgehen, in Gewahrsam genommen zu werden. Politiker und Sicherheitskräfte sind die größten Bedrohungen der Medienfreiheit. Auch die einfachen Leute wollen nicht, dass Journalist*innen ausgewogene Geschichten schreiben. Wenn sie Sie wegen einer Nachricht anrufen, möchten sie nicht, dass Sie mit der anderen Partei sprechen, um die Nachricht zu bestätigen. Auch der Zugang zu Informationen ist schwierig. Wir brauchen starke Gesetze zur Durchsetzung der Medienfreiheit. Außerdem sollten das Sicherheitspersonal und die breite Öffentlichkeit sensibel dafür sein, wie die Medien funktionieren.“

Die ugandische Regierung erklärt jedoch, dass sie die Medien als integralen Akteur in Ugandas Regierungsführung und Entwicklung betrachtet. Aus diesem Grund schafft die Regierung bewusst kein Umfeld, in dem freie, lebendige und verantwortungsbewusste Medien gedeihen können.

MIT ZANGEN FLEISCH AUS DEN HÜFTEN GERISSEN

Im Februar 2022 wurde die ugandische Schriftstellerin Kakwenza Rukirabashaija knapp einen Monat lang inhaftiert. Sie hatte Kritik an Präsident Museveni geübt. Während ihrer Haft wurde sie gefoltert und floh dann aus dem Land. Über die Folter berichtete sie: „Sie benutzten Zangen. Sie rissen Fleisch von meinen Hüften und überall. Ich dachte, ich würde an diesem Tag sterben. Ich hatte überlegt, meine ugandische Staatsbürgerschaft aufzugeben.“

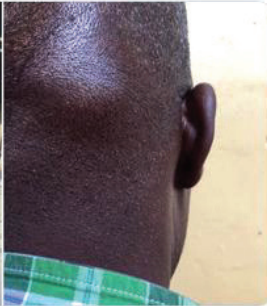
Die Fälle von Akena und Rukirabashaica machen die schwierigen Bedingungen deutlich, denen Medienschaffende in Uganda in letzter Zeit ausgesetzt sind, wenn sie die Regierung kritisieren und die Wahrheit aufdecken.

In den vergangenen Jahren wurden viele Journalist*innen von den Sicherheitskräften ins Visier genommen, insbesondere bei Protesten und Wahlen. Und viele von ihnen haben nicht wie Akena die Mög-



Maria Burnett @MariaHRWAfrica · Aug 21, 2018

These two photos of photojournalist **James Akana** from today in Kampala are a perfect and depressing summary of security forces' blatant contempt for press freedom in #Uganda. #JournalismIsNotACrime



lichkeit, vor Gericht Gerechtigkeit zu suchen. Sie sind der Willkür der Täter ausgesetzt.

Während der Zwischenwahlen am 13. August 2018 griffen die Sicherheitskräfte die Journalist*innen an und schlugen sie, während diese über die Ereignisse in Arua berichteten. Die Journalist*innen Herbert Zziwa und Ronald Muwanga wurden angegriffen, festgenommen und später wegen Anstiftung zu Gewalt und Sachbeschädigung einem Richter vorgeführt.

Viele haben immer noch mit ernsthaften gesundheitlichen Problemen zu kämpfen, die auf die Schläge von Polizei und Militär während der #FreeBobiWine-Proteste zurückzuführen sind. Vor den Wahlen forderte die Regierung alle Journalist*innen auf, sich erneut zu akkreditieren.

Paul Ekochu, Leiter des Medienrates der ugandischen Regierung, sagte, dass eine Überprüfung erforderlich sei, um die Sicherheit von Journalist*innen zu gewährleisten.

Der Uganda Media Council widerrief in einem beispiellosen Schritt die Akkreditierung aller im Land tätigen Journalist*innen und gab bekannt, dass diese sich innerhalb von sieben Tagen dafür erneut bewerben müssten. Eine beträchtliche Anzahl ausländischer Journalist*innen wurde entweder ausgewiesen oder mit einem Einreiseverbot belegt.

Dann, am 5. Dezember 2020, wies die Regierung die CBC-Journalist*innen Margaret Evans, Lily Martin und den Kameramann Jean-François Bisson aus. Präsident Museveni und seine Unterstützer behaupteten, ausländische Journalist*innen seien auf der Seite des Oppositionskandidaten Bobi Wine tätig gewesen.

GEWALT BEI JEDER GELEGENHEIT

Auch Journalist*innen waren während der Covid-19-Pandemie mit schwierigen Bedingungen konfrontiert. Während der Covid-19-Verbote kam es zu verschiedenen Gewaltvorfällen der Polizei gegen Journalist*innen.

Am 30. Juli 2021 griff die Polizei den Reporter der Zeitung Daily Monitor und NTV Uganda, Iceta Scovin Mete-

dio, an, die Fotos von der Polizei machte, die nach Beginn der Ausgangssperre Gewalt anwendete, um Menschen zu zerstreuen. Iceta wurde angegriffen, obwohl er eine Weste trug, die zeigte, dass er ein Journalist war. Die Polizisten beschlagnahmten seine Kamera und löschten die Fotos, die er gemacht hatte.

Bei einem anderen Vorfall schlugen Polizisten auf den Reporter von Radio Mityana, Patrick Bukenya, ein, weil er gegen die Ausgangssperre verstoßen hatte.

Journalist*innen bekommen Drohungen, wenn sie kritisch über das Parlament berichten. Einige greifen auf Selbstzensur zurück, um zu überleben.

Ein hochrangiger Direktor der Pressevereinigung des ugandischen Parlaments, der nicht genannt werden wollte, sagte: „Wir haben beschlossen, unser eigenes Schreiben zu zensieren, sonst können wir uns dem Zorn des Sprechers nicht entziehen.“ Er erklärt, dass der Ansatz von „Zuckerbrot und Peitsche“ angewendet wird, was bedeutet, gutes Verhalten zu belohnen und schlechtes zu bestrafen.

Ende Januar 2023 wurden der erfahrene Journalist Simon Muyanga Lutaaya und seine beiden Kollegen Adam Mahad Kungu und Lukia Mpoza von BABA TV wegen ihrer Nachrichten über das Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung gefeuert.

Während der Staat die Medien- und Meinungsfreiheit einschränkte, verschlimmerten Machtkämpfe in der Medienwelt die Situation.

Während Journalist*innen weiterhin gegeneinander kämpfen, ist die Regierung den Medien weiterhin voraus, wenn es darum geht, die Branche in die Knie zu zwingen. Die Regierung hat unter dem Namen „Computernisbrauchsgesetz“ neue Entscheidungen getroffen, um die Online-Medien zum Schweigen zu bringen, die sie als die größte Bedrohung ansieht. ■

* Esther Nakkazi ist freiberufliche Wissenschafts- und Technologiejournalistin. Ugandische ScieGirl-Bloggerin; Medientrainerin; Gründer der Uganda Health Journalists Association (HEJNU).

Einige Journalisten konnten ihre Tränen nicht zurückhalten, als die Polizei die die Medienlizenz des unabhängigen Medienzentrums von Kambodscha (CCIM) annullierte.



DER RISS IN KAMBODSCHANISCHEN MEDIEN

NALY PILORGE *

Tn Kambodscha werden Social-Media-Nutzer wegen Online-Posts und privater Nachrichten überwacht, schikaniert und verhaftet. Selbst die geringste Kritik an der Regierung oder die Unterstützung einer Oppositionspartei, einschließlich des „Gefällt mir“ bestimmter Facebook-Seiten, können zu langen Haftstrafen führen.

Die unabhängige Journalist*innenorganisation „Voice Of Democracy (VOD)“ wurde Anfang Februar geschlossen. Sie war einer der letzten kritischen Medienstimmen. Die Regierung des kambodschanischen Premierministers Hun Sen war mit einem ihrer Berichte nicht einverstanden, in dem ihr Sprecher zitiert wurde.

ZENSUR DER PRESSE:

WILLKÜRLICHE LIZENZAUFBEBUNGEN

Der Premierminister ordnete willkürlich Annullierung der Medienlizenz der Muttergesellschaft von VOD, dem Independent Media Center of Cambodia (CCIM), an. Er missachtete

dabei die Pressegesetze des Landes. Die Anordnung zum Lizenzentzug kam nur wenige Tage nach Veröffentlichung des Berichts. Dabei hatte sich das Medienunternehmen mehrfach entschuldigt.

Die Schließung auf Geheiß des Informationsministers sollte eine „Lektion“ für andere Medienunternehmen sein. Sie ist der Höhepunkt eines langjährigen Drucks auf die Medien vor den nationalen Wahlen 2023. VOD thematisierte seit einigen Jahren mutig zweisprachige Ermittlungen und veröffentlichte kritische Berichte über die Politik, Korruption und die Menschenrechte.

Im vergangenen Jahr wurden Reporter wiederholt von den Behörden festgenommen, ein Reporter wurde von einem Mitglied der Leibwache des Premierministers geschlagen. Eine offene Gesellschaft, Demokratie und Rechenschaftspflicht der Politiker hängen von einer freien Presse ab. VOD war in den vergangenen Jahren eine der stärksten Stimmen und eine un-

VOD Askeri polis ve diğer yetkililer, Kamboçya Bağımsız Medya Merkezi'nin (CCIM) medya faaliyet ruhsatını iptal ettikten sonra ofisini terk etti.



schätzbare Quelle kritischer Berichterstattung. Wenn der VOD dauerhaft abgeschaltet bleibt, wird dies eine Kluft in Kambodschas Medien schaffen, die bereits in den vergangenen Jahren systematisch durch Regierungsangriffe niedergemacht wurden und vor den nationalen Wahlen im Juli zunehmendem Druck ausgesetzt sind.

PRESSEFREIHEIT IN KAMBODSCHA

Das Land hat eine düstere Geschichte von Menschenrechtsverletzungen, darunter politische Instabilität, Bürgerkrieg und Einschränkungen der Pressefreiheit.

In Kambodscha sahen sich die Medien jedoch vielen Herausforderungen gegenüber, darunter Zensur, Einschüchterung und rechtliche Schritte, die ihre Fähigkeit, über wichtige Themen zu berichten, einschränkten. Die kambodschanische Verfassung garantiert Meinungs- und Pressefreiheit. In der Praxis aber agieren die Medien in einem höchst restriktiven Umfeld. Journalist*innen, die die Regierung kritisieren oder heikle Themen wie Korruption, Menschenrechtsverletzungen oder Territorialstreitigkeiten behandeln, müssen mit Drohungen, Schikanen und Gewalt rechnen.

REGIERUNG ÜBT DRUCK AUF MEDIEN AUS

Der kambodschanischen Regierung wird vorgeworfen, ihre Macht einzusetzen, um kritische Stimmen in den Medien zum Schweigen zu bringen. Beispielsweise zwang die Regierung 2017 die Schließung der englischsprachigen Zeitung Cambodia Daily, die seit 1993 im

Land tätig war. Die Regierung behauptete, die Zeitung hätte eine hohe Steuersumme nicht gezahlt. Viele aber sahen darin einen Schritt, eine unabhängige Stimme zum Schweigen zu bringen.

Die Medien in Kambodscha stehen neben dem Druck seitens der Regierung auch vor wirtschaftlichen Herausforderungen. Viele Medienorganisationen gehören Einzelpersonen oder Gruppen mit politischer Zugehörigkeit. Diese nutzen ihre Medienplattformen zu ihrem eigenen Vorteil.

DAS LEBEN VON JOURNALISTEN IST IN GEFAHR

Trotz dieser Herausforderungen berichten einige Journalist*innen und Medien weiterhin über heikle Themen und ziehen die Machthaber zur Rechenschaft. Allerdings riskieren sie dabei auch ihr Leben.

Die kambodschanische Regierung wurde in den vergangenen Jahren wegen ihres Vorgehens gegen die Pressefreiheit kritisiert. Kürzlich verabschiedete die Regierung ein umstrittenes Gesetz, das Journalist*innen und Medienunternehmen strenge Beschränkungen auferlegt und sie verpflichtet, sich beim Regierungssystem zu registrieren und sich der Überwachung und Zensur zu unterwerfen. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, Journalist*innen zu bestrafen oder zu inhaftieren, die angeblich „Fake News“ verbreiten oder die nationale Sicherheit bedrohen. ■

** Direktor für soziale Hilfen der kambodschanischen Menschenrechtsorganisation LICADH*



Unterstützen Sie
den
freien Journalismus



PATREON



Unterstützen Sie den freien Journalismus

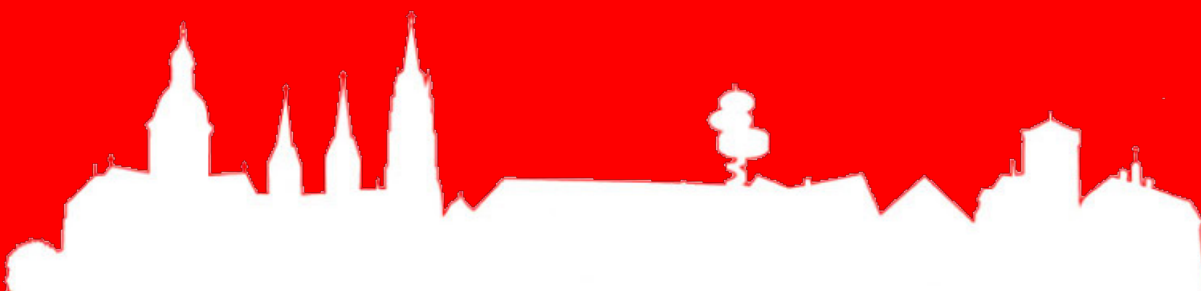


Sparkasse



Langen-Seligenstadt

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre hilfe



International Journalists Association e.V.
IBAN : DE29 5065 2124 0004 1249 13
BIC : HELADEF1SLS

 Sparkasse
Langen-Seligenstadt



AFP



“ Wir unterstützen unabhängige Journalisten in Schwierigkeiten, indem wir mit internationalen Nachrichtenagenturen zusammenarbeiten. ”



INTERNATIONAL
Journalists
INTERNATIONAL JOURNALISTS ASSOCIATION

www.internationaljournalists.org